

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monol. Eingetr. in der Post-Verzeichn.-Preisliste für 1896 unter Nr. 7377.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile für den ersten Tag 40 Pf., für den zweiten Tag 30 Pf., für den dritten Tag 20 Pf., für die vierte Tag 15 Pf., für die fünfte Tag 10 Pf. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 29. April 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Das Scheitern der Militär-Strafprozess-Reform

Soll eine Ministerkrise herbeigeführt haben, so versichern uns gleichzeitig mehrere Blätter, die aus offiziellen Quellen zu schöpfen gewohnt sind. Am deutlichsten spricht sich darüber die „Köln. Zeitung“ aus, die, an die Amts-enthebung des Generals v. Spiß anknüpfend, betont, daß der Genannte im Einverständnis mit dem Reichskanzler für Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Strafverfahrens eingetreten sei. Weiter heißt es dann:

„Im obersten Reichs-Militärgerichtshof sollte die Kommandogewalt mit der Reichs-Militärgerichtsbarkeit zum Ausdruck kommen, ein durchaus gesunder Gesichtspunkt, besonders in bezug auf Regelmäßigkeit, Kontinuität, Gleichmäßigkeit, Schnelligkeit und Einfachheit des Verfahrens im ganzen Deutschen Reich. Demgemäß sollte er zusammengesetzt sein aus einem General und drei juristischen Beiräten, Senatoren. Anfänglich besorgte man preussischerseits dagegen von Sachsen, Bayern und vielleicht auch Württemberg Widerspruch, nicht aber von seiten des Reichsoberhauptes, in dessen Namen der oberste Gerichtshof, wie im bürgerlichen Verfahren, des Rechts zu walten bestimmt sein sollte.“

Wider Erwarten waren die deutschen Staaten und Fürsten gerade mit dieser Seite des Entwurfs einverstanden; im besonderen erhob keiner der deutschen Fürsten darüber Bedenken, daß ihnen das Bestätigungsrecht über ihre Kontingente entzogen werde, oder etwas von der Souveränität verloren ging; ja von bayerischer Seite war man sogar dankbar, weil das dortige bestehende Verfahren eine wesentliche Vereinfachung erfahren würde. Man zweifelte an einem schnellen Fortgang der Angelegenheit nicht mehr, seitdem von seiten der deutschen Einzelstaaten gegen einen Plan keine Einwürfe erhoben waren, durch welche sie weitgehende Rechte gewissermaßen an den Kaiser, als den obersten Kriegsherrn, abtraten; wiewohl das Einverständnis des Reichskanzlers und des Kriegsministers vorlag, auch von keinem der übrigen Kriegsminister Vorbehalte erhoben waren und sogar über den Präsidenten des Reichs-Militärgerichtshofes eine vorläufige Verständigung erzielt war. Da der General v. Spiß in die Materie am nachhaltigsten eingearbeitet und mit dem ganzen Werdeprozeß ver wachsen war, so sah man in ihm den ersten Präsidenten der neuen Reichs-einrichtung.“

Durch die unerwartete Amtsenthebung des Generals v. Spiß sei nun eine höchst zugespitzte politische Situation entstanden. Der Kaiser lehnt Befugnisse ab, auf welche andere deutsche Fürsten im Interesse des Ganzen verzichten, und die, wie man sie immer geleglich zum Ausdruck bringen mochte, doch nur als eine bedeutende Erweiterung seines Wirkungsbereichs betrachtet werden können; der Reichskanzler, die verschiedenen Kriegsminister, das preussische Staatsministerium, die deutschen Fürsten, die ein völliges Einvernehmen in allen grundsätzlichen Festsetzungen bekundet haben, sehen ihre Mühen und Bemühungen in Frage gestellt, sogar verworfen, denn mit dieser obersten Reichs-Militärgerichtsinstitution fällt alles, fällt namentlich das Einvernehmen unter den deutschen Staaten. Weshalb? Es muß doch ein mächtiger Zauber

in Bewegung gewesen sein, der diese merkwürdige Tatsache zeitigen konnte. Es muß ein Einwand von einer Seite immer wieder zur Geltung gebracht worden sein, der endlich die gewünschten Dienste geleistet hat; und so ist es.“

„... Jetzt wird und darf niemand mehr schweigen, denn es ist nun deutlich geworden, daß in der Vertretung zweier Prinzipien das reaktionäre gesiegt hat. Dasjenige, welches unterlegen ist, bedarf nach obigen Ausführungen keiner Bemerkung mehr. Hinter ihm steht einmütig fast das ganze Volk und, man täusche sich darüber nicht, auch die Armee mit wenigen Ausnahmen. Es wäre deshalb bedenklich, falls diese Lage verkannt würde, oder falls es gelungen sein sollte, sie in einem anderen Lichte darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist. In der Armee haben manche Erscheinungen der letzten Zeit den überhaupt denkenden Teil des Offizierkorps zu ernstem Erwägen veranlaßt, und unter den reiferen Klassen dürften sich nur noch ausnahmsweise Gegner der Reform befinden. Das „Hängen und Bangen“ nebst seinen Begleiterscheinungen ist aber gefährlicher als alles andere, und es ist eine durchaus irrige Annahme, daß eine Stimmung, die nach vorwärts drängt und anwächst, auf dem Personenwege umgeleitet und umgestaltet werden könnte.“

Eigenthümlicherweise ist der Vertreter des reaktionären Prinzips der in dieser Frage nicht verantwortliche Chef des Militärkabinetts, und auf ihn wird bereits eine schwere Verantwortung zurückfallen, wenn die eben geschilderte Lage, was sehr nahe liegt, erstere Folgen nach sich ziehen sollte. So und so oft haben die Vertreter des modernen Prinzips erklärt, ihre Grundsätze seien mit denjenigen des Generals v. Spiß unvereinbar; jeder Versuch zu einer Verständigung über diese Ansichten werde vergeblich sein. Das ist etwa nicht erst in neuester Zeit geschehen, es bildet vielmehr die Signatur der ganzen Reformperiode, seit der Amtstätigkeit des Generals v. Spiß als Kriegsminister. Weder das Volk noch der Reichstag und die — deutschen Fürsten wollen dem Kaiser etwas „ab-trogen“; es würde ein geringes Verständnis für den Geist unserer Zeit verrathen, wenn der General v. Spiß glauben könnte, daß eine solche Auffassung für die Dauer haltbar wäre. Es handelt sich klipp und klar um die Reform unhaltbar gewordenen Zustände, um die Befestigung und die Verhärtung vieler Uebel. Der General v. Spiß ist darüber bei seinen Nachforschungen auch wohl von klar sehenden Männern nicht im Zweifel gelassen worden, allein er ist bei der Auffassung geblieben, durch den obersten Reichs-Militärgerichtshof würde dem Kaiser die direkte und notwendige Einwirkung auf die bewaffnete Macht verliert und entzogen, die Armee eine Bürgerwehr. Und da diese Auffassung gesiegt hat, so bedarf auch diese Seite der Angelegenheit weiterer Ausführungen nicht mehr. General v. Spiß ist aber auch sonst in schweren Täuschungen befangen. Er hat jüngst mit Vertretern politischer Parteien verkehrt und soll daraus den Eindruck gewonnen haben, der Reichstag habe es garnicht so eilig mit der Militär-Strafprozess-Reform; die Abgeordneten berührten die Frage nur, um ihre Wähler zu beruhigen, im übrigen dränge niemand. Es werden Namen genannt, und der General v. Spiß hat davon Gebrauch gemacht. Dann freilich hätte die Sache noch gute Weile, und dann brauchte derjenige General, der ein Hauptträger einer zeitgemäßen Reform

ist, auch nicht mehr „konservirt“ zu werden. Zudem ist General v. Spiß ja sicher, daß die Konservativen und das Gardekorps der Reform höchst abwartend, wenn nicht durch-aus ablehnend gegenüberstehen. Sie freuen sich auch über ihren Triumph.“

So spricht ein nationalliberales Blatt. Und daß selbst diese zahmen Seelen den Muth finden, für die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Militärstrafverfahrens eine so entschiedene Sprache zu führen, läßt mit Sicherheit auf eine weitverbreitete Unzufriedenheit schließen.

Der Rückzuckers schenkt ein in das Fahrwasser der äußersten Reaktion. Die Konservativen und das Gardekorps“ freuen sich ihres Triumphes. Lange werden sie ihres Erfolges nicht froh werden. Denn eine Wendung des Rückzuckers kann gar bald von einer andern abgelöst werden. Die Sozialdemokratie kann jedenfalls von allen Parteien mit der größten Gemüthsruhe abwarten, wohin der Kurs jetzt gehen soll. —

### Politische Uebersicht.

Berlin, 28. April.

Der Reichstag begann heute die zweite Verathung des Börsengesetzes, kam aber darin nicht weit. In den bürgerlichen Parteien stehen sich Börsenfreunde und Börsengegner gegenüber. Auch wir sind Börsengegner und in einer sozialistischen Gesellschaft hätte die unproduktive Börse sicherlich keinen Platz. Aber die Rezipete der erregten, agrarischen Antibörsianer sind trotzdem mit großer Vorsicht zu genießen; diese Herren wollen entweder das Unmögliche oder sie wollen statt des gesellschaftlichen Nutzens ihren eigenen. Das Unmögliche: nämlich eine Korruption beseitigen, die der notwendige Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist. Das versichern sie. Oder ihren eigenen Nutzen: nämlich den Verdienst der Börse dem Verdienste der Agrarier hinzuzufügen. Daraus ist es in Wahrheit abgesehen. Das beabsichtigte Verbot des Getreide-Terminhandels wegen seiner preisfenkenden Wirkung ist der beste Beweis dafür. Die Kommission hat dieses Verbot mit 11 gegen 10 Stimmen wieder gestrichen, im Hause aber droht eine Mehrheit dafür, da der größere Theil des Centrums und 25 Nationalliberale sich dafür engagiert haben. Der § 1 des Gesetzentwurfes fand gegen einige freisinnige und nationalliberale Stimmen Annahme. Derselbe spricht nur das Prinzip der Börsenaufsicht durch die Landesregierungen und deren Befugnis zur Aufhebung einzelner Börsen aus. Beim § 2 — Börsenkommission — nahm Singer Gelegenheit, den Konservativen die Unwirksamkeit ihrer Vorschläge klar zu machen, aber auch den Freisinnigen zu erklären, daß sie mit ihrem Widerspruch gegen diese Einrichtung eine Ausnahmestellung für die Börse verlangten, denn keine andere Gruppe der Produktion oder

15

### Vene.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Nicolaus Krauß.

Als er am Stephanstag zu Mühlfleßen zur Thür hereintrat, sprang ihm Vene mit einem Schrei der höchsten Freude entgegen. Und schon lag sie an seiner Brust und lachte und weinte durcheinander, was sie nur hervorbringen konnte. Selbst als er sich schon niedergesetzt hatte, hielt sie seine Rechte noch immer mit beiden Händen trampfhaft umklammert. Und immer wieder betrachtete sie ihn vom Kopf bis zum Fuße. Ja, gerade so hatte ihr Vater ausgesehen. So hochgewachsen war er und so breitschulterig. Nur keine so langen, spießigen Augenbrauen hatte er gehabt und auch keinen Schnurrbart. Vene sah zu ihrem anderen Onkel hinüber und verglich ihn mit dem Girgen-Wetter. Wie schwächlich sah der Lehrer aus und wie eingefallen, und gar nichts Lustiges lachte in seinem Gesichte. Und noch näher brückte sich das Kind an seinen Verwandten.

Georg Steiner machte nicht viel Umschweife. Nachdem er einige Bissen zu sich genommen, strich er mit beiden Händen seinen buschigen Schnauzbart zurück und meinte:

„Alsdann, mit der Vene geht's ja, wie ich seh, aber, hör' mal Jakob, ist bei Euch net im letzten Herbst ein Schneider g'torb'n? ... Na alsdann. Er soll ein Bombardon hinterlassen haben, so gut wie neu. Ist das noch da, und kann man's leicht einmal ansehen?“

Der Lehrer stützte den Kopf in die Hand und simulirte, konnte aber keine Auskunft geben. Da griff seine Frau ein:

„S' wird sich schon machen lassen, Wetter Girgl. Der Schneider-Ferdl hat gar kein Anhang g'habt und auch keine Verwandtschaft net. Es weiß noch heut kein Mensch, wo er eigentlich herg'stammt hat. Was er hinterlassen, liegt alles noch im Flauger-Hof drüben, wo er 'lebt, bis zu seinem Absterben g'haust hat. Ja, s' stimmt, da ist auch ein Bombardon drunter. Es ist so noch was auf des Schneider seine Leich zu zahlen, und ich glaub', da wirft D' ihn kriegen und ganz billig auch noch.“

Der Wetter wollte sofort nach dem Bombardon ausgehen, aber Vene ließ ihn nicht fort. Er mußte erst ihre Sachen ansehen; die neue Schiefertafel, die Marmeln, Vaters blaues Tuch und seine Pfeifenspize, und zu guter Letzt den Wienenstock, den sie gechenkt erhalten. Sie begleitete ihn zum Flauger-Bauer und begutachtete das angelegte Blasinstrument. Als dann der Onkel mit dem Lehrer ins Wirthshaus ging, um den guten und billigen Kauf mit Bier zu begießen, war sie auch dabei, und keinen Augenblick ließ sie seine Hand. Ihr Gesicht strahlte vor Stolz. Ueberall war der Girgen-Wetter schon gewesen und erzählt hat er, daß man ihm hätt' einen ganzen Tag zuhören können. Keiner der Bauern hatte einen Schnurrbart, und die Paare hingen ihnen bis in die Stirn herein, aber dem Onkel seine Ringellocken glänzten wie Gold und sein Schnauzbart war so dicht, daß er beide Lippen verdeckte und nur ab und zu die weißen Zähne sehen ließ.

Als er und Barbara sich gegen Abend verabschiedeten, mußte er Vene hoch und heilig versprechen, ja recht bald wiederzukommen.

Seit der Anwesenheit des Girgen-Wetters war Vene viel selbstbewußter geworden. Sie wußte jetzt jemand, der zu ihr gehörte, einen Schönen und Starlen, auf den sie sich verlassen konnte. Früher hatte sie, wenn sie einer quälten wollte, stets Zuflucht bei der Lehrerin gesucht, jetzt drohte sie den Buben direkt mit i h r e m Dabel, der so stark sei wie ein Rie, und einen Schnurrbart habe, so lang, und solang; ihre Väter und Brüder aber hätten nichts unter der Nase, rein gar nichts, nicht einmal so viel. . .

Mit der Zeit gewöhnte sich Vene ganz in den Kreis der Lehrersfamilie, und wenn sie nicht immer wieder die Furcht vor dem Hunger gequält hätte, und die Angst, daß durch ihre Anwesenheit die großen Bissen der andern noch mehr verringert würden, hätte sie sich beinahe glücklich gefühlt. Um die Wohlthaten, die man ihr erwies, zu vergelten, mußte sie sich nützlich machen, wo und so viel sie konnte. Stets hielt sie sich in der Nähe der Lehrerin,

um zuzuspringen zu können, sobald man sie verlangte. Sie schleppte den kleinen Christoph halbe Tage lang auf ihren Armen umher, machte dem Schreibals Männchen vor, stopfte ihm den Brei in den Mund, wenn er Hunger hatte, wusch und säuberte ihn. Während sie dem Lehrer immer noch auswich, schloß sie sich eng an die Lehrerin an, sah zu ihr empor wie zu einer Mutter und nannte sie auch so und nicht mehr Tante oder Muhme. Während die beiden anderen, größeren Mädchen, die Margareth und die Lise, im Hauswesen so gut wie unverwendbar waren, wuchs sich Vene bald zu einer starken Stütze der Lehrerin aus. Ihr Name erklang am öftesten im Schulhause.

„Vene, hol' Erdäpfel aus dem Keller!“

„Vene, hat's Toffel schon sein Essen kriegt?“

„Vene, stid' einmal den Dreieckel da in der Franzl ihrem Hod.“

„Vene, Vene, tummle Dich, Du sollst zum Kaufmann gehen, die Mutter braucht Zucker.“

„Vene, ich treib' jetzt aus. Wennst D' mit willst, mach'!“ schrie die Rosel vor der Haushür, riß an dem Strick, mit dem sie ihre Kühe zügelte, und suchte mit verkehrtem Geißelstecken in der Luft herum.

„Vene, Vene, Vene! Hast mein gut's Schürzel net g'sehen? Ich muß sofort mit 'm Vater nach Doberan 'einschreiben“ gehen.“

Auch etwas gesprächiger wurde Vene mit der Zeit, wenngleich auch bei ihr die Worte noch immer so theuer waren wie beim Apotheker die Waar. „Die hat's inwendig wie die Bieg' das Schmalz“, meinten die Leute, aber sie gaben ihr stets gern und viel, wenn sie mit den Vicenz und Schöffel-Kindern Renzjahrsingen kam. Sie band sich ihre Haare hinauf, schwärzte sich das Gesicht mit Osenruß und ging mit zwei Tagelöhnersbuben als Kasper, Fürst aus dem Wöhrenlande in die Höfe und Häuser Dreiecklingsen. Die Groschen, die auf ihren Theil fielen, lieferte sie bis auf den letzten Pfennig an die Lehrerin ab, den Kuchen und das erhaltene Brot, trug sie auf den Reuboden in ihre Vorrathskammer. (Fortsetzung folgt.)

des Verkehrs sei besetzt, von ihren Versammlungen die Staatsaufsichtsorgane auszuschließen. Ueber die Stellung zu der Vorlage im allgemeinen bemerkte er gleich hier, daß die sozialdemokratische Partei die Ausweichung der Börse, die an sich in der heutigen Gesellschaft eine Nothwendigkeit sei, nach Möglichkeit beschränken helfen wollte und deshalb den meisten Punkten des Kommissionärentwurfs zustimmen werde. Gegen die Stimmen der Freisinnigen wurde der § 2 angenommen, ebenso ein Zusatzantrag Kanitz-Driola, wonach der Börsenkommissar an den Sitzungen der Börsenorgane theilzunehmen berechtigt ist. Es folgt § 3: Börsensanctions. Hier standen sich zwei Abänderungsanträge Kanitz und Fischbeck gegenüber; vor Erledigung der Debatte vertagte sich das Haus. Zum Schluß unter Heiterkeit scheiternder Versuch der Antisemiten, ihre Thätigkeit in der Kommission zu rühmen. Morgen Fortsetzung.

Unter den Vielen nicht ganz reinlichen Partien unseres politischen Lebens giebt es zwei parties honnêtes, die vorzugsweise diesen Namen verdienen, weil man sicher sein kann, daß wenn sie genannt werden, es sich um irgend etwas handelt, worauf man nicht stolz sein kann.

Wir meinen die Kolonialpolitik und die Elsaß-Lothringischen Angelegenheiten. Dort Leiß, Belsan, Peters — hier jeden Tag ein anderer Skandal. Gestern hieß er Pöhlmann: ein Regierungslandibat, im doppelten Sinne Regierungslandibat, erstens weil er mit Billigung der Regierung aufgestellt war, und zweitens, weil er Regierungsrechte ausübte, indem er selber die vom Reichstage angeordneten Enquêtes über die von ihm geübten elsass-lothringischen Wahlpraktiken führte und lenkte.

Und welche Wahlpraktiken! Die Praxis des französischen Kaiserreichs, vereinigt mit russischen oder österrischen Polizeipraktik, was so ziemlich das Gleiche. Das wäre wahrhaftig genug gewesen für einen Tag, aber den Herren, die für Deutschlands guten Ruf sorgen, war es nicht genug. Ein direkter Angriff auf die Immunität der Abgeordneten ist dazu gekommen: die verfassungswidrige Verhaftung des Abgeordneten Bueb. Dieser Akt verstößt nach unserer festen Ueberzeugung gegen die Reichsverfassung. Von „frischer That“ im Sinne des Strafgesetzes kann doch nur da die Rede sein, wo es sich um ein Vergehen handelt, das ein sofortiges Eingreifen erfordert. Polizeilappalien, wie die hier vorliegende, sind jedenfalls nicht mit den Einschränkungen des Artikels 31 der Reichsverfassung gemeint, dessen erster Absatz lautet:

„Ohne Genehmigung des Reichstags kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.“

Daß ein Abgeordneter den Organen der Polizei oder Staatsanwaltschaft nicht auf die Nase bindet, wo von ihnen gesuchte Schriften sich befinden, ist gewiß keine „That“, welche nach der Reichsverfassung die sofortige Verhaftung rechtfertigt. Hätte Polizei und Staatsanwaltschaft dieses Recht, dann wäre es in ihre Macht gegeben, jeden Abgeordneten jeden Augenblick während der Session zu verhaften, was gerade durch den Artikel 31 verhindert werden soll.

In der Person des Abgeordneten Bueb ist ohne Zweifel die Reichsverfassung verletzt worden und der Fall verdient deshalb eingehende Prüfung und Sühne.

Herrn von Stumm's Einfluß ist nicht stets der gleiche. Er versteht es freilich trefflicher wie irgend ein anderer Politiker, die alte parlamentarische Regel zum Schutze der Monarchie zu durchbrechen und die Krone in die Debatte zu ziehen, die Person des Monarchen zu seiner Deckung zu benutzen. Unvergessen bleibt sein nützlich abgelenkendes Wort vom Scharfmachen, für das es freilich so viele unangenehme Zeugen giebt, so daß Herr von Stumm es beim Dementi in den Zeitungen bewenden ließ. Mit der Scharfmacherrede hatte Herr v. Stumm den Bogen überspannt. Und es fiel damals bei einer Abendunterhaltung bei einem Minister aus dem Munde einer Person, auf die sich Herr Stumm bei jeder Gelegenheit beruft, das dreimal wiederholte Wort: „Stumm ist zu weit gegangen“. Damals stand König Stumm auf der Höhe seines Einflusses, er glaubte Minister stürzen und den Gang der Politik bestimmen zu können. Damals wollte er das Zustandekommen der Verordnung über den Bäckerschutze, für den sich Vertreter der Reichsregierung und der preussischen Regierung gebunden erachteten, verhindern und damit die Würticher, Berlepsch und Hottenburg zum Rücktritte zwingen. Los Herr v. Hottenburg, der energischste der Befürworter einer Sozialpolitik in der Regierung, wurde so krank, daß er die Leitung der Reichskommission für Arbeiterstatistik mit dem Kuratorposten der Universität Bonn vertauschen mußte. Würticher und Berlepsch blieben, und Stumm's Einfluß, der noch groß blieb und auch heute nicht unterschätzt werden soll, war nicht mehr der ausschließlich maßgebende.

Herr v. Stumm bemühte sich, den Verlust seines Einflusses wieder weit zu machen, er drohte erst unlängst mit dem Rücktritte aus dem politischen Leben, erzielte aber damit nur ein höhnisches Achselzucken selbst unter einem Theil seiner Freunde. Herr v. Würticher ließ es ihm erst unlängst im Reichstage merken, daß er seine Unentbehrlichkeit weit überschätze. Wie selbst ein Blatt, wie die „National-Zeitung“, die wühlerische Thätigkeit Stumm's schildert, geht aus den folgenden Sätzen hervor, die dem Leitartikel ihrer Nr. 266 entnommen sind:

„Es ist ein öffentliches Geheimniß — oder nicht einmal ein solches, denn es war ja genug von der Sache in der Presse die Rede —, daß die Frage der Regelung der Arbeitszeit im Bäckereigewerbe sich im vorigen Sommer zu einer Probe auf den Einfluß gestaltet hatte, welchen Herr v. Stumm und seine Gesinnungsgenossen als nichtverantwortliche Rathgeber auf die Entscheidungen in unserem Staatsleben auszuüben vermögen; es ist damals von ersten Verhandlungen innerhalb des preussischen Staatsministeriums die Rede gewesen, die, wenn sie mit der Ablehnung jedes Vorgehens betreffend der Arbeitszeit im Bäckereigewerbe geendet hätten, wahrcheinlich zu einer Krisis von erheblicher Tragweite würden geführt haben. Die auf einen schroffen Bruch mit aller positiven Sozialpolitik im Sinne der Maßregeln seit 1890 gerichteten Bestrebungen sind damals nicht durchgebrungen; die konservative Interpellation sollte allem Anschein nach mit dem einen Zwecke, die Handwerkermeister bei der konservativen Stange zu halten, den andern verbinden, die hinter den politischen Kulissen im vorigen Sommer gescheiterte Aktion fort-

zusetzen; Herr v. Stumm hat zur Mittwoch und Donnerstags nicht selbst das Wort ergriffen, aber seine speziellen Freunde und Gesinnungsgenossen sind im Sinne der Interpellation noch energischer vorgegangen, als die Urheber dieser von der konservativen Fraktion.“

Frankreich. Im Augenblick, wo wir dies schreiben, ist noch keine Nachricht da, daß ein Ministerium zu Stande gekommen. Es heißt aber, Meline habe bestimmte Aussicht, ein Ministerium zu bilden.

Ein solches Ministerium würde bedeuten: Keine Revision! Da nun die Kammer sich für die Revision ausgesprochen hat, müßte sie denn sofort aufgelöst werden. Und das wäre für unsere Partei ein großer Vortheil. Ein zweiter Vortheil wäre, daß Meline ein grimmiger Gegner der Einkommensteuer ist. Und die Einkommensteuer, die 3 Millionen französischer Bürger eine Verminderung der Steuerlast brächte, würde ein vortrefflicher Wahrfuß für die französische Sozialdemokratie sein.

Unsere Genossen vergessen über die Wahl des nächsten Sonntag nicht die bevorstehende Kammerwahl.

Aus den zahlreichen aus Paris eingetroffenen Depeschen ist das folgende mitzutheilen:

Die Blätter betrachten die Bildung eines Kabinetts Meline als sicher, dasselbe würde ein rein gemäßigtes sein mit Hanotour als Minister des Auswärtigen, Billot als Kriegsminister, Bédard oder Barthe als Marineminister.

Man glaubt, daß das Kabinet von den vereinigten Sozialisten und Radikalen heftig bekämpft werden wird. Die meisten Blätter aller Parteistellungen nehmen an, daß das Kabinet eine schwere Stellung haben werde, so daß die Auflösung der Kammer nothwendig würde.

Von den Morgenblättern äußert sich der „Radical“ dahin, ein Kabinet Meline sei ebensosehr gegen die Kammermehrheit wie gegen das Volk gerichtet, welches durch die Meline'schen Jollitarische verarmt sei. Der „Kappel“ macht die drohende Bemerkung, Präsident Faure habe sich durch den Ausschluß der Vertreter der Kammermehrheit von der Kabinettsbildung der ihm durch die Verfassung gewährten Dedung beraubt und setze sich persönlichen Angriffen aus. Die „Justice“ hofft, daß die Kammer Meline am ersten Tage seines Erscheinens im Parlament stürzen werde; der „Figaro“ hingegen schreibt: Man stürzt kein Ministerium am Tage seiner Geburt und am wenigsten am Vorabende des ersten Mai. Der „Gaulois“ sieht eine baldige neue Krise voraus, welche ein „Auflösungsministerium“ Poincaré zur Folge haben werde.

Die radikalsozialistische Gruppe nahm gestern folgende Resolution an: Da die Mehrheit der Kammer nicht zur Neubildung des Ministeriums berufen wurde, was einer Abdankung der Kammer gegenüber dem Senat gleichkommt, so wird die Partei das neue Kabinet bei Zusammentritt der Kammer über ihre Rechte und über das allgemeine Wahlrecht interpelliren.

Die Rhanas-Hottentotten, ein Eingeborenenstamm in Deutsch-Südwestafrika, haben sich gegen die deutsche Verwaltung „empört“, wie der verwaltungs-technische Ausdruck lautet. Trotzdem der ganze Stamm nur 1000 Seelen zählen soll, also nicht viel über 150 Weisheitsfähige stellen kann, hat er doch bei einem Zusammenstoß der Schutztruppe schwere Verluste beigebracht. Eine offizielle, von Berlin aus verbreitete Mittheilung sagt nämlich:

Am 5. April haben harte Häuser von Rhanas-Hottentotten im Verein mit Damaras und Rifodemus Kanimema Hauptmann Gtorff und 50 Reiter bei Sobabis zweimal angegriffen. Beide Angriffe wurden, nachdem es bis zum Handgemenge gekommen war, siegreich abgesehen. Die Rebellen waren modern bewaffnet. Auf unserer Seite sind gefallen: Lieutenant Lampe, Fabrikbesitzer Schmidt, Sergeant Bannach und die Reiter Hendges, Erner, Ludwig, Edisch und Ludwig. Schwer verwundet sind Sergeant Fischer und Sinfat. Die Rebellen haben 46 Mann verloren, darunter ihren Kapitän Lambert.

Wie viel Leichtverwundete auf die 8 Todten und 2 Schwerverwundeten auf deutscher Seite gekommen sind, wird gar nicht gesagt. Bei der geringen Stärke der Schutztruppe (in ganz Südwestafrika etwa 500 Mann) ist das jedenfalls ein sehr schwerer Verlust. Läßt sich denn durch milde Behandlung der Eingeborenen solchen Mißständen nicht vorbeugen?

### Deutsches Reich.

Die Kommission für Arbeiterstatistik trat heute unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Lehmann zusammen. Dem Berichte des „Reichs-Anzeiger“ über die Sitzung entnehmen wir das folgende:

Als Kommissare des Reichslanzlers wohnten der Geheimre-Ober-Regierungsrath Dr. Wilhelm, der Regierungsrath Dr. Wuydorsf und der Regierungsassessor Koch, als Kommissare des Königlich preussischen Ministers für Handel und Gewerbe der Regierungsrath Dr. Sprenger, der Regierungsassessor von Meyeren und der Vorsitzende des hiesigen Gewerbegerichts, Magistratsassessor von Schulz, den Verhandlungen bei.

Die Tagesordnung betrifft die Vorname mündlicher Vernehmungen von Auskunftspersonen über die Verhältnisse in der Wäsche-Fabrikation (Herstellung gekämmter Wäsche) und in der Wäsche-Konfektion (Herstellung ungekämmter Wäsche).

Für die Wäsche-Fabrikation sind Auskunftspersonen geladen aus Berlin, Bielefeld, Gadderbaum bei Bielefeld, Aue im Königreich Sachsen und Niederpannskiel bei Aue, für die Wäsche-Konfektion aus Berlin, Breslau, Köln a. Rh. und München.

Unter den Auskunftspersonen befinden sich Unternehmer, sogenannte Zwischenmeister und Zwischenmeisterinnen, sowie Arbeiter und Arbeiterinnen.

Geladen sind 32 Auskunftspersonen, deren Vernehmung voraussichtlich drei Tage in Anspruch nehmen wird.

Ueber die Vernehmungen wird stenographisch Protokoll geführt.

Herr v. Treitschke ist heute nach langwieriger Krankheit im Alter von 61½ Jahren gestorben. In jüngeren Jahren schwärmte, agitirte, redete und schrieb er nicht bloß für die Einheit, sondern auch für die Freiheit Deutschlands; später entwickelte er sich zum Ultrareaktionär und Geschichtsfälscher. Großen Antheil nahm er an der Verleumdung des Kathedersozialismus; dann war er, seine Verleumdung und Verdrehung schweigend, einer der Vorkämpfer für Ausnahmemaße gegen die Sozialdemokratie und einer der Begründer der antisemitischen Bewegung. Seine deutsche Geschichte ist das tendenziöseste Geschichtswerk der deutschen Wissenschaft. Seine unbefangene Bewunderung für das Hohenzollernhaus und sein fanatischer Haß gegen alles Volksenthümliche bis zum Liberalismus herab kamen auf jeder Seite seines Geschichtswerkes zum Ausdruck. Was in der Besprechung Friedrich Wilhelm IV. wagte er einige Worte der Kritik, die ihm fast seine Stelle als preussischen Hofhistoriographen gekostet hätte.

Was von denjenigen, die von dem modernen Gelehrten die kritiklose Bertheidigung der herrschenden Ordnung und ihrer sichtbaren Vertreter fordern, wird Treitschke's Tod als Verlust empfunden werden.

Der Reichstags-Abgeordnete Professor Hüpeden hat eine Erklärung erlassen, daß er nicht infolge der Sezession des Herrn Hofpredigers Eöder aus der deutsch-konservativen Fraktion ausgeschieden, sondern schon am 8. De-

zember v. J. seinen Austritt aus der Fraktion erklärt habe, weil er in der parteiunabhängigen Erklärung gegen die sieben christlich-sozialen Fraktionen das Signal zu einer Veränderung des sozialpolitischen Kurses und zum Einlenken in das Fahrwasser des Freiherrn v. Stumm erblicken zu müssen glaubte. Man kann es Herrn Hüpeden, dem jetzt einzigen christlich-sozialen Reichstags-Abgeordneten, allerdings nicht verargen, daß er den Gedanken nicht aufkommen lassen will, er setze nur in Herrn Eöder's Fahrwasser.

Gegen den Pfarrer Köhsche in Sangerhausen ist infolge des Beleidigungsprozesses Frhr. v. Stumm-Köhsche eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden. Die Anklage bemerkt u. a., Pfarrer Köhsche habe durch die Prozeßergebnisse das Vertrauen seiner Gemeindeglieder verloren.

Der Fall Alwardt soll, wie der „Post“ gemeldet wird, auf dem zu Pfingsten stattfindenden Parteitage der Antisemiten der Provinz Brandenburg seine endgültige Erledigung finden.

Nachen, 27. April. (Sig. Ber.) Eine von mehreren hundert Bürgern unterschriebene Resolution, die sich gegen Art. 8 der Gewerbenovelle, also gegen das Verbot des Detailhandels in Manufaktur, Haushaltungsgegenständen, optischen Waaren richtet, ist heute an den Reichstag abgegangen.

### Oesterreich.

Wien, 27. April. Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute über den Artikel 2 der Wahlreform-Vorlage, in welchem der Wahlmodus festgesetzt wird. Die meisten Redner plaidirten für direkte Wahlen. Ministerpräsident Graf Badeni führte aus: Die Frage der direkten oder indirekten Wahlen könne nicht überall und unter gleichen Umständen gelöst werden, man müsse sich vielmehr auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse stellen. Die Regierung sei bereit, wenn in den einzelnen Ländern das Bestreben hervortrete, die direkten Wahlen in der allgemeinen Wählerklasse einzuführen, denselben zuzustimmen. Wenn dagegen eingewendet werde, daß die Landesgesetzgebung auf diese Weise das Reichstags-Wahlrecht bestimmen könne, so sei dies unbegründet, denn die Reichsgesetzgebung stelle eben diese Bestimmungen fest. Die Regierung nehme jedoch die Bestimmung der Vorlage als eine wesentliche an und müsse auf der unveränderten Annahme derselben bestehen. (Beifall.) Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Man sieht daraus, daß Badeni lieber die Wahlrechts-Vorlage scheitern lassen würde, als daß er auf die indirekten Wahlen in Galizien, der Quelle der unerhörtesten Wahlmißbräuche, verzichten würde.

Wien, 28. April. Abgeordnetenhaus. Der Artikel 2 der Wahlreformvorlage — indirekte Wahlen — wurde gegen eine ganz geringe Minorität angenommen. Somit ist der erste Theil der Wahlreformvorlage in zweiter Lesung in der Spezialdebatte angenommen.

Die liberalen Blätter sind in ihrer Aufregung über den freundlichen Empfang Lueger's beim Kaiser und über die Wahrscheinlichkeit, daß dieser von ihnen so gefürchtete Antisemitenhäuptling über's Jahr Bürgermeister von Wien werden würde, so sehr aus dem Häuschen gerathen, daß selbst die „Neue freie Presse“, dieses so sanftmüthige Organ der Großbourgeoisie, konfuziert wurde.

Einem Communiqué der Vereinigten Linken zufolge betraf die Klub über die neuesten Vorgänge bei der Bürgermeisterwahl. Von allen Rednern wurde betont, daß durch das Vorgehen der Regierung nur Verwirrung in diese Angelegenheit gebracht sei und daß das Vertrauen in die Lichtigkeit und Konsequenz der Regierung auf das tiefste erschüttert werden mußte. Der Klub einigte sich dahin, trotzdem bezüglich der Haltung bei der Wahlreform keine Konsequenzen zu ziehen, weil der Klub schon längst entschlossen sei, in die Reform zu willigen, und in dieser Hinsicht seinen politischen Absichten treu zu bleiben.

### Frankreich.

Cornelius Herz wurde gestern in seiner Wohnung von dem Londoner Richter Sir John Bridge vernommen. Das Verhör, dem der Verteidiger Herz und Vertreter der englischen und der französischen Regierung beiwohnten, dauerte eine halbe Stunde. Es wurde vereinbart, daß die beiderseitigen Rechtsvertreter die Untersuchung am nächsten Sonnabend im Vorstret-Gericht fortsetzen sollen.

### Italien.

Rom, 27. April. Nach Privatmeldungen aus Catania kam es gestern in der Ortschaft Paterno zu Ruhestörungen, weil die Steuerbeamten in der Erhebung der Familiensteuer, deren theilweise Aufhebung der Gemeinderath beschlossen hatte, fortführen. Nachdem die Manifestanten Ausschreitungen, besonders gegen das Steuergebäude, begangen hatten, wurden sie von der Polizei auseinander getrieben, wobei einige Personen verwundet wurden. Der Präsekt von Catania ist an Ort und Stelle eingetroffen und hat den erwähnten Beschluß des Gemeinderaths bestätigt.

### Spanien.

Madrid, 27. April. Das endgültige Ergebnis der Senatswahlen ist: 113 Ministerielle, 41 Liberale, 17 Unabhängige, 4 Republikaner, 2 Konservative Dissidenten und 3 Carlisten.

### Türkei.

Konstantinopel, 27. April. Nach Mittheilungen, die aus Areta hier eingetroffen sind, haben die türkischen Truppen das Kloster Predeli erobert, um der darin befindlichen Mitglieder des Revolutionskomitees habhaft zu werden. Es entspann sich ein blutiges Gefecht. Einzelheiten fehlen.

## Prozeß Hübe u. Genossen.

Die bekannte Anklage gegen Genossen aus dem 2. Wahlkreise wegen Bergehens gegen das Vereinsgesetz führte gestern nicht weniger als 30 Personen vor die 132. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts. Die Verhandlung findet im kleinen Schwurgerichts-Saale statt. Die Angeklagten fassen nicht nur die Anklagebank, sondern auch die Geschworenensbank, denen zahlreiche Stühle hinzugefügt worden sind. Den Vorsitz führt Richter Winkler, die Anklage vertritt Staatsanwalt Schwegler, die Verteidigung führen die Rechtsanwält Hüne und Herzfeld. Es handelte sich um eine am 10. Februar bei Restaurateur Wöhning in der Admiraalstraße stattgehabte Zusammenkunft bekannter Parteigenossen des 2. Wahlkreises, die nach Ansicht der Anklagebehörde aber als Fortsetzung des vorläufig geschlossenen sozialdemokratischen Wahlvereins des 2. Reichstags-Wahlkreises anzusehen war. Nach Ansicht der Anklage ist diese Versammlung vom Genossen Kühing als Vertrauensmann zur Verschönerung innerer Partei-Angelegenheiten einberufen worden. Zu den Theilnehmern in dieser Zusammenkunft gehörte auch der Reichstags-Abgeordnete des zweiten Kreises Richard Fischer, gegen den aber die Verhandlung wegen der gegenwärtigen Reichstagsstimmung angehängt worden ist. Die Zusammenkunft war der Polizei verheimlicht worden und führte zu den unseren Lesern bereits bekannten Verhaftungen. Sämmtliche Sitzirte wurden, mit Ausnahme des Gen. Fischer, nach dem Alexanderplatz transportirt, und am anderen Abend wieder entlassen.

Der Restaurateur Wöhning ist beschuldigt, seinen Saal zu einer politisch nicht angemeldeten Versammlung hergegeben zu haben. — Von den Angeklagten erklärt Gwald, daß er nicht Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins im 2. Wahlkreise gewesen sei. Das sei schon aus dem Grunde unmöglich, weil er erst nach stattgefundener Auflösung des Wahlvereins von Brandenburg nach Berlin übergesiedelt sei. Zwei andere Angeklagte erklären, schon vor Schließung des Wahlvereins nicht mehr Mitglieder desselben gewesen zu sein, da

die die Zahlung der Beiträge nicht geleistet hätten, und deshalb statutenmäßig ausgeschlossen waren. Ein dritter der Angeklagten giebt an, nach der Reorganisation aus dem Verein angetreten zu sein, weil er mit denselben nicht einverstanden war. Nach den Aussagen, die die Angeklagten auf der Polizei unterschrieben haben, stellt der Vorsitzende fest, daß fast der gesamte Vorstand des vorläufig geschlossenen Vereins bei jener „Geburtsstagsfeier“ anwesend gewesen sei, so namentlich die Genossen Antick als erster Vorsitzender, Hensel, zweiter Vorsitzender, Grise und Krey als Kassier, Lange und Bauer als Schriftführer, ferner Schwall, Höhn, Berger, Ohnesorge, Finke und Hinze als sogenannte „Gruppenführer“. Der Genosse Mews hatte die Bedienung übernommen, Finke soll vor der Eingangstür Wache gehalten haben und darin von Lachmann abgelöst worden sein. Genosse Werner hätte in dieser Zusammenkunft die Leitung übernommen. Er giebt an, nur für Ruhe und Ordnung gesorgt zu haben, da die Teilnehmer der Zusammenkunft schließlich in unverständlicher Weise durcheinander redeten. Der neugewählte Vertrauensmann Kizing hatte natürlich das Bedürfnis, die bekannteren und thätigsten Genossen des zweiten Wahlkreises an sich zu ziehen, und sich mit ihnen über Partei-Angelegenheiten zu besprechen. Zu diesem Zweck fand die Zusammenkunft statt. Auch wollte Kizing den betreffenden Parteigenossen bei dieser Gelegenheit über die von ihm ausgegebenen Sammelbons und Schriften Rechnung ablegen. Da Kizing heiser war, verlas Werner an seiner Stelle die Abrechnung und sprach dann den Wunsch aus, man möge sich darüber äußern, ob als Ersatz für die wegen angeleglichen Inverbindlichkeitstretens aufgelöste Preßkommission etwas Neues zu schaffen sei, was sich infolge zahlreicher Wünsche aus den Reihen der Parteigenossen und verschiedener Klagen über die Preßverhältnisse notwendig mache. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß in der fraglichen Versammlung auch über die Klasse des geschlossenen Wahlvereins Rechnung gelegt worden sein soll, was Werner und Antick bestritten. Es sei nur über Sammelbons abgerechnet worden. Diese gingen den Verein nicht an. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum die Versammlung nicht angemeldet worden sei, antwortet Werner: weil wir keine öffentliche, sondern nur persönliche Angelegenheiten erörtern wollten. In gleicher Weise stellen die übrigen Angeklagten, namentlich Kizing, dem Sachverhalt dar. Eine Fortsetzung des geschlossenen Wahlvereins erklärt die Anklagebehörde auch darin, daß mehrere Mitgliedsbücher gefunden wurden, in die noch für die Zeit nach Schließung des Vereins Beitragsmarken eingeklebt sind. Diese Thatsache erklären die früheren Vorstandsmitglieder damit, daß manche Vereinsmitglieder ihre Beiträge für längere Zeit, oft für ein ganzes Jahr im voraus bezahlt haben. Nach Schließung des Vereins konnten schon aus dem Grunde keine Beitragsmarken mehr eingeklebt werden, weil diese mit anderem Material bei der Schließung voraufgegangenen Hausführungen von den Beamten beschlagnahmt worden waren. Eine ganze Reihe von Angeklagten erkennen die polizeilichen Protokolle nicht als richtig an. Sie behaupten, dieselben nur deshalb unterschrieben zu haben, weil ihnen der Kriminalkommissarius Schöne bedeutet habe, sie würden andernfalls länger in Haft bleiben müssen, wenn sie nicht die gewünschten Auslagen machten. Unter diesem Druck wären sie schließlich alles mögliche zugabebereit gewesen. Rechtsanwalt Möhring bestritt, gewußt zu haben, daß bei ihm eine Versammlung stattfinden sollte. Das Zimmer wurde zu einer Geburtsfeier bestellt. Er gab es her und kümmerte sich im übrigen umso weniger um die Gesellschaft, als am gleichen Abend in den unteren Räumlichkeiten ein Konzert stattgefunden habe. Von den Angeklagten ist ihm niemand persönlich bekannt. Der sozialdemokratischen Partei gehört er nicht an, obwohl öfter sozialdemokratische Versammlungen in seinem Lokal stattfanden.

Als erster Zeuge wird Kriminal-Kommissar Schöne vernommen. Er giebt an: Im Herbst v. J. wurde mir klar, daß die jahrelange Thätigkeit der sozialdemokratischen Wahlvereine gegen das Vereinsgesetz verstoße. Auf meinen Bericht veranlaßte das Polizeipräsidium im November vorigen Jahres die Auflösung. Ich hatte nun mein Augenmerk darauf zu richten, ob nicht eine Fortsetzung der geschlossenen Vereine stattfinden. Ich habe ermittelt, daß trotzdem frühere Mitglieder desselben im kleineren Kreise zusammenkamen, habe auf „vertraulichem Wege“ auch erfahren, daß trotzdem politische Angelegenheiten erörtert und Beschlüsse rein politischer Natur gefaßt wurden. Meine vorgelegte Behörde hat mir jedoch untersagt, die Gewährsmänner, von denen ich über diese Vorgänge unterrichtet wurde, zu nennen. Von dieser Seite ist mir u. a. auch mitgeteilt worden, daß am 10. Februar bei Möhring eine sogenannte Korporation stattfinden sollte. Diese Angabe bestätigten dann meine Beobachtungen, die ergaben, daß sowohl Mitglieder des geschlossenen Vereins, als auch der früheren und jetzige Vertrauensmann des zweiten Wahlkreises daran teilnehmen würden: daß ich nicht dupirt war, ergab sich aus dem Umstande, daß Posten ausstanden, um Unbefugten den Eintritt zu wehren. Im Gewissheit darüber zu erhalten, ob wirklich eine Versammlung stattfände und was daselbst verhandelt würde, beauftragte ich einen als Kellner verkleideten Beamten, in das Zimmer zu dringen. Zwar hat derselbe nicht gehört, was dort gesprochen wurde, hat aber, weil Werner am Tische stand und augenscheinlich den Vorsitz führte, den Eindruck empfangen, daß hier eine Versammlung stattfände. Der Beamte wurde hinausgewiesen, andere drängten hinein, denen ich folgte, um Material für die Uebertretung zu erlangen. Nachdem ich die Teilnehmer der Versammlung durchsucht hatte, kam ich zu der Ueberzeugung, daß es sich hier in der That um eine Versammlung handelte. Einige der Angeklagten haben mir gegenüber auch zugestanden, daß die fragliche Zusammenkunft eine Fortsetzung des geschlossenen Wahlvereins darstellte. Der Zeuge steht ausführlich auseinander, wie — nach seiner Auffassung — die Abrechnung des Vertrauensmannes gegeben wird, und behauptet, daß dabei die Wahlvereine in hohem Grade interessiert seien, weil sie aus den Einnahmen des öffentlichen Vertrauensmannes unterstützt würden. Die Frage des Vorsitzenden, ob der Zeuge bei der polizeilichen Vernehmung die Angeklagten durch Drohungen zur Abgabe ihrer Aussagen bewogen habe, verneint der Zeuge Schöne anfangs für seine Person ganz entschieden; was den einen oder anderen seiner Beamten, die ebenfalls Protokolle aufgenommen hätten, betreffe, könne er natürlich nicht wissen; er giebt aber schließlich die Möglichkeit zu, daß er dem einen oder anderen vorgehalten haben könne: Wenn Sie mit der Wahrheit zurückhalten oder den Thatbestand verdunkeln, wo schon so viel vorliegt, werde ich Sie zurückschicken oder dergleichen. Die Angeklagten hätten ja die Aussagen verweigern können. Das konnte mir eigentlich das liebste sein.

Angeklagter Carl Fischer behauptet: Kommissar Schöne hat mir gesagt — und er wird sich auf meine Worte genau besinnen können: Wenn Sie nicht ein Geständnis ablegen, wie Werner, dann bin ich verpflichtet, Sie dem Untersuchungsrichter vorzuführen. Um das zu vermeiden, dachte ich: laß den Beamten nur schreiben, was er will. — Vors.: Das ist keine Bedrohung, das war seine Pflicht! — Polizeikommissar Schöne: Ich muß mich entscheiden dagegen zu verhören, durch Drohungen oder Zwang Geständnisse erlangt zu haben. — Verteidiger Dr. Herzfeld fragt den Zeugen Schöne, ob ihm aus eigener Wissenschaft bekannt sei, daß der Vertrauensmann Gelder an die Wahlvereine abließ. Zeuge verneint das, giebt aber an, er sehe ebenso gut in der Verwendung und sei über dergleichen innere Angelegenheiten der Sozialdemokratie ebenso gut unterrichtet, wie die Partei-

genossen selbst. Er erhalte seine Aussagen von vielen Seiten, die nichts von einander wissen, und die gleichwohl übereinstimmen, also damit den Beweis der Richtigkeit ergeben. — Antick erklärt, auch zu ihm habe Herr Schöne gesagt: Wenn Sie gestern Abend so ausgesagt hätten, wie Fischer, dann wären Sie ebenso wie dieser entlassen worden. (H. Fischer ist erst am 11. Februar vernommen worden und hat jede Aussage verweigert. Die Redaktion.) — Angeklagter Ewald hält dem Zeugen vor, daß er bei der Vernehmung zu ihm gesagt habe: Wenn Sie nichts anderes aussagen, dann sind Sie einer von denen, die eingesperrt werden. Zeuge Schöne: Ich kann mir nicht denken, daß ich gerade dem Angeklagten Ewald, den ich schon lange kenne, und der diesmal, im Gegensatz zu früher, einen günstigen Eindruck auf mich machte, in der Weise entgegengetreten sein soll; jedoch will ich nicht ganz bestimmt bestritten, daß ich etwas Ähnliches gesagt habe.

Der nächste Zeuge ist Kriminal-Schutzmann Haase: Er habe als Kellner Eintritt zu erlangen gesucht; anfangs habe ihn der Posten nicht hereinlassen wollen, schließlich sei er durch eine Ausrede doch hineingekommen. Die Versammlung sei bei seinem Eintritt verdrängt gewesen, niemand habe mehr etwas gesprochen, er habe Werner aber am Tische stehen, also den Vorsitz führen sehen. Der Reichstags-Abgeordnete Fischer, den ich damals nicht gekannt habe, sagte zu mir, wie ich da hereinläufe, hier sei Geburtsstagsfeier, ich solle machen, daß ich herauskomme. Dann, als die übrigen Beamten einstrangen, schrie einer, ich weiß nicht wer, hier ist Geburtsstagsfeier, um damit für die übrigen die Parole anzugeben.)

Kriminalwachmeister Dien er beginnt mit Darlegung seiner Auffassung über den Charakter der durch die Polizei aufgehobenen Versammlung, muß aber zugeben, daß er gar nicht dabei war, sondern einige Minuten danach gekommen sei. Auch seine Verurteilung auf den Gewährsmann der vertraulichen Mittheilung muß er, nachdem er zuerst die Aussage hierüber verweigern wollte, als nur auf Hörensagen von Herrn Schöne beruhend einschränken. Er macht dann bezüglich des Verhältnisses zwischen Wahlverein und Vertrauensmann dieselben Angaben wie der Zeuge Schöne. Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen. Staatsanwalt Schwigger erhält das Wort zur Begründung der Anklage. Es handelt sich heute um die Frage, ob die Angeklagten an der Fortsetzung eines geschlossenen Vereins beteiligt waren. Die Wahlvereine sind am 29. November v. J. geschlossen worden. Mit dieser Verfügung ist ein Rechtszustand geschaffen, den jeder Mann zu respektiren hat. Die Angeklagten aber haben gegen diesen Beschluß verstoßen. Der anerkanntswürdige Umstand des Kriminal-Kommissars Schöne ist es gelungen, mit Hilfe seiner Beamten diese Gesetzesverletzung aufzudecken. Wir haben es hier, ausgenommen den Angeklagten Möhring, mit ausgesprochenen Sozialdemokraten zu thun, ja, mit der Elite der Parteigenossen der Verbindung der Wahlvereine mit der Gesamtpartei aufricht zu erhalten. Hierdurch wird die vom Gesetz verbotene Verbindung politischer Vereine hergestellt. Es steht fest, daß die vom Vertrauensmann abgerechneten Gelder zu Gunsten des Vereins verwendet werden sollten. Daß der geschlossene Verein ungehindert fortgesetzt werden sollte, geht daraus hervor, daß der Kriminalkommissar Schöne Mitgliedsbücher gefunden hat, in denen noch bis zum Februar dieses Jahres Beiträge quittirt waren. Zweifellos war die in Rede stehende Versammlung eine solche des geschlossenen Wahlvereins und es unterliegt keinem Zweifel, daß alle Angeklagten, außer Möhring, sich an dieser Versammlung beteiligt haben. Das Verhalten Möhring's bei dieser Angelegenheit zeigt dafür, daß er sehr wohl wußte, es handle sich hier um eine sozialdemokratische, und zwar eine verbotene Versammlung. Er ist also schuldig, das Lokal dazu herzugeben zu haben. Bezüglich des Strafmaßes sei, da — wie bekannt — eine Geldstrafe von der Parteilasse gezahlt würde, eine Gefängnisstrafe am Platze. Ferner falle erschwerend ins Gewicht, daß hier eine offensibare Gesetzesverletzung stattgefunden habe, zu der der Abgeordnete Fischer in schänder Weise die Anregung gegeben habe. Er, der als Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft in erster Linie eine solche offensibare Gesetzesverletzung hätte verhüten sollen. Der Staatsanwalt befragt gegen Werner und Kizing, als Einberufer resp. Leiter einer nicht angemeldeten Versammlung, in welcher politische Angelegenheiten erörtert wurden, zwei Monate, gegen alle anderen Angeklagten, mit Ausnahme von Möhring, einen Monat Gefängnis. Gegen die, welche in der Versammlung als Redner auftraten, außerdem 50 M., und gegen Möhring 100 M. Geldstrafe.

Nach einer ausgiebigen Rede des Rechtsanwalts Heine und einem ebenso wirksamen Plaidoyer des Rechtsanwalts Dr. Herzfeld, worüber wir unseren Lesern morgen einen ausführlichen Bericht bringen, verhandelte der Vorsitzende nach einstündiger Verathung des Gerichtshofes folgendes Urtheil: Es steht fest, daß am 10. Februar d. J. bei Möhring eine Versammlung stattgefunden hat, und daß die Angeklagten daran theilgenommen haben, resp. als Redner aufgetreten sind. Es steht ferner fest, daß die fragliche Versammlung nicht angemeldet war und daß in derselben öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Es sollte daselbst berathen werden, was als Ersatz für die geschlossenen Vereine zu schaffen sei. Daß dies eine öffentliche Angelegenheit ist, kann nicht zweifelhaft sein. Somit liegt also eine Uebertretung von § 12 des Vereinsgesetzes vor und ist deshalb gegen Werner, Kizing und Ewald auf je 30 M., gegen Grische, Knipper, Jakob, Silberstmidt und Kleinert, welche in dieser Versammlung als Redner auftraten, auf je 15 M. erkannt worden. Von dem Angeklagten Möhring kann nicht angenommen werden, daß er geglaubt hat, es solle in seinem Lokal eine Geburtsstagsfeier abgehalten werden. Er war vielmehr verpflichtet, sich zu erkundigen, zu welchem Zweck seine Räume benutzt werden sollten und eventuell nach der polizeilichen Anmeldung fragen. Da er dies nicht gethan, so ist er wegen Hergebe des Lokals zu 50 M. zu verurtheilen. Es kommt nun ferner darauf an, ob diese Versammlung als Fortsetzung des geschlossenen Wahlvereins zu betrachten ist. In dem Umstande, daß noch für die Zeit nach Schließung des Vereins Beiträge quittirt sind, sieht das Gericht keinen Beweis für die Fortsetzung des Vereins, sondern hält es für glaubhaft, daß die Beiträge voraus bezahlt sind. Es ist jedoch sehr naturgemäß, daß Kizing und Werner, der eine als früherer, der andere als jetziger Vertrauensmann des zweiten Wahlkreises, sich mit dem Wahlverein, dem Organ der Partei, in Verbindung setzen mußten, um ihre Funktionen in genügender Weise ausüben zu können. Wenn

\*) Gegen diese unter Eid abgegebenen Bekundungen des Kriminal-Schutzmanns Haase wandte sich in seiner Schlussausführung Antick, der mit Fischer zusammen an einem Tische gesessen hatte. Er stellte die ganze auf Fischer bezügliche Auslassung rundweg in Abrede; Haase sei gar nicht an den Tisch herangerufen, Fischer habe keines der angeführten Worte zu ihm gesprochen. Erst als die Beamten in das Zimmer gedrungen seien und die Versammlung als aufgelöst erklärt hätten, sei Haase durch das Zimmer durch auf Fischer losgesprungen und habe diesen zu gerufen: „Sie sind mein Arrestant.“ Darauf habe Fischer ihm entgegengekommen, was er eigentlich wollte, er solle sich doch erst legitimiren. Als der Beamte seine Marke an der Uhrkette unter der Weste hervorgezogen, sei Herr Schöne an Fischer herangerufen und habe ihn gebeten, mit ihm hinauszukommen.

erwogen wird, daß auch die Preßkommissionsmitglieder dem Wahlverein angehörten, und daß man darüber berathen wollte, was bezüglich der Organisation zu thun sei; wenn man ferner erwäge, daß alle Theilnehmer mit Ausnahme Ewald's Mitglieder des geschlossenen Vereins waren, auch der Vorstand bis auf eine Person vollständig vertreten war, so muß man zu der Annahme kommen, daß hier zweifellos eine Fortsetzung des Wahlvereins vorliegt. Durch Nichtzahlung der Beiträge erstliche nicht, wie einzelne Angeklagte behaupteten, die Mitgliedschaft Ewald mußte, weil er nicht Mitglied des Wahlvereins war, vom Vergehen gegen § 16 des Vereinsgesetzes — Fortsetzung eines geschlossenen Vereins — freigesprochen werden. Werner und Kizing sind dagegen mit je 50 M., alle andern Angeklagten mit je 15 M. zu bestrafen.

## Der dolus eventualis vor dem Reichsgericht.

Leipzig, den 28. April 1896.  
Der Fall Bading, d. h. die Verantwortlichmachung des Buchdruckereibesizers Max Bading für den Inhalt einer in seiner Offizin hergestellten Druckschrift, kommt heute vor dem 2. Strafenntz des Reichsgerichts zur nochmaligen und voraussichtlich endgiltigen Entscheidung.

Die Anklage gegen Bading zieht sich nun schon über ein Jahr hin, sie ist schon so viel und so oft in der Presse erörtert worden, daß eine ganz kurze Resümee der Sachverhalte hier genügen wird. In der Bading'schen Buchdruckerei wurde eine für die Feier des 18. März 1895 bestimmte sogenannte rote Märznummer, ein vierseitiges Flugblatt auf rothem Papier, hergestellt. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß (§ 130 St.-G.B.) nicht nur gegen den das Flugblatt verantwortlichen Zeichner Redakteur Schulze, sondern auch gegen den Drucker Bading. Und die 8. Strafkammer des Berliner Landgerichts I verurtheilte Schulze zu vier Monaten, Bading zu zwei Monaten Gefängnis. Zur Verurtheilung Bading's war das Gericht mittels des dolus eventualis gekommen. Obwohl Bading nachweisen konnte, daß er von dem Inhalt des Flugblattes keine Kenntnis gehabt habe, daß ihm vielmehr sein Faktor Rosen nur mitgetheilt habe, es werde eine rote Märznummer zum Druck gegeben werden, er habe den Voranschlag gemacht, das Manuscript werde erst in einigen Tagen geliefert werden. Das Gericht erachtete selbst den Einwand für unerheblich, daß in den früheren Jahren gegen die Märznummern mit gleichem Inhalt zwar Anklage erhoben, aber stets Freisprechung erfolgt war, sondern sagte, da bei Bading der „Vorwärts“ und andere sozialdemokratische Schriften gedruckt würden, so hätte er sich sagen müssen, daß möglicherweise das Märzflugblatt einen strafbaren Inhalt haben könnte und deshalb habe die Bestrafung mit zwei Monaten Gefängnis zu erfolgen.

Das Reichsgericht hob das Urtheil auf, weil mehrfach prozessuale Verstöße vorgekommen waren, insbesondere über einen Antrag der Verteidigung kein Beschluß erfolgt war. Auf die Frage des dolus eventualis ging das Reichsgericht nicht ein, verwarf vielmehr die Sache an dieselbe Strafkammer zur nochmaligen Verhandlung zurück.

In dieser zweiten Verhandlung wurde Schulze wieder zu vier Monaten, Bading jedoch nur zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Das Gericht kam zu dieser Verurtheilung wieder mittels des dolus eventualis, würdigte aber diesmal die Thatsache, daß zweimal in vorangegangenen Jahren diese Märznummern mit fast dem gleichen Inhalt freisprechend beurtheilt worden waren. Das Gericht verurtheilte, es sei an die Entscheidung eines anderen Gerichts nicht gebunden; zugegeben werde aber, daß Bading sich wegen der früher erfolgten Freisprechung in einem Rechtsirrtum befunden habe, der zwar die Strafe nicht anzuschließen, aber zu mildern geeignet sei.

Gegen dieses Urtheil hat der Verteidiger beider Angeklagten, Rechtsanwalt Freudenthal wieder Revision angemeldet, die, wie gesagt, heute vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommt.

Zur Begründung der Revision wird folgendes angeführt: Bading hatte vom Faktor Rosen gehört, daß eine rote Nummer in Druck gegeben worden sei und hat sein Einverständnis dazu gegeben. Das Gericht nimmt auch an, daß Bading von dem Fabelbild Kenntnis gehabt hat. Es ist aber nicht klar, wann Bading Kenntnis genommen haben soll. Denn als der Auftrag gegeben wurde, war das Manuscript noch gar nicht ausgearbeitet und nach der festgestellten Unterredung hat Rosen alles selbstständig besorgt. Es hätte zum mindesten festgestellt werden müssen, daß diese Kenntnis zur Zeit der Druckübernahme seitens Bading vorlag.

Bading hat thatsächlich nur den Voranschlag zu einer roten Nummer genehmigt, während der Inhalt noch gar nicht bekannt war. Wie auf Grund der hier festgestellten widerspruchsvollen Thatsachen der Angeklagte Bading in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Massen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten aufgereizt haben soll, ist unersichtlich.

Das trifft selbst zu, wenn das richtig wäre, was an der Hand des dolus eventualis konstatairt ist. Das Urtheil sagt, Bading mußte sich sagen, daß das bedauerliche Flugblatt wenigstens möglicherweise einen derartigen Inhalt haben werde, wie es ihn thatsächlich gehabt hat, also einen Inhalt, der zu Gewaltthatigkeiten anreizt. Festgestellt ist, daß Bading sich das sagen mußte; daß er es sich thatsächlich gesagt hat oder daß er die hervorgehobenen Anhaltspunkte erwogen hat, ist nicht festgestellt.

Bei einer Erörterung gegen Bading wird darauf in thatsächlicher Beziehung Gewicht gelegt, daß früher rote Nummern beschlagnahmt und unter Anklage gestellt worden sind, der Richter hat aber die gerade für den dolus eventualis d. h. die Möglichkeit des Erfolgens des strafbaren Erfolges viel wichtigere Thatsache, daß Freisprechung erfolgt ist, nicht mit einem Worte gewürdigt. Die Behauptung des Angeklagten, daß früher rote Nummern mit dem hier in betracht kommenden Inhalt freigesprochen worden sind, weil festgestellt ist, daß sie nicht den Charakter des Anreizens zu Gewaltthatigkeiten im Sinne des § 130 haben, ist im Urtheil irrig als Rechtsirrtum hingestellt worden, während es sich in Wirklichkeit um Thatumstände im Sinne des § 59 des Strafgesetzbuchs handelt. Die Angeklagten haben im Vertrauen auf die Richtigkeit der ergangenen Urtheile gehandelt. Das Urtheil besteht aus Erwägungen thatsächlicher Natur wie aus solchen rechtlicher Natur. Findet nun der Richter bezüglich der thatsächlichen Momente wenn auch irrig, daß ein Thatumstand, welcher zum gesetzlichen Thatbestand gehört, nicht vorhanden ist und handelt ein Angeklagter im Vertrauen auf die Richtigkeit des Urtheils demgemäß, so befindet er sich in einem thatsächlichen Irrthum und nicht wie angenommen worden ist, in einem Rechtsirrtum. Das ist nicht nur ein Verstoß gegen §§ 260, 266, 377 ad 6 Straf-Prozessordnung und 130 Strafgesetzbuch, sondern auch gegen § 59 Strafgesetzbuch. Daher rechtfertigt sich die Revision und es wird beantragt, das angefochtene Urtheil aufzuheben, die Angeklagten freizusprechen event. die Sache zur anderweiten Entscheidung an das Igl. Landgericht I zu verweisen.

Leipzig, 28. April 1896.  
Der Fall Bading wurde heute vor dem Reichsgericht in der Revisionsinstanz unter Vorsitz des Reichsgerichtsraths Kienig verhandelt. Referent war der Reichsgerichtsrath Rauffmann, die Staatsanwaltschaft vertrat Reichsanwalt Heinemann. Als Verteidiger fungirten Rechtsanwalt beim Reichsgericht Haber und Rechtsanwalt Freudenthal, Berlin.  
Nachdem das Urtheil und seine Begründung vom Referenten vorgetragen war, nahm zunächst das Wort Rechtsanwalt

Haber: Das Urteil nimmt an, daß sich die Angeklagten in einem Irrtum über die Strafbarkeit ihrer Handlungen befunden haben, in einem Rechtsirrtum, der die Strafe nicht ausschließt. Es ist jedenfalls kein wünschenswerther Zustand, daß man einem Angeklagten zumutet, er hätte sich sagen müssen, daß eine Handlung strafbar sein kann, obwohl zwei andere Gerichtshöfe die Strafbarkeit dieser selben Handlung verneint haben.

Verteidiger A. A. Freundthal: Es ist unverkennbar, daß der Vorderrichter den § 59 des St.-G.-B. verletzt hat. Die Angeklagten haben sich darauf berufen, daß der wesentlich gleiche Inhalt der inkriminierten Druckschrift in früheren Fällen für straflos erklärt worden ist und zwar deswegen, weil damals eine Aufforderung zur Gewaltthätigkeiten nicht festgestellt worden ist.

Nach ungewöhnlich langer Beratung verkündet der Vorsitzende das Urteil dahin: die Revision des Angeklagten Schulze wird verworfen, das Urteil gegen Bading aufgehoben und die Entscheidung der Sache dem Landgericht II überwiesen.

Parlamentarisches.

Die Zuckersteuer-Kommission hat am Dienstag ihre Arbeiten beendet. An den Beschlüssen der ersten Lesung ist nichts mehr geändert worden. Das Kontingent ist demnach auf 1700 Millionen Kilogramm und die Verbrauchsabgabe auf 21 M. für 100 Kilogramm festgesetzt.

In der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch wurden in der Sitzung am Dienstag die Bestimmungen über Anfechtbarkeit einer Ehe (§§ 1300—1330) im wesentlichen in der Fassung des Entwurfs angenommen.

Hoffentlichkeiten weniger wichtig erscheinen wie seinem Vorgänger, verzichtet auf die Theilnahme des Reichstags-Präsidenten an der Eröffnung der Gewerbe-Ausstellung.

Das Handelskammergesetz wurde in der Kommission des Abgeordnetenhauses mit 14 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Partei-Nachrichten.

Zur Waisfeier. Die Vertrauenspersonen der Partei und unsere Freunde im Auslande bitten wir, uns über den Ausfall der Feier in den einzelnen Orten sofort mittels Postkarte zu unterrichten.

Den Rednern zur Waisfeier empfehlen wir — neben dem schon gestern erwähnten Verhalten des Unternehmertums und des Reichstags gegen den Väderschuh — als zeitgemäße Thematik für ihre Ansprachen noch den Akt Uhr-Laden-schluß und die Treulosigkeit der Berliner Konfektionäre gegenüber den vom Einigungsamt des Gewerbevereins feierlich abgeschlossenen Verträgen.

Am 18. April legten sämtliche Klempner der Firma Moosdorf u. Hochhäuseler in Berlin, Kommandantenstraße 60 und Alexandrinenstraße 25, aus schon im „Vorwärts“ mitgetheilten Gründen die Arbeit nieder.

Am 18. April legten sämtliche Klempner der Firma Moosdorf u. Hochhäuseler in Berlin, Kommandantenstraße 60 und Alexandrinenstraße 25, aus schon im „Vorwärts“ mitgetheilten Gründen die Arbeit nieder.

Zu Brünn haben die Textilfabrikanten das Gesuch der Arbeiter um Freigabe des 1. Mai definitiv abgelehnt.

Belgien. Die Brüsseler Föderation der belgischen Arbeiterpartei hat zur Waisfeier ein Manifest erlassen, worin es heißt: Jeder neue erste Mai bringt uns die Reihe der reichend schnellen Fortschritte und der reichend schnellen Vertiefung des Sozialismus.

Spanien. In Barcelona ist das angekündigte Mai-Flugblatt, welches den Titel führt „Manifestación internacional del 1º de Mayo“, bereits erschienen.

Achtung, Musikinstrumenten-Arbeiter! Der Zustand in Berlin nimmt immer größere Dimensionen an. Bis jetzt streiken 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Achtung, Metallarbeiter! Die Schloffer und Schleifer der Firma Jacob in Berlin, Manteuffelstraße 55/56, wurden gestern bei ihrem Chef vorstellig, jedoch von diesem mit den Worten empfangen: Ich bin für niemand zu sprechen; Ihr seid alle Lachse, macht das Ihr raus kommt!

Achtung, Starker Berlin! Zur Waisfeier halten wir eine eigene Versammlung nicht ab, sondern schließen uns der Versammlung der Parteigenossen in Pankow an, die morgens 9 Uhr bei Sasse (Nordhorn) beginnt.

Achtung, Banarbeiter Berlin! Laut Versammlungsbeschluss vom 26. d. M. sind Sammellisten zum Streikfonds angeheftet.

In der Schuhfabrik von H. Schiwe in Berlin, Tieckstr. 21, haben wegen Maßregelungen sämtliche Kollegen die Arbeit eingestellt.

Achtung, Sattler und verwandten Berufsgeossen Berlin! Wir machen darauf aufmerksam, daß jede Fabrik resp. Werkstätte verpflichtet ist, einen Vertrauensmann zu wählen.

Der Zustand der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Mohr'schen Margarine-Fabrik in Altona-Bahrenfeld ist aufs neue ausgebrochen.

Zur Arbeiterbewegung in Stuttgart. Die Aussperrung der Handwerker dauert unverändert fort, die Haltung derselben ist musterhaft.

Die Fischer Marburgs in Steiermark streiken. Sie fordern 15 Pct. Lohnerhöhung, zehnstündige Arbeitszeit und Abschaffung des Logis beim Meister.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Posen, 23. April. (B. Z. B.) Heute Vormittag fürzte in Urbanowo, einem Vororte Posen, der Anbau eines Lanzalaes in dem Augenblicke ein, als das Dach aufgebracht werden sollte; 14 Arbeiter wurden verschüttet.

Wien, 23. April. (B. Z. B.) Infolge der Erklärung Dr. Zenger's, die Wahl zum Bürgermeister nicht anzunehmen, ist die Renouveau eines Bürgermeisters auf den 6. Mai angesetzt.

Budapest, 23. April. (B. Z. B.) Heute fand ein Duell zwischen dem Landesvertheidigungs-Minister Baron Fejervary und dem Redakteur eines oppositionellen Blattes Korbulj statt.

London, 23. April. (B. Z. B.) Im Oberhause erklärte der Parlaments-Untersekretär Carl von Selborne, der Gouverneur der Kapkolonie Sir H. Robinson habe die Nachricht bestätigt, daß über vier Führer des Johannesburger Reformkomitees das Todesurtheil verhängt worden sei.

London, 23. April. (B. Z. B.) Ein 28 Jahre alter Anarchist (?) namens Colin erordnete gestern inmitten eines Volksfestes ohne jegliche Veranlassung den Maire der Gemeinde Newy durch Messerschneide. Man schreibt das Verbrechen lediglich dem politischen Hass zu.

## Reichstag.

78. Sitzung vom 28. April 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Bötticher, von Serapich, Koch.

Ein Schreiben des Abg. Köhler (Reform-P.) betreffend die Frage, ob durch Uebertragung der bisher von seinem Vater geführten Postagentur auf ihn sein Mandat zum Reichstag erledigt sei, wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Börsengesetzes.

Nach § 1 bedarf die Errichtung einer Börse der Genehmigung der Landesregierung, welche auch deren Aufhebung anzuordnen hat. (Absatz 1.)

Nach Absatz II üben die Landesregierungen die Aufsicht über die Börsen aus; sie können aber die unmittelbare Aufsicht auch den Handelsorganen (Handelskammern, kaufmännischen Korporationen) übertragen.

Nach Absatz III unterliegen der Aufsicht der Landesregierungen auch die auf den Börsenverkehr bezüglichen Einrichtungen (Kündigungsbureau, Liquidationskassen und Vereine und ähnliche Anstalten).

Abg. Graf Kanitz (L.) will dem Absatz II hinzufügen, daß die Landesregierungen anordnen können, daß in den Vorstand der Produktenbörse die Landwirtschaft, die landwirtschaftlichen Nebengewerbe und die Mülerei eine entsprechende Vertretung finden.

Berichterstatter Abg. Gamp weist die Kritik, welche die Petitionen verschiedener Börsenkorporationen gegen die Thätigkeit einiger Mitglieder der Kommission gerichtet haben, in welchen von Verblendung, von Leichtsinne u. s. w. die Rede sei, mit Entschiedenheit zurück.

Abg. Graf Kanitz (L.) spricht seine Freude darüber aus, daß bei der Mehrheit des Reichstages der gute Wille vorhanden sei, etwas Gedeihliches zu schaffen; daß man deshalb mit Anträgen im allgemeinen zurückhalte. Diefem Beispiele würden auch seine Freunde sich anschließen. Der Antrag, den er gestellt habe zu § 1 würde an Bedeutung verlieren, wenn der Vorschlag des Zentrums betreffend das Verbot des Terminhandels mit Getreide angenommen würde; sein Antrag solle nur eine Unklarheit beseitigen, welche durch das preussische Landwirtschaftskammer-Gesetz entstehe, welche den Landwirtschaftskammern eine Mitwirkung bei den Preisnotirungen zusichere; in dem vorliegenden Entwurf findet sich eine solche Bestimmung nicht.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich glaube nicht, daß der vom Beredner empfohlene Antrag bei den verbündeten Regierungen auf wesentliche Bedenken stoßen wird.

Abg. Graf Oriola (natl.) verweist auf die Erklärung eines „ehrbaren Kaufmannes“ zu Hamburg, welche alles übersteigt, was über den Entwurf gesagt ist; der Entwurf wird als durchweg schädigend und beleidigend hingestellt, der Kommission wird der Vorwurf gemacht, daß sie einen Mangel an Gefühl für die berechtigten Interessen des Handels zeige, diesen Vorwürfen müsse er als Kommissionsmitglied widersprechen. Man versuche jetzt schon allerlei Neubildungen an der Börse; er hoffe, daß es der Aufsicht der Regierungen gelingen wird, solche bedenkliche Neubildungen zu verhindern.

Abg. Barth (fr. Bg.): Der Antrag Graf Kanitz bedeutet nicht weiter als eine Kontrolle der Börse durch die Landwirtschaft, denn eines sachverständigen Beirathes bedarf die Produktenbörse nicht.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Reform-P.): Wir werden allen Anträgen zustimmen, welche gerichtet sind auf eine Verschärfung im Sinne der Beschlüsse erster Lesung. Redner erklärt sich für das Verbot des Terminhandels in Getreide, denn alle Freunde der Landwirtschaft zustimmen sollten, die den Antrag Kanitz nicht annehmen konnten.

Abg. Freise (B.) hält den Antrag Kanitz für überflüssig. Das Zentrum werde sich mit Ausnahme der Frage des Terminhandels möglichst aller Anträge enthalten und sich auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse stellen.

Abg. Graf Arnim (Rp.) bittet, den Antrag Kanitz anzunehmen. Die Börsenstände verhandeln und organisieren sich geheim und die anderen Berufsstände kommen nicht dazu, ihre Interessen geltend zu machen.

Abg. Dahn (wildkonfervativ) ist für den Antrag Kanitz. Die Fälle Ritter und Blumenfeld, Rosenberg und Cohn u. s. w. beweisen, daß der moralische Standard der Börse nicht sehr hoch steht. Es müssen an der Leitung der Börse Personen theilhaftig sein, die nicht direkt an dem Börsengeschäft interessiert sind.

Staatssekretär v. Bötticher: Graf Kanitz will den Regierungen die Befugnis geben, daß in den Vorständen der Produktenbörse der Landwirtschaft eine Vertretung eingeräumt wird, aber nicht, daß die Landwirtschaft eine Aufsichtsbefugnis erhalten soll. Ginge der Antrag dahin, den Aufsichtsbehörden, also den Handelskammern u. s. w., Vertreter der Landwirtschaft beizugeben, so müßten dagegen erhebliche Bedenken geltend gemacht werden; daß würde auch gar nicht mit der Verfassung der Korporationen vereinbar sein.

Abg. Graf Kanitz: Es handelt sich um die Mitwirkung der Landwirtschaft bei der Preisnotirung der Produktenbörse; jezt haben die Produzenten auf die Preise für ihre Waaren keinen Einfluß.

Abg. Hammacher (natl.): Im Grundgedanken ist Graf Oriola mit dem Grafen Kanitz einverstanden. In den Börsenvorständen sollten nicht nur die landwirtschaftlichen Interessen, sondern auch andere Interessen vertreten sein; z. B. die Textilindustrie, die Eisen- und Kohlenindustrie verdienen eine besondere Berücksichtigung an gewissen Zentralpunkten des Handels.

Abg. Graf Kanitz zieht seinen Antrag für jezt zurück und stellt ihn zu § 4.

Abg. Barth (fr. Bg.): Nachdem die Kommission ihre Arbeit vollendet hat, halte ich die Vorlage für sehr schädlich.

§ 1 wird darauf unverändert fast einstimmig angenommen.

Nach § 2 sollen bei den Börsen als Organe der Landesregierung Staatskommissare bestellt werden; nach der Vorlage sollte bei jeder Börse nur ein Kommissar ernannt werden, der die Vorgänge an der Börse beobachtet und über hervorgetretene Mängel und über die Mittel zu ihrer Abstellung Bericht erstatten sollte.

Die Kommission hat die Befugnis dahin erweitert, daß die Staatskommission den Geschäftsverkehr an der Börse sowie die Befolgung der in bezug auf die Börse erlassenen Gesetze und Verwaltungsbefugnisse überwachen und die Börsenorgane auf hervorgetretene Mißbräuche aufmerksam machen soll.

Abg. Graf Kanitz beantragt, den Staatskommissar ferner zu ermächtigen, den Beratungen der Börsenorgane beizuwohnen und den Vorstand zur Beseitigung von Mißbräuchen aufzufordern. Dieser Antrag deutet sich im wesentlichen mit dem Kommissionsbeschlusse erster Lesung bis auf die Bestimmung, daß der Staatskommissar den Sitzungen des Börsenvorstandes beizuwohnen das Recht haben soll. Von der Regierung wurde das Bedenken geltend gemacht, daß es nicht wünschenswerth sei, wenn der Kommissar sich an Sitzungen theilnehme, in welchen über die Zulassung ausländischer Wertpapiere beraten werde. Dieses Bedenken ist nicht durchschlagend

genug, um dem Staatskommissar Befugnisse zu verjagen, welche der Würde und Selbständigkeit seiner Stellung entsprechen und eine wirksame Ueberwachung der Börse gewährleisten.

Abg. Träger (fr. Bg.) wendet sich gegen die Einrichtung des Staatskommissars überhaupt.

Abg. Freise (B.): Die Wirksamkeit der Staatskommissare wird davon abhängen, welche Persönlichkeiten zum ersten Male dafür ausgewählt werden, die Grundlage für die zukünftige Thätigkeit zu schaffen. Zwischen den Beschlüssen der Kommission und dem Antrag Kanitz besteht ein wesentlicher Unterschied nicht. Der letztere ist von der Kommission in erster Lesung angenommen worden; ich halte ihn auch für besser.

Preussischer Handelsminister von Berlepsch: Wenn Herr Träger meint, daß das Recht zur Ueberwachung der Börse schon jezt besteht, so ist die Einführung des Staatskommissars eben der Ausdruck der Ueberzeugung, daß das jeztige Aufsichtrecht nicht ausreicht (Sehr richtig! rechts), und daß man dabei keine genauere Kenntniss von den Vorgängen an der Börse erhält. Ich habe selbst als Handelsminister in Preußen das Aufsichtrecht auszuüben und habe recht unerfreuliche Erfahrungen dabei gemacht, daß ich nicht rechtzeitig über Vorgänge an der Börse orientirt worden bin. Der Staatskommissar, der täglich den Börsenstunden und den Sitzungen beizuwohnt, kann die Aufsicht über die einzelnen Vorgänge ganz anders ausüben; die Auskunft der Börsenstände ist in vielen Fällen nicht ausreichend. Der Staatskommissar muß natürlich mit den Börsenorganen in ständiger Berührung sein. Jezt muß sich die Regierung immer mit verschiedenen Personen in Verbindung setzen, um etwas zu erfahren. Die Presse berichtet auch in vielen Fällen unrichtig über solche Sachen. In den Kreisen des Handels hat diese Institution allerdings Widerspruch gefunden, auch bei denen, die ich hochachte und als die solidesten und anständigsten Elemente anerkenne. Aber die Art, wie dagegen Front gemacht ist, die Ueberreibungen dabei bedauern ich. Dieses Verfahren hat dem Handelsstand selbst nur geschadet. Es ist nicht richtig, den § 2 nach dem Antrag Kanitz zu ändern. Auch in bezug auf die Theilnahme des Kommissars an allen Sitzungen geht der Antrag zu weit; man würde aus diesem Recht zur Theilnahme in den Kreisen außerhalb der Börse eine Pflicht konstruieren, und das könnte in der Frage der Zulassung von Emissionen ein falsches Urtheil im Publikum hervorrufen. Lehnen Sie deshalb den Antrag Kanitz ab.

Abg. Zinger (Soz.): Die Börse kann doch nicht verlangen, ganz allein von jeder Einwirkung der Staatsorgane befreit zu sein, während alle anderen Berufe und Stände des Volkes es sich gefallen lassen müssen, daß sie durch die staatlichen Organe und Aufsichtsbekannt kontrollirt werden. Die Herren, welche nicht wollen, daß der Staatskommissar in die Börse hineinsieht, leisten ihr insofern keinen guten Dienst, als sie den Verdacht nähren, daß die Börse das Auge des Staatskommissars nicht ertragen kann. Ebenso wie der Unternehmer dagegen nichts einwenden kann, daß seine Fabrik vom Gewerbeinspektor daraufhin kontrollirt wird, so den gesetzlichen Vorschriften genügt ist, ebenso muß auch bei der Börse die Ausführung der gesetzlichen Vorschriften absolut sicher gestellt werden. Dieser Paragraph hat eine große Beunruhigung in Börsenkreisen hervorgerufen. Wenn die Börse wirklich die Bedeutung hat, die ihr mit einem gewissen Recht von ihren Vereidigten zugeschrieben wird, so ist es doppelt notwendig, daß ein Institut geschaffen wird, welches das Mißtrauen gegen die Börse, ob es berechtigt oder unberechtigt ist, bleibe dahingestellt, abzuschwächen geeignet ist. Sollten aber volkswirtschaftlich schädliche Operationen an der Börse durch den Staatskommissar, wenn auch nicht beseitigt, so doch eingedämmt werden, so wird das außerordentlich nützlich sein. Die Staatskommissare werden eine Art finanzpolitische Gesundheitspolizei sein. Die Börse ist ein für die Volksernährung außerordentlich wichtiges Institut. Innerhalb der heutigen Gesellschaft kann sie aber nichts anderes sein als ein treues Spiegelbild derjenigen Versumpfung, zu welcher die heutige kapitalistische Produktionsweise führt. Ist man aber nicht in der Lage, innerhalb der heutigen Gesellschaft das ganze Institut zu beseitigen, so muß man wenigstens dem Staat das Recht geben, die Schäden der Börse einzudämmen. Wir, die sozialdemokratische Partei, die wir unter dem falschen Verdacht stehen, Beschützer der Börse zu sein, würden allerdings ein solches Gesetz nicht machen, weil wir überzeugt sind, daß die Börse immer ein Loch finden wird, um durch die Rachen auch dieses Gesetzes hindurchzuschlüpfen. Wenn wir vor der Frage ständen, die Börse zu dem zu machen, wofür sie auch nach unserer Auffassung gut ist, so würden wir ihr keine andere Aufgabe geben, als die Vermittlungsfunktion des Austausch von Waaren zu sein, und zwar im allgemeinen Interesse, nicht im Interesse des Großkapitals. Unsere allgemeine Stellung zur Börse kann und aber nicht hindern, Bestimmungen und Einrichtungen zuzustimmen, welche notorisch als unmoralisch empfunden, Uebelstände eindämmen sollen. In dieser Beziehung geht aber der Antrag Kanitz zu weit. Es wäre ein Fehler, wenn der Staatskommissar mit einer zu weiten Exekutivgewalt betraut würde. Man solle aus dem Staatskommissar keinen Staatsanwalt machen. Er soll nicht der Ankläger bestimmter in sich geschlossener Erscheinungen, Geschäfte und Personen sein, sondern die zu seiner Kenntniss gekommenen mit den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht vereinbaren Vorgänge zur Kenntniss der vorgesetzten Behörden bringen, um von dort Abhilfe zu schaffen. Die Börse ist und soll sein ein Privatunternehmen, eine Versammlung von Leuten, die in ihrem privaten Interesse Geschäfte verhandeln und machen, und der Staat hat nur dafür zu sorgen, daß diese Geschäfte nicht den Charakter von Schwindel, Täuschung und Betrug annehmen. Der Antrag Kanitz will aber dem Kommissar das Recht geben, als Exekutive in die einzelnen Geschäfte einzugreifen, und er überläßt, daß damit dem Staate auch die Verantwortlichkeit für die Börsengeschäfte übertragen wird. Ich will nicht, daß die Verantwortlichkeit von der Börse selbst auf den Staat übergeht. Ich werde also für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Gehört die Mehrheit der Börsenbesucher wirklich zu den Elementen, wie sie Herr Träger schildert, dann haben sie auch keine Ursache, die Einführung eines Kommissars zu scheuen. (Weißal bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Oriola (natl.): Die Börsen haben in den Staatskommissarien ebenso wenig eine Ehrenkränkung zu finden, wie die Fabrikanten in der Fabrikaufsicht. Zu Staatskommissarien wird man Personen wählen können, welche selbst im Geschäftsleben gestanden haben. Das ernsteste Bedenken ist, ob die Einführung dieses neuen Instituts nicht zu Kompetenzkonflikten führt, ob nicht dadurch die Aufsicht der Handelsorgane lazer werden würde. Das würde aber nur der Fall sein, wenn der Staatskommissar ein exekutiver Beamter wäre, nicht aber so lange er bloßer Beobachter ist. Trotz des Vorhandenseins des Staatskommissars an den österreichischen Börsen sind Mißstände auch dort vorgekommen. Das alleinige Heilmittel wird der Staatskommissar allerdings nicht sein; die Kommission

hat gerade deshalb die Stellung desselben zu stärken gesucht, ohne ihn zu einem exekutiven Beamten zu machen. Wenn der Kommissar zu allen Sitzungen zugezogen werden soll, so wird dadurch nicht unnötige Schreibererei entstehen. Wenn er nur einzelnen Sitzungen beizuwohnt, dann sieht das aus wie Spionage. Was bedeutet nun aber Börsenorgan? Nach der Vorlage nur die Vorstände der Börse und ihrer Abtheilungen; nach den Kommissionsbeschlüssen soll aber auch die Zulassungsstelle als Börsenorgan gelten. Wenn der Staatskommissar an deren Beratungen nicht theilnehmen soll, so müßte man das im Antrag Kanitz ausschließen, aber nicht den ganzen Antrag ablehnen.

Hanseatischer Bevollmächtigter Klümann: Unter Börsenorgan ist vorzugsweise der Börsenvorstand zu verstehen. Der Unterschied zwischen dem Antrag Kanitz und der Vorlage ist doch nicht ein so geringer. Nach der Vorlage entscheidet die dem Kommissar übergeordnete Regierung, nach dem Antrag Kanitz urtheilt direkt der Kommissar über das, was ihm als Mißstand erscheint. Und wer sind die Börsenorgane? Die angesehensten Kaufleute, welche durch das Vertrauen ihrer Kollegen in das Ehrenamt berufen werden. Jeder Mann, dem man sagen würde, er hätte Mißbräuche gebildet bei der Führung seines Aufsichtsamtes, würde dieses Ehrenamt ablehnen. Eine solche Stellung des Staatskommissars den Börsenorganen gegenüber, würde eine falsche sein; dadurch würde eine große Mißstimmung hervorgerufen werden, namentlich bei den kaufmännischen Korporationen, die seit Jahrhunderten die Börsen selbstständig verwalten haben und die nur einer solchen Organisation sich fügen müssen. Deshalb bitte ich, den Antrag Kanitz abzulehnen.

Abg. Hammacher (natl.) schließt sich diesen Ausführungen an. Die Landesregierung kann den Staatskommissar ernennen, aber bei den großen Börsen, z. B. in Lübeck, Hamburg und Bremen wird die Staatsgewalt auf die Ernennung von Kommissarien garnicht verzichten können. Es ist also ein Konflikt der aufsichtführenden Handelskammer und dem Staatskommissar möglich. Die Vorlage ist nach dieser Richtung hin noch nicht klar genug.

Staatssekretär v. Bötticher: Nach den Motiven ist unter Börsenorgan der Börsenvorstand und das demselben etwa vorgesetzte Handelsorgan zu verstehen. Wenn der Kommissar auf Mißbräuche aufmerksam machen will, so gehören zu den Organen, die er aufmerksam machen muß, alle theilhaftigen Organe, welche mit der Leitung und Ordnung des Börsenverkehrs betraut sind, also auch z. B. die mit der Kursfeststellung beauftragte Kommission. Bezüglich des Antrages Kanitz halte ich es nicht für korrekt, das Wort „Aufscheidung“ zu wählen, sondern das Wort „aufmerksam machen“ ist richtiger. Der Staatskommissar ist kein Exekutivbeamter, sondern ein beobachtender, berichtender Beamter, ebenso wie der Gewerbeinspektor, welcher auch nicht zu dekretieren hat; auch dieser hat die zu treffenden Maßregeln den zuständigen Behörden zu überlassen. Darüber kann man auch der Börse gegenüber nicht hinausgehen. Ich bitte es also beim Beschluß der Kommission zu belassen.

Abg. Graf Oriola beantragt in die Kommissionsbeschlüsse aus dem Antrage des Grafen Kanitz nur einzufügen, daß der Kommissar berechtigt ist, den Beratungen der Börsenorgane beizuwohnen.

Abg. Freise (Bremen (fr. Bg.): Wer den Verhältnissen nicht nahesteht, der vermag die Erbitterung und den Unmuth nicht zu ermessen, der die Kaufleute über die Vorlage ergriffen hat, was allerdings manchmal zu scharfen Worten geführt hat. Wenn die scharfen Worte getadelt sind, wie denken Sie (rechts) denn über die Ausdrücke, welche im Jirkus-Buch gegen Regierung und Reichstag gefallen sind? (Sehr wahr! links) Demals habe ich nicht die Stimmen der Herren Gamp, Dahn und Graf Oriola gegen solche ganz unverantwortliche Aeußerungen vernommen. (Sehr richtig! links) Die Unterstellung des gesammten Börsenverkehrs unter die Kontrolle eines Staatskommissars ist so unberechtigt und zeugt von einem solchen Mißtrauen, wie man es keinem anderen Gewerbe gegenüber erweist. Ich kann den Staatskommissar durchaus nicht für eine berechtigte Einrichtung halten. Derselbe wird gar nicht in die Lage kommen, klar in die Verhältnisse zu sehen; glauben Sie denn, daß die Kaufleute sich beissen werden, in der Nähe des Kommissars zu kommen? Er wird auf das angewiesen sein, was ihm zufällig oder aus unläuterer Absicht zugetrugen wird. Er wird Schaden anrichten können, aber den gehofften Nutzen wird seine Thätigkeit nicht haben; das zeigt besonders die Erfahrung in Oesterreich, wo ein solcher Kommissar befehlt. Für die Bäder will man die polizeiliche Aufsicht nicht, aber den Kaufmann, der für das Brot der ganzen Welt zu sorgen hat, der soll unter Aufsicht gestellt werden. Der Kaufmann sucht nicht nach der Hilfe des Staates, er wehrt sich dagegen. Graf Kanitz will die Befugnisse des Staatskommissars noch erweitern. Ich schließe mich der Ansicht des Herrn Hammacher an, daß § 2 noch nicht klar genug ist; ich würde die Zulassungsstelle als ein Börsenorgan betrachten.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Der Staatskommissar ist mir nicht ganz sympathisch; dennoch müssen wir für seine Einführung stimmen, denn die Erfahrungen in der Enquetekommission beweisen, daß die Herren Beamten nicht diejenigen Kenntnisse von der Börse hatten, die sie als Aufsichtsbeamte haben müßten. (Zuruf des Grafen Mirbach: Sehr richtig!) Es fehlten ihnen die Kenntnisse, die man nur an Ort und Stelle erwerben kann. Es ist durchaus notwendig, daß auch die jungen Beamten, die Affektoren Kenntniss von den Börsenvorgängen gewinnen, denn die Urtheile zeigen oftmals, welche naiven Vorstellungen Richter und Staatsanwälte von den Börsenorganen hatten. Das Publikum wird bald darüber aufzuklären sein, daß durch das Beizuwohnen des Staatskommissars bei den Sitzungen der Zulassungsstelle die Papiere, welche zugelassen werden, nicht an Sicherheit gewinnen.

Abg. Dahn: Ich schließe mich diesen Ausführungen an. Damit schließt die Debatte.

§ 2 wird mit dem Antrage des Grafen Oriola angenommen, wonach der Staatskommissar den Beratungen der Börsenorgane beizuwohnen kann.

§ 3 handelt vom Börsenausschuß. Nach der Vorlage sollte derselbe auf drei Jahre vom Bundesrath gewählt werden, zu 2/3 auf Vorschlag der Organe der Börse.

Die Kommission will die Wahl auf 5 Jahre erfolgen lassen und zwar zur Hälfte auf Vorschlag der Börsenorgane, zur anderen Hälfte unter angemessener Berücksichtigung der Landwirtschaft und der Industrie.

Abg. Graf Kanitz will nur 1/3 der Mitglieder auf Vorschlag der Börsenorgane gewählt sehen, 2/3 aus Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels, aber so, daß die Vertreter der Börsenorgane und des Handels die Gesamtzahl der Vertreter der Landwirtschaft und Industrie nicht übersteigt.

Abg. Fischbeck (fr. Bg.) will die Regierungsvorlage wieder herstellen.

Abg. Graf Kanitz: Mit dem Kommissionsbeschlusse bin ich nicht ganz einverstanden. Ich betrachte die Börse nicht als eine Sache der Börseninteressenten, sondern des ganzen Landes, deshalb müssen neben den Börseninteressenten auch Vertreter der

Landwirtschaft, Industrie und des Handels angemessen im Vorkaufschuß vertreten sein. Was für Leute auf die Vorkaufschußliste von den Vorkaufsvorständen gesetzt werden können, haben wir im Fall Wilmersdorf und Rosenfeld gesehen. Die vom Minister verlangte Auskunft der Börse über deren Manipulationen war ungenügend. Ein ähnlicher Fall passierte 1891, wo während des russischen Getreide-Einfuhrverbots und der Miferente die Getreidepreise von der Firma Ritter u. Blumenfeld auf eine schwindelhafte Höhe hinaufgetrieben wurden. Dazu mußte die Firma alle Zufuhr nach Berlin abhalten. Da meldete sich eine Firma Kapp, die 10 000 Tonnen Weizen besitzen und nach Berlin bringen wollte. Ritter u. Blumenfeld zahlten an diese Firma pro Tonne 10 M., also 100 000 M. und verabredeten mit ihr, daß bei einer Konventionalstrafe von 500 000 M. der Weizen nicht nach Berlin gebracht würde. Nachher stellte sich heraus, daß die Firma überhaupt nur 5000 Tonnen besessen hatte. (Heiterkeit.) Ritter u. Blumenfeld klagten auf Erstattung von 90 000, einen Schadensersatz von 225 000 M. und Zahlung der Konventionalstrafe von 500 000 M. Um den Prozeß nicht zu verteuern, wurden erst 5000 M. eingeklagt. Die Sache kam auch an Kammergericht, und dieses fragte sich, ob das nicht überhaupt ein Vertrag contra bonos mores sei, und befragte die Kellisten der Kaufmannschaft. Man hat vielleicht die Antwort erwarten können, ein solcher Vertrag sei der kaufmännischen Ehre nicht angemessen, des Kaufmannsstandes nicht würdig. (Auf rechts: Im Gegenheil!) Aber sie antworteten: derartige Verträge kommen doch so selten vor, daß ein Handelsgebrauch daraus nicht hergeleitet werden kann. (Heiterkeit.) So sehr eine beratende Korporation für die wichtigen Börseninteressen wünschenswert ist, so darf sie doch nicht so gestaltet sein, daß die Börse von vornherein die Mehrheit hat. Deshalb bitte ich, unseren Antrag anzunehmen, ein Drittel der Vertreter der Börse zuzuziehen, die anderen zwei Drittel aber der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel. (Beifall rechts.)

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Der Vorkaufschuß des Grafen Kanitz ist etwas ganz anderes als der, den die Regierung vorgeschlagen hat. Die Regierung wollte einen Ausschuß von sachverständigen Vorkaufsmännern, der ihr Rath giebt. Darüber hinaus wird die Regierung sich aus den Kreisen der Industrie und Landwirtschaft Rath in anderen Dingen holen. Das richtige wäre gewesen, den Vorkaufschuß nur aus Börsenleuten bestehen und die Mitglieder nicht zu ernennen, sondern direkt wählen zu lassen. Verständlich wäre es, ein Drittel anderer Personen von Erfahrung hinzuzuziehen. Aber etwas ganz anderes ist der Antrag Kanitz. Er will die Börsenleute nicht in der Majorität lassen, trotzdem es sich doch darum handelt, die Börse zu reglementiren und neue Einrichtungen zu treffen. Neben den fünf Ritter und Blumenfeld hat man an der Berliner Börse ebenso scharf geurtheilt wie anderwärts. Die man über die Auskluft der Kellisten der Kaufmannschaft lachen konnte, das zeigt von wenig Sachverständigkeit; sie konnten doch nichts anderes sagen, als daß derartige Verträge nicht Handelsgebrauch sind. Wer sollen denn die sachverständigen Landwirthe sein? Etwa die Kumpans des Herrn Beyme oder die Herren vom Bunde der Landwirthe, welche ihre Hauptaufgabe in der Empfangnahme von Liebesgaben erblicken? Redner tritt schließlich für eine dreijährige Wahlperiode ein.

Abg. Freisen (B.) empfiehlt dagegen eine fünfjährige Wahlperiode, damit der Vorkaufschuß sich in die Geschäfte ordentlich einarbeiten kann.

Reichsbankpräsident Koch: Ich bitte, über die Geschäfte der Kommission in zweiter Lesung jedenfalls nicht hinausgehen zu wollen. Der Bundesrath soll Ausnahmen für einzelne Börsen zulassen bei der amtlichen Feststellung der Kurse, bei der Feststellung der Börsenpreise für die verschiedenen Waaren; er soll einheitliche Grundsätze über die Mengen von Waaren aufstellen, über die Grände bei Festsetzung der Kurse der Wertpapiere, über den Mindestbetrag des Grundkapitals von Aktiengesellschaften, über den Mindestbetrag der einzelnen Stücke, über die Ausgaben der Zulassungsstelle, endlich über die Bedingungen des Terminhandels und dessen theilweises Verbot und über die Lieferungsqualität. Dieses sachverständige Organ sollte der Bundesrath sich selbst ernennen auf Grund von Vorschlägen, die er auch zurückweisen kann. Die Börsenorgane verlangten die direkte Wahl. Der Bundesrath kann den Ausschuß anordnen oder von der Anhörung absehen; er kann seinen Vorschlägen folgen oder nicht; er kann sogar den Vorschlägen der Minderheit folgen. Es ist also gar nicht einzusehen, weswegen das Zahlenverhältnis ausschlaggebend sein soll. Was sollen die Landwirthe und Industriellen bei der Beurtheilung der Zulassung von Wertpapieren. Die Landwirthe könnten beim Terminhandel und bei der Lieferungsqualität mitwirken. Bei der Mehrzahl der Fragen werden aber gerade die Börsenorgane am besten mitwirken. Wenn auch nur die größeren Börsen berücksichtigt werden sollen, so wird man mit zehn Mitgliedern nicht auskommen, kaum mit 15. Es kommt schließlich auf die besseren Gründe, nicht auf die Mehrheitsverhältnisse an. Ein Mißtrauen gegen die Börsenleute ist gar nicht gerechtfertigt. Man wird munderwerthe Leute nicht in Vorschlag bringen, und wenn es geschieht, wird der Bundesrath die Vorschläge ablehnen. Ich bitte also den Antrag Kanitz abzulehnen.

Handelsminister v. Berlepsch: Ich habe hauptsächlich das Wort ergriffen, um die Vorwürfe, welche der Vorredner gegen die Kellisten der Berliner Kaufmannschaft zu unrecht gemacht hat, zurückzuweisen. Es liegt nicht in der Befugnis der Kellisten der Kaufmannschaft, ein Urtheil über den moralischen Werth der Leute abzugeben. (Beifall links.)

Abg. Singer: Der Vorkaufschuß soll hier ein sachverständiger Beirath des Bundesraths sein über Fragen, welche nicht die internen Angelegenheiten der Börse betreffen, sondern allgemeine Volksinteressen auf das Lebhafteste berühren, und da ist es nur gerecht, wenn bei einer solchen Institution die Vertreter von Handel und Industrie und auch der Landwirtschaft als Gutachter herangezogen werden. Es verhält sich hier ebenso wie bei irgend einer andern Enquete, zu welcher der Bundesrath die sachverständigsten Leute beruft. Die Berufung auf drei Jahre würde ausreichen, es würde dadurch eine gewisse Erfahrung vermieden werden. Wer in ein oder zwei Jahren sich mit der Sache nicht vertraut gemacht hat, wird es auch in vier Jahren nicht. Der Antrag Kanitz schießt weit über das Ziel hinaus; seine Forderung läuft einfach darauf hinaus, daß dem Agrarienthum das Uebergewicht über die andern Stände in dem Ausschuß verschafft werden soll. Die Theilnehmung der Agrarier in dem Ausschuß hilft auch nicht. Herrn Beymes Verfahren ist ja bekannt, und die Späßen preisen es von den Dächern, daß der Abg. v. Plöb an einem Bankunternehmen theilhaftig gewesen ist, das sonst in seinen Manipulationen nicht besonders heikel ist, daß aber dieses Bankhaus jetzt seine Verbindung mit Herrn v. Plöb gelöst hat. (Große Unruhe rechts.) Abg. v. Plöb ruft wiederholt: Unverschämlich! Ich finde es unverschämlich, wenn Herr v. Plöb diesen Zwischenruf macht; er würde besser daran thun, die Unrichtigkeit dieser Beschuldigung zu beweisen, als sich hinter Schimpfworte zu verschansen. Wenn die Herren es übrigens wünschen, so bin ich bereit, den Namen des Bankhauses zu nennen. (Große Unruhe, bei welcher die weiteren Bemerkungen des Redners über diesen Fall unverständlich bleiben.) Ich bitte über die Frage, ob drei oder fünf Jahre, gesondert abzustimmen.

Abg. Platte (natl.) spricht sich namens der Mehrheit seiner Freunde für den Kommissionsbeschluß aus; eine weitere Beschränkung der Zulassung von Börsenleuten kann nicht wohl be-

schlossen werden. Der Bundesrath wird nach dem vorliegenden Material entscheiden, nicht nach der Mehrheit.

Darauf wird um 5 1/2 Uhr die Beratung beschlossen. Persönlich bemerkt Abg. v. Plöb: Ich erkläre, daß Herr Singer jedenfalls nur nach ihm zugegangenen Berichten über mich hat sprechen können und daß dieses ganz gemeine und lägenhafte Verbrechen sein müssen.

Abg. Graf Kanitz: Ich habe die Kellisten der Kaufmannschaft nicht angegriffen, sondern nur Thatsachen resümirte. Minister v. Berlepsch wird morgen auf die Sache zurückkommen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Der Abg. Fischbeck irrte, daß die Antisemiten in der Kommission geschwiegen hätten. Abg. Singer: Die persönliche Bemerkung des Abgeordneten v. Plöb giebt mir keinen Anlaß, an der Richtigkeit dessen, was mir ein Gewährsmann mitgeteilt hat, zu zweifeln, um so weniger, als ich von Herrn v. Plöb erwarre, daß er die von mir aufgestellten Behauptungen im einzelnen als falsch nachweist. Die Mittheilungen, die ich habe, sind so fundamementirt, daß sie durch eine solche allgemeine Redensart nicht beseitigt werden können.

Abg. v. Plöb: Ich halte meine vorige Behauptung einfach aufrecht.

Schluß gegen 6 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Vorkaufsgesetzes.)

## Tokales.

Die Volkstüchen der Frau Morgenstern haben 1893 noch schlechtere Geschäfte gemacht als 1894. Speisemarken wurden verkauft: in 15 Küchen für Mittag 111 850 u 25 Pf., 867 031 u 15 Pf., 134 193 u 10 Pf., 267 813 u 5 Pf., für Abend (nur im Winter) 105 327 u 10 Pf., 56 392 u 6 Pf., 44 934 u 5 Pf., außerdem in 1 Frauenküche nur für Mittag 7423 u 30 Pf., 16 012 u 25 Pf., 7527 u 15 Pf., 27 057 u 5 Pf., zusammen 1 648 459, gegen 1 696 681 in 1894. Frau Morgenstern erklärte den weiteren Gang in der am Sonnabend abgehaltenen Generalversammlung daraus, daß einige Küchen zeitweise geschlossen waren, noch mehr aber aus der Konkurrenz ähnlicher Unternehmungen, namentlich der Küchen des Herrn Abraham, der durch Preisunterbietung das Publikum verdrängt habe. Frau Morgenstern hat allerlei versucht, dieser Konkurrenz zu begegnen, aber ohne Erfolg. Seit 1. Januar 1898 läßt sie auch auf Bestellung von vorläufig 3 Küchen aus Speisen in gebelzten Wagen nach Fabriken bringen, bis 1. April 600 Portionen u 25 Pf. und 15 300 u 15 Pf. (Transport 5 Pf. extra). Die Frauen sind hierbei, sagte Frau M., schwerer zu befriedigen als die Männer. Wir vermuthen, daß das darauf zurückzuführen ist, daß Frauen besser als Männer beurtheilen können, ob die Volkstüchenpreisene wirklich preiswerth sind. Aus den weiteren Mittheilungen der Frau M. wollen wir hervorheben, daß es wieder sehr an Ehrendamen gefehlt hat, und daß besonders abends und Sonntags die Küchen vollständig den Wirtschaftstinnen überlassen blieben. Wahrscheinlich lacht viele dieser Ehrendamen abends und Sonntags weniger die Volkstüche als Theater, Konzerte, Gesellschaften u. s. w. In einem historischen Rückblick auf die jetzt 30jährige Geschichte der Berliner Volkstüchen, den Frau M. zum Besten gab, spielte sie darauf an, daß die Sozialdemokratie schon anfangs der siebziger Jahre vor ihren Küchen, als einem Mittel, die Klassengegnen zu verschönern, gewarnt habe. Die alte Dame hat wirklich einmal gemeint, zur Erreichung dieses Zweckes beitragen zu können, wenigstens hat sie es in ihren verschiedenen Schriften über Volkstüchen und ähnliche schöne Dinge erklärt. Ob sie heute noch ernsthaft auf die Verschönerung der Klassengegnen durch Volkstüchen hofft, wissen wir nicht; sie könnte aber durch ihre 30jährige Erfahrung nachgerade eines Besseren belehrt worden sein.

Die Volksernährung wird auf der Gewerbe-Ausstellung dem stannenden Publikum durch Herrn Abraham, den Begründer und Leiter der „Kinder-Volkstüchen“, vorgeführt werden. Schon für 10 Pf. wird man bei ihm essen können, aber natürlich nicht satt werden. Der Mann hat die Sache genau so ins Werk zu setzen verstanden, wie seine anderen Unternehmungen ähnlicher Art, nämlich mit der unächtigen Gewandtheit eines klugen Geschäftsmannes. Was er mit der Ausstellung seiner Küche eigentlich bezweckt, ist uns vorläufig nicht recht klar. Aber ein sonderbares Licht wird auf ihn geworfen durch die Mittheilungen, die Frau Morgenstern, seine feindliche Schwester auf dem Gebiete der billigen und schlechten Volksernährung, in der Generalversammlung des Vereins der Berliner Volkstüchen über ihn machte. Der Verein hatte sich an den Arbeitsausschuß der Ausstellung gewandt mit der Bitte, gleichfalls eine Küche im Betriebe zeigen zu dürfen. Ja, das geht nicht, antwortete man, oder Ihr müßtet eure Speisen verschicken. Speisen zu verkaufen hat allein Herr Abraham das Recht; setzt Euch mit dem in Verbindung. Unsere Leser wissen, daß wir von den Küchen der Frau Morgenstern als soziales Hilfsmittel ebenso wenig halten, wie von denen des Herrn Abraham. Aber eigenthümlich finden wir es doch, daß für ein Unternehmen, das als „gemeinnützig“ bezeichnet und vermutlich auch vom Ausschuss dafür gehalten wird, ein „alleiniges Recht“ ertheilt wird wie für Restaurationsbetriebe. Das eigenthümlichste ist, daß Herr Abraham von diesem Rechte der Frau Morgenstern gegenüber Gebrauch macht. Ihre Bitte, eine ihrer Küchen neben der seinen zu haben, hat er abgelehnt; höchstens dürfte sie sich an sein Unternehmen angliedern, — wovon wieder Frau Morgenstern nichts wissen will. Inzwischen macht Herr Abraham durch große Säulenanschlüsse Kellere für seine Küche. Will er nur mit einem Massenkonsum und großen Zahlen prunken können, und spekulirt er auf den Gewinn, der für seine anderen „gemeinnütigen“ Unternehmungen dabei herauskommen kann? Jedenfalls ist die ganze Angelegenheit eines der interessantesten Beispiele jener widerlichen Konkurrenz, die sich die verschiedenen „gemeinnütigen“ Vereine und Anstalten unter einander machen.

Der Betrieb der elektrischen Bahn Hollmannstraße-Ausstellung wird, wie namentlich feststeht, am 1. Mai eröffnet werden. Es wird für die Dauer der Ausstellung auf dieser Strecke ein Dreiminuten-Verkehr eingerichtet, und zwar in der Weise, daß hies zwei Wagen zusammengeköpelt gehen und jeder Zug somit sechzig Personen befördern kann.

Im Giebelständis mit dem Arbeitsausschuß der Berliner Gewerbe-Ausstellung hat das Betriebsamt der Stadt- und Ringbahn den Verkauf von Eintrittskarten zur Ausstellung übernommen und am gestrigen Montag bereits 300 000 Billets erhalten. Die Eintrittskarten werden an den Schaltern der Stadt- und Ringbahnhöfe verkauft werden. Auch die Dampfgesellschaften haben sich zur Uebernahme des Betriebes der Eintrittskarten bereit erklärt und werden solche an den sämtlichen Fahrthein-Verkaufsstellen der Gesellschaften abgeben. Personen, welche die Ausstellung besuchen und bei der Fahrt einen Dampfer benutzen, müssen unbedingt schon vorher im Besitz von Eintrittskarten sein, weil an den Kassestellen im Treptower Park Kassen nicht errichtet werden.

Für das Ausstellungsgebäude werden im ganzen sieben Kassenstellen errichtet. Als Haupteingang wird derjenige von der Treptower Chaussee aus betrachtet, bei welchem sechs Kassengebäude mit zwölf Schaltern aufgestellt sind. Der zweite Haupteingang, gegenüber dem Ausstellungs-Bahnhof am Köpenicker Weg, erhält vier Kassengebäude mit acht Verkaufsstellen; die übrigen fünf Eingänge am Köpenicker Weg, Park-Allee und Treptower Chaussee (Treptower Seite) erhalten je ein Kassengebäude mit zwei Verkaufsstellen.

Eine erhebliche Preissteigerung für Naturreis soll die Berliner Gewerbe-Ausstellung zur Folge haben. Die verschiedenen hiesige Gespächter ihren Kunden mitgeteilt haben, sind

von den Restaurenten in der Ausstellung erhebliche Kaufabschlüsse getroffen worden, durch welche in Berücksichtigung der geringen Eisernte im verfloffenen Winter der vorhandene Vorrath fast völlig geräumt werden dürfte. Es sei bereits als feststehend zu betrachten, daß sich der Preis für Naturreis in diesem Sommer auf eine bisher noch nie erreichte Höhe steigern dürfte.

Die deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege hielt am Montag im Hygienischen Institute eine Sitzung ab, in welcher der Dozent an der technischen Hochschule Dr. J. u. r. i. s. h. Vortrag hielt über das Thema: „Ist ein deutsches Luftgesetz nöthig? Ein Beitrag zur Verunreinigung der Luft durch chemische Institute.“ Redner behandelte in eingehender Weise die Verunreinigung der Luft durch gewerbliche Institute im allgemeinen und durch chemische Institute durch Abgabe von schwefeliger Säure im besonderen und wies darauf hin, daß in größeren Städten die Selbstreinigung der Luft nicht genügt, um die schädlichen Folgen der Verunreinigung auf die Organismen abzuwenden. Man müsse hier zu künstlichen Mitteln greifen und könne im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt verlangen, daß die Fabrikanten genöthigt werden, die besten bekannten Mittel zur Anwendung zu bringen, um einer Verunreinigung der Luft nach Möglichkeit vorzubeugen. Uebriglich dem Wasserrecht müsse ein Luftrecht geschaffen werden.

Unsere Jugend in den ersten Jahren nach der Entlassung aus der Volksschule, — über dieses Thema sprach am Sonnabend Landgerichtsrath Felisch im „Handwerker-Verein“. Viel Gutes wüßte er nicht zu berichten. Er will einen Rückgang der bildungsfreundlichen Bestrebungen bei der Jugend bemerkt haben, den er unter anderem daraus folgert, daß die Mitgliederzahl des Handwerkervereins von ca. 3000 auf ca. 1000 gesunken ist. Daß es auch sozialdemokratische Bildungsvereine giebt, die die Hauptmasse der ehemaligen Freunde des Handwerkervereins aufgenommen haben können, das schien ihm nicht einzufallen; doch akzeptirte er hinterher die in der Diskussion von einem Redner gegebene Erklärung, daß die Jugend den „Hörvereinen“ zustimme. Unter den Mitteln, der Verberbertheit der Jugend von heute entgegenzuarbeiten, führte Herr Felisch seinen „Freiwilligen Erziehungsbeirath für schulentlassene Waisen“ an. Wenn die Waisen merkten, sagte er, daß man sich um sie kümmert, ohne eigenen Nutzen davon zu erwarten, so werden sie einsehen, daß die Gesellschaft doch noch nicht so verrottet ist, daß also kein Grund vorliegt, sich feindselig zu ihr zu stellen. Die Anzucht der bescheidenen wollen und doch keinen eigenen Nutzen davon erwarten, das ist in der That spasshaft! Am Ende ist es gar das Proletariat, das den Nutzen davon hat, wenn es sich mit den schmalen Bettelstücken, die von bürgerlichen „Volkstüchtern“ in ihren „gemeinnütigen“ und „wohlthätigen“ Vereinen und Vereinen gelockt werden, den Mund stopfen läßt!

Der soeben erschienene neue Fahrplan für den Vorkaufschuß bringt mit Ausnahme von veränderten Fahrzeiten nur wenig Neues. Auf der Strecke Berlin-Oranienburgerstraße sind zwei bisher nur bis Erkner fahrende Züge bis zur jetzigen Endstation durchgeführt. Die früher 9.15 Uhr resp. 6.23 Uhr ab Berlin resp. ab Cremmen fahrenden Züge verlassen die Stationen jetzt über eine Stunde früher und sind dafür zwei neue Züge 6.20 ab Berlin, 8.20 ab Cremmen eingelegt; ebenso ist die Zahl der Züge auf der Wanneseebahn um drei vermehrt. Auf der Vorkaufschußstrecke der Stettiner Bahn sind zwei Nachzüge eingelegt, und zwar ab Berlin 12.30, ab Blankenburg 12.55. Von den nach Lichtenberg fahrenden Zügen sind die Trains 6.48 und 6.1 ab Charlottenburg, 10.7 und 8.16 an Charlottenburg, nach resp. von Strausberg durchgeführt. Auf der Spandauer Strecke ist ein neuer Zug Vormittags nach und von Spandau eingelegt, während die Züge 1.35 ab Berlin, 8.25 an Berlin, nach resp. von Nauen durchgeführt werden.

Die Polizeiverordnung über die Firmenschilder. Die am 1. Mai dieses Jahres in Kraft tretende Polizeiverordnung für Berlin betrifft die Firmenbezeichnung hat unter einer ganzen Reihe von Fragen auch die gezeitigt, ob bei einer nicht eingetragenen Handelsfirma der Inhaber berechtigt sei, neben seinem vollen Vor- und Zunamen noch einen Zusatz, zum Beispiel „früher A. Lehmann“ oder „Lehmann Nachfolger“ u. dergleichen. Die Verordnung selbst enthält hierüber nichts. Die Auslegung aber, welche die Polizei selbst dieser Verordnung giebt, geht dahin, daß bei nicht eingetragenen Handelsfirmen nur der volle Vor- und Name des Geschäftsinhabers an einer an der Straße befindlichen Stelle in deutlich lesbarer Schrift anzubringen sei, und daß alle Zusätze, da sie geeignet seien, die Klarheit über die Person des Geschäftsinhabers zu beeinträchtigen, fortzulassen seien. Mit dieser Auffassung sind aber, wie das „Berl. Tagbl.“ schreibt, wieder viele Kaufleute nicht einverstanden, und so werden wohl bald die Gerichte in dieser Frage das Wort haben. Wenn die Polizei ihrer Auffassung durch Strafbmandate Geltung verschaffen will, dann werden verschiedene Geschäftsinhaber, wie sie dies bereits erklärt haben, Widerspruch erheben und richterliche Entscheidung beantragen.

Vorankündigung und Feuerwehrrückst. Wie bereits kurz mitgeteilt, wurde am Sonntag in der Leipzigerstraße der Pferdehahnschaffner Schmid von einem Feuerwehrowagen überfahren und schwer verletzt. Die Veranlassung zu diesem Unglücksfall hat eine Verordnung ergeben, welche dahin lautet, daß bei Annäherung der Feuerwehr Pferdehahnschaffner still halten, die Schaffner absteigen und die Pferde am Zügel halten müssen. Diese Bestimmung hat insbesondere in stark frequentirten Straßen bedeutende Verkehrsstöckungen zur Folge, welche oft auch der Feuerwehr die Weiterfahrt erschwert. Ein solcher Fall lag auch dem Unglück in der Leipzigerstraße zu Grunde, woselbst die Feuerwehr so nahe bei der Pferdebahn vorbeifahren mußte, daß der die Pferde haltende Schaffner von den Rädern des Feuerwehrowagens erfaßt und überfahren wurde.

Am letzten Sonntag ist die neue Urania in der Laubensstraße von 1949 Personen besucht worden, die alte in der Invalidenstrasse, in welcher abends Herr Spiel seinen Vortrag über Nöthen-Strahlen wiederholte und außerdem noch zwei Sonderveranstaltungen für Vereine stattfanden, von 886 Personen.

Die Standplatzliste für Droschken pro 2. Quartal 1896 weist gegen die des vorigen Vierteljahres nicht unwesentliche Veränderungen auf. Die Halteplätze für Droschken 1. Klasse, welche „schwarz“ fahren, sind in Berlin von 218 auf 215 zurückgegangen. Einschließlich der Vororte beträgt die Gesamtzahl dieser Halteplätze 230. Dagegen sind die Halteplätze für Taximeter-Droschken in Berlin von 199 auf 222 gestiegen. Die Gesamtzahl derselben beträgt einschließlich der Vororte 237. Es ist hieraus ersichtlich, daß die „Weißen“ die „Schwarzen“ bereits überflügelt haben. Für Droschken 2. Klasse schwarz sind 361 Halteplätze in Berlin und 18 in den Vororten vorgesehen. Droschken 2. Klasse mit Fahrpreisanzeiger haben 18 Halteplätze. Bei den Droschken zweiter Güte hat sich der Taxameter noch nicht einzubürgern vermocht und wird dies auch schwerlich vermögen, wenn nicht eine Aenderung der Grundtaxe eintritt.

Das Postamt 63 wird am 30. d. M. abends nach Dienstschluß aus dem Hause Neue Friedrichstr. 14 nach dem Hause Neue Friedrichstr. 12 verlegt werden.

Der erste Brand auf dem Ausstellungsterrain hat am Montag Abend stattgefunden. In dem Haupt-Industriegebäude und zwar in der Maschinenhalle, geriethen eine mit Leinwand bespannte Wandfläche und eine Balkenlage in Brand. Daß auf dem Ausstellungsplatze stationirte Feuerwehronnmands griff das Feuer mit einem Rohr an und beschränkte es auf seinen Herd. Der Materialschaden ist nicht erheblich.

Die „Allgem. Meischer-Zeitung“ schreibt: „Die früher regelmäßig eingehenden Fleischsendungen aus Woldenberg an die Menage-Kommission des Kaiser Franz-Grenadier-Regiments haben,

Seitdem die Presse auf unsere Anregung mit der Angelegenheit sich beschäftigt hat, angehört. Während sonst monatlich 8 bis 10 Sendungen hier eintreffen, sind in diesem Monat nur zwei Sendungen im Gewicht von 225 Kilo ununtersuchtes Fleisch an die Menage-Kommission eingegangen und zwar zu Anfang des Monats. Seitdem sind weitere Sendungen nicht mehr erfolgt — unser Vorgehen hat also den gewünschten Erfolg gehabt. Als Absender hatten wir einen Herrn v. Waldow genannt, der, wie amtlich erwiesen werden kann, auch tatsächlich der Absender ist. Daraufhin hat ein Herr v. Waldow-Baldowshof, Rittmeister der Reserve, die Erklärung abgegeben, er habe kein Fleisch an die Menage-Kommission geschickt, das ganze sei eine Erfindung. Wir halten daran fest, daß ein Herr v. Waldow der Absender des hier ununtersucht eingeführten Fleisches ist; wenn der Herr Rittmeister der Reserve mit dem Absender nicht identisch ist, um so besser für ihn. Die Angelegenheit selbst wird dadurch in keiner Weise verändert.

**Verein der Gemeindebeamten zu Berlin.** Infolge des Malig'schen Prozesses hat sich unter den Hilfsarbeitern und den verwandten Kategorien in der städtischen Verwaltung ein Verein unter obigem Namen gebildet.

**Beförderung politischer Polizeibeamter.** Dem Vernehmen der „N. N.“ zufolge ist dem Polizeihauptmann Maurer und dem Polizeirath Lange, beide bei dem Polizeipräsidenten in Berlin, der Charakter als Polizeidirektor verliehen worden.

**Von Massenverhaftungen in den Allgemeinen Elektrizitätswerken** in der Adersstraße weiß ein Verleumdungsalterband zu melden. Es soll sich um Verbrechen gegen leibendes Leben handeln, die in zahlreichen Fällen und seit langer Zeit begangen worden sind. Es heißt in der Meldung: Die Zahl dieser Verbrechen waren ein Werkführer und eine ältere in der Fabrik beschäftigte Frau. Die Zahl der direkt aus den Fabrikgeländen in der Adersstraße wie in der Schlegelstraße verhafteten Mädchen beträgt bereits über 40. Nach unseren Informationen ist der in Frage stehende Werkführer nach seiner Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt, auch scheint die ganze Angelegenheit übertrieben zu sein.

**Die vermissenen Hundertmarkscheine.** Die kürzlich gemeldet wurde, hatte ein Herr, der in den „Pallas-Hallen“, Ecke der Potsdamerstraße und der Pallasstraße, eine Zechen von 1 M. 60 Pf. zu bezahlen hatte, einen Hundertmarkschein zum Wechseln gebracht, war aber, ehe der Kellner mit dem gewechselten Gelde zurückkehrte, verschwunden. Später meldete sich der betreffende Herr. Er war gänzlich fremd in Berlin gewesen und hatte das Geld nicht wieder finden können. Nun erhielt er, da er von dem Wirtbe und dem Kellner sofort wiedererkannt wurde, den Ueberschuss von 98 M. 40 Pf. zurück. Inzwischen hatten sich, wie die „Kreuz-Zeitung“ schreibt, bei dem Wirtbe schriftlich und mündlich zahlreiche Personen gemeldet, die den Hundertmarkschein angeblich in Stich gelassen hatten, so daß mindestens 1000 M. in den „Pallas-Hallen“ zurückgelassen sein mußten. U. a. lief, dem „N. N.“ zufolge, ein Brief aus Ausland ein, dessen Absender die 98 M. 40 Pf. reklamirte. Er hat den Wirtbe, dem restlichen Herrn Kellner 2 M. Trinkgeld zu überreichen und den Rest des Geldes ihm dann einzufenden.

**Die Straße 60 I (Kommunikationsweg)** ist wegen Abhaltung des Schlesiens Thorplatzes bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

**Von der Höhe des dritten Stockwerkes** ist Montag Nachmittag 2 Uhr beim Ersten eines Kellnerschicks auf der Gertrundenstraße der Maler Ernst Weissloch auf die Straße gestürzt. Die nahe Unfallstation 5. Brüderstr. 33, leistete dem Schwerverletzten, der mehrere Knochenbrüche erlitten hatte, die erste Hilfe, worauf derselbe nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain gebracht wurde.

**Vermiſt wird seit acht Tagen der 64 Jahre alte Fuhrherr Ernst Krause** aus der Skalitzerstraße 78. Der alte Mann, der mehrere Droschken besitzt, hatte im vergangenen Jahre dadurch große Verluste, daß die Hohnkrankheit unter seinen Pferden herrschte. Er nahm sich das so zu Herzen, daß er seit der Zeit mißgestimmt war. Am Dienstag vergangener Woche ging er so, wie er bei der Arbeit gewesen war, von Hause weg. Man vermuthet, daß er sich das Leben genommen hat.

**Verstorbene** ist seit dem 22. d. M. die 35 Jahre alte Frau des Telegraphisten Zeh aus der Mitterstraße 85, Charlotte geb. Götsch. Frau Zeh hat sich am Mittwoch der vergangenen Woche, während ihr Mann nicht zu Hause war, in einem Anfälle eines Nervenleidens entfernt und auf einem Zettel hinterlassen, sie müsse in die frische Luft, weil sie große Schmerzen habe. Seitdem hat man die Frau, die schon längere Zeit tief-sinnig war, nicht mehr gesehen.

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 29. April 1896.** Etwas kühleres, zeitweise auflärendes, vorwiegend trübes Wetter mit Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

### Kunst und Wissenschaft.

**Leffing-Theater.** In Sudermann's „Glück im Winkel“ trat am Montag Herr Jean Hoffmann vom Stadt-Theater in Frankfurt a. M. als Gast auf. Der Künstler, der auf Engagement spielen soll, hatte sich die unsympathische Rolle des Vektors zum Antritt erkoren. Er wurde vom Publikum freundlich aufgenommen, und die Auffassung, die der Gast nach unserem Dafürhalten von der höchsten Figur im Stücke hatte, verdiente auch Beachtung. Herr Hoffmann gab in Mäße und Haltung

## Belle-Alliance-Theater.

Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.

Donnerstag, den 3. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr:

Zum Theatervorstellung und vorletzten Male: 283/15

## Maria Stuart.

Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen zu haben.

## Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896

und  
**Deutsche Fischerei-Ausstellung  
Deutsche Kolonial-Ausstellung  
Kairo \* Alt-Berlin \* Vergnügungspark.**  
1. Mai bis 15. Oktober.

## Möbeltischlerei

u. Lager compl. Wohnungseinrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solidster Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt  
4594L

**Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.**  
Eigene Werkstatt im Hause.

dieser Verkörperung deutsch-bürgerlicher Knechtlichkeit, die auch im Liebesglück mit Prosaformen vorlieb nimmt, die von des Herrn Tische fallen, einen Zug des Berechnenden, man möchte sagen des Krämerhaften. Der alte, sich stets beschreibende Knabe, der noch älter schien, als es nötig wäre, schien anderten zu wollen, daß er von einem Handwerksknecht zehrte, von einem gewiß löchlichen Gut, das aber weniger seines schönen Anblicks als seiner im ethischen Sinne mangelnden Eigenschaften wegen von ihm geschätzt werde, und das daher auch kaum von seinem Werth verliere, wenn es wirklich durch andere Hände gegangen sein sollte. Eine solche Auffassung kommt der Wirklichkeit wohl am nächsten, und Herr Hoffmann verdient daher das Lob, daß ihm zu Theil wurde.

**Bei der Anwendung der Röntgen-Strahlen** für medizinische Zwecke erwies sich bisher der Umstand als störend, daß es nur möglich war, deutliche Photographien von Knochenresten der Hand, des Armes etc., nicht der inneren Theile des menschlichen Körpers zu erhalten. Als einen wichtigen Fortschritt in dieser Beziehung stellen sich neuere Versuche dar, die Herr Ingenieur E. Gruebe mit einer Röhre besonderer Konstruktion anstellte. Mit dieser Röhre allein ohne Hülfsaufnahme eines Petroleumbadens oder einer Präparierung der Platte mit Flusspat etc. glückte eine in 7 Minuten aufgenommene Photographie, die dem Verein für wissenschaftliche Photographie in der letzten Sitzung vorgelegt wurde und die die Durchleuchtung eines menschlichen Brustkastens in der Weise zeigte, daß außer dem Schlüsselbein, den Rippen der Vorder- und Rückseite, Theilen des Schulterblattes, auch die Luftröhre mit dem durchziehenden Kanal, sowie auch das Herz deutlich sichtbar waren. Die verwendete Röhre besitzt zwei Anoden, die gleichzeitig in Verwendung treten und deren eine mit einem Metallspiegel belegt ist. Da eine neuere Aufnahme dasselbe Resultat in vier Minuten zeigt, so ist zu erwarten, daß, vielleicht bei Kombination dieser Röhre mit den nach Goldstein präparierten Platten, Photographien von Innentheilen in sehr kurzer Zeit gelingen werden.

### Gerichts-Beitrag.

**Das Mysterium eines Duellkrochens.** Ein Zweikampf mit tödlichen Waffen, welcher am 21. Juli v. J. zwischen dem Studenten der technischen Hochschule in Charlottenburg, Arthur Thiele und dem Dr. med. Brodelmann ausgetragen wurde, gab Veranlassung zu einer Verhandlung der Strafkammer am Landgericht II. Angeklagt war wegen des Zweikampfes sowohl, als wegen der Herausforderung nur Thiele, Brodelmann untersteht der Willkürgerichtsbarkeit. Der letztere war kurz vor der Herausforderung Sekundant des Thiele bei einem Säbelduell gewesen, welches dieser mit einem anderen Partner ausgetragen hatte. Durch eine Bemerkung, die der Arzt über einen von Thiele ausgelassenen Hieb machte, hatte sich dieser nun derartig in seiner „Studentenehre“ beleidigt gefühlt, daß er sofort seinem bisherigen Freunde eine Herausforderung schickte. Das Ehrengericht inhibirte den Zweikampf, da durchaus keine Berechtigung hierfür vorliege; jetzt suchte Thiele aber auf alle nur erdenkliche Weise seinen Zweck zu erreichen. Er schrieb einen Brief an den Arzt, worin er diesen mittheilte, er möge sich als moralisch geohrfeigt betrachten, und als er ihn später auf der Straße traf, ging er mit erhobenem Stocke auf ihn los. Er erreichte denn auch schließlich seinen Zweck, es fand das Duell mit gezogenen Pistolen mit 10 Schritt Distanz und dreifachem Kugelwechsel statt und Thiele erhielt hierbei einen Schuß in den Unterleib, an dem er einen Monat laborirte. Der Gerichtshof folgte dem Antrage des Staatsanwalts und erkannte gegen den Angeklagten auf 9 Monate Festungshaft.

**Wegen Unterschlagungen** in Höhe von 1004 M. als Kassirer der Ortskrankenkasse der Buchdrucker in Potsdam wurde der Buchdrucker Julius Otto Scheller zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt.

**Ein Zittlichkeitsverbrecher**, der 48jährige Kaufmann Bernhard Behrens aus Hamburg, wurde vom Schwurgericht Altona wegen verschiedener Verbrechen, die er in seinem in Blankenese belegenen Geschäft an Verkäuferinnen begangen hatte, zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt.

### Vermischtes.

**Die Einwohnerzahl von Paris** beträgt nach der Volkszählung vom 29. v. M. 2.511.953, d. i. 87.250 mehr als im März 1891.

Eine große Feuersbrunst zerstörte das Nothlaz in Lille; nur die Kapelle konnte gerettet werden. Der Materialschaden ist bedeutend.

Aus New-York wird vom 28. April berichtet: Ein kürzlich aus der Irrenanstalt entlassener Deutscher namens Gebert überfiel eine reiche Bäuerin, tödtete dieselbe sowie deren zwei Kinder und verwundete durch Revolververwundungen die ihn verfolgenden Polizisten. Schließlich erschoss er sich selbst, bevor die wüthende Volksmenge ihn lynchen konnte.

### Briefkasten der Redaktion.

**N. 200.** Längst beantwortet. 1. und 2. Rein. — P. G., Steglitz. Ja. — G. W. 187, 500 G. G. Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde (mit Statuten und Akten) vor. — 1848. Im Jahre 1918. — Alpha. 1. Nach richtiger Ansicht ja. 2. Nein. — G. B. 88. Der Gerichtsvollzieher kann und muß auch fremde, in Gewahrsam des Schuldners befindliche Sachen (z. B. Abzahlungsmöbel, Sachen der Ehefrau) pfänden. Der Eigentümer muß sodann die Interventionslage erheben.

Nach schwerem Leiden verstarb am Montag früh mein lieber Sohn Paul im 13. Lebensjahre.

Beerdigung: Donnerstag nachm. 3 Uhr vom Krankenhaus Friedrichshain nach Wilhelmsherg. 1215b  
Albert Quella, Markuststr. 9.

### Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, besonders den Mitgliedern des Verbandes aller im Handels- u. Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter sowie Herrn Monasse sagen wir für die Theilnahme und die überaus zahlreichen Blumen-spenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers Paul unseren tiefgefühltesten Dank.  
1208b Ww. Kray nebst Kindern.

Allen Freunden und Bekannten zur Anzeige, daß ich **Landsbergerstr. 31 Zech's Variété** täuschlich übernommen habe und Freitag, den 1. Mai, eröffnen werde, wozu ergebenst einladet  
1205b  
Emil Tesch, Restaurateur.

Den Herren Schuhmachern empfehle ich meine 50078  
Maass-Stepperei. Gutes Leder! Saubere Arbeit! Billigste Preise!  
A. Sorwenthal, Lederhandl. u. Maass-Stepp., SW., Mariendorferstr. 13.

## An die Gewerkschaften und Arbeiter Berlins!

Genossen! Der 1. Mai, der Weltfeiertag der Klassenbewußten arbeitenden Bevölkerung aller Kulturländer, steht bevor und wird von den Arbeitern, welche die Aufgaben der Arbeiterklasse be-griffen haben, allerorts in imposanter Weise gefeiert werden. Die Zahl derer, die den Gedanken der Verbrüderung des arbeitenden und leidenden Proletariats, sowie der Annäherung des allgemeinen Weltfriedens durch Arbeitsruhe zum Ausdruck bringen werden, hat sich in diesem Jahre allgemein bedeutend vermehrt, und auch die Berliner Gewerkschaften haben durch Versammlungsbeschlüsse bekundet, daß sie am 1. Mai zum großen Theil Arbeitsruhe eintreten lassen werden, umso mehr, da der, wenn auch vielleicht nur vorübergehend, sich fühlbar machende wirtschaftliche Aufschwung diese Absicht begünstigt. Trotz des denunziatorischen Verhaltens der Unternehmer-pressen wird sich die Berliner Arbeiterschaft in ihrem Bestreben, den 1. Mai in gewohnter würdiger Weise festlich zu begehen, nicht beirren lassen, und zwar wird sie ihn, wo irgend möglich, durch Arbeitsruhe feiern! Wir bringen noch die Resolution in Erinnerung, die hierüber in der letzten öffentlichen Versammlung der Berliner Gewerkschafts-Kommission einstimmig, von sämmtlichen Gewerkschafts-Delegirten angenommen wurde. Dieselbe lautet:

„Gemäß den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris, Brüssel, Zürich und des Breslauer Parteitages vom Jahre 1895 empfiehlt die Gewerkschaftskommission den Berliner Gewerkschaften, den 1. Mai insgesammt als Demonstration für die Klassenforderungen des Proletariats zu feiern. Als würdigste Form der Feier betrachtet die Versammlung die Arbeitsruhe; sie empfiehlt daher denjenigen Gewerkschaften, die neben anderen Randbedingungen den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern können, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen.“

### Genossen! Tretet diesen Beschluß in die That um!

Es ist wohl kaum erforderlich, noch besonders zu betonen, daß die Berliner Arbeiter, die von den Gewerkschaften einberufenen Vormittagsversammlungen besuchen, den Gründungsfeierlichkeiten der Berliner Gewerbe-Ausstellung fern bleiben, da sie nicht als Staffage dienen mögen bei Veranstaltungen, von welchen sie sonst durch hohe Entrees und sonstige Maßnahmen ausgeschlossen sind.

Die Berliner Gewerkschaftskommission.

### Soziale Ueberfahrt.

**Die Richtigkeit der Einführung von Arbeitzetteln**, die die Bedingungen enthalten, unter welchen die Arbeit geleistet und bezahlt wird, ist auch vom Gewerbegericht in Frankfurt a. O. anerkannt worden, daß sich auf Anregung des Regierungspräsidenten mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Die Arbeitervertreter stimmten für allgemeine Einführung der Arbeitzettel, die Unternehmervertreter und der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Stadtrath Ulke, wenigstens für Einführung in den Kleinbetrieben; die Einführung in den Großbetrieben hielten die Herren wegen der dort bestehenden Fabrikordnungen für überflüssig.

**Durchgesetzt ist endlich die Veröffentlichung der Jahresberichte der braunschweigischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten.** Der Bericht für 1895 ist soden erschienen.

**Die Arbeitsvermittlung in Danzig** soll dem Bedürfnis entsprechender gestaltet werden. Man will zu dem Zwecke die von der Abegg-Stiftung eingerichtete Arbeitsnachweissstelle erweitern und vervollkommen. Die Ausarbeitung der Organisation wird einem Vertrauensmänner-Ausschuß übertragen, der aus je einem Vertreter des Magistrats, des Innungs-ausschusses und der Abegg-Stiftung, sowie aus je drei Vertretern der Unternehmer und Arbeiter besteht; die Ernennung der Vertreter dieser beiden Kategorien kommt dadurch zu Stande, daß das Vorberathung der Kaufmannschaft und der Innungsausschuß eine Anzahl von Unternehmervertretern und die Vorstände aller beim Magistrat angemeldeten Orts-, Betriebs- und eingeschriebenen freien Krankenkassen eine Anzahl von Arbeitervertretern vorschlagen. Aus beiden Listen wählt sich dann der Magistrat die ihm passenden Personen aus. Von Seiten unserer Danziger Genossen wird gewünscht, daß die städtische Arbeitsvermittlung nicht mit der Abegg-Stiftung verknüpft werde, ferner soll die Leitung des Arbeitsnachweises den Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Theilen zutheilen und die eigentliche Verwaltung, unter Aufsicht des Magistrats, in Händen der Arbeiter liegen, endlich soll die Wahl der Vertreter nicht durch die Krankenkassen-Vorstände, sondern entweder durch öffentliche Versammlungen oder durch die Gewerbegerichts-Beisitzer erfolgen. Der Magistrat hält natürlich diese Wünsche für „unausführbar“.

## Feen-Palast, Burg-Strasse 22.

Heute, Mittwoch, den 29. April, vorletztes Gastspiel der **Internationalen Ringkämpfer-Truppe** unter Leitung des Komisch, Ringkämpfer Sr. Maj. des Sultans. **Griechisch-römischer Ringkampf** zwischen dem bis jetzt unbesiegten Sultanringer **Memisch** und **Wilhelm Hiese**. Memisch zahlt an Bess 300 Mark, wenn Hiese im Stande ist, ihn in 15 Minuten regelrecht zu besiegen, auch verpflichtet sich Memisch zur Zahlung von 150 Mark, wenn er Hiese in derselben Zeit nicht besiegt. Vorher Ringkampf zwischen dem Türkenringer Osman und dem Ringkämpfer Albert Uehdorkf.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

**Prüfet Alles und behaltet das Beste!**  
Trotz aller billigen Konkurrenz bleibt das echte **Dr. Thompson's Seifenpulver** doch immer das bevorzugteste Wasch- und Bleichmittel. Zur Herstellung des echten Dr. Thompson's Seifenpulvers wird nur akerbestes, garantiert unschädliches Material verwendet. Große Erfahrung in Mäße, Zeit u. Geld. Nur echt mit Schutzmarke „Schwan.“  
Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und Kolonialwaarenhandlungen. M 30/585

**Knaben-Stoff** und Wasch-Anzüge sehr billig.  
Doffmann, Veteranenstr. 14.

**Zähne v. 2 M. ev. Theil.**  
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 140.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

### Theater.

Mittwoch, den 29. April.  
**Opernhaus.** Der Ring der Nibelungen. Götterdämmerung.  
**Schauspielhaus.** Judith.  
**Deutsches Theater.** König Heinrich IV.  
**Kessing-Theater.** Das Glück im Winkel.  
**Berliner Theater.** Der verlorene Sohn. Nur drei Worte.  
**Neues Theater.** Die Wildente.  
**Residenz-Theater.** Hotel zum Freihaufen.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Theater. Der Hungerleider.  
**Schiller-Theater.** Die Stützen der Gesellschaft.  
**Felle-Alliance-Theater.** Die Reise um die Erde in 80 Tagen.  
**Theater hinter den Linden.** La Belle Hélène.  
**Central-Theater.** Der Schwiegervater.  
**Adolph Ernst-Theater.** Das flotte Berlin.  
**Alexanderplatz-Theater.** Die Musiktiere im Damenstift.  
**Reichshallen-Theater.** Die kleinen Löcher. Vorher: Die Ballettschule.  
**National-Theater.** Die Royalisten.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Baummann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
(Weinert-Theater.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.

**Adolph Ernst-Theater.**  
Zum 24. Male:  
**Das flotte Berlin.**  
Große Ausstattung, Gesangsposse in 3 Akten von Leon Treptow und Ed. Jacobson.  
Kuplet und Quodlibet von G. S. d. r. f. Musik von G. Steffens.  
2. Akt: „Alt Berlin.“  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
Schauspiel des Herrn Hans Edmund.  
**Die Moralisten.**  
Schauspiel aus der Gegenwart in drei Aufzügen von Friedrich Pastor.  
Regie: Fritz Schäfer.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

**Central-Theater.**  
Alte Jakobstraße 30.  
Gastspiel des Cour. Dreher-Ensembles vom Gärtnerplatz-Theater in München.  
Conrad Dreher als Gast.  
**Der Schwiegervater.**  
Posse mit Gesang in 3 Akten.  
Anfang 10 Uhr.  
Donnerstag: Zum 2. Male: Casimir und Isidor. Vorher: Ein blauer Teufel.

**Kaufmann's Variété-Theater.**  
Königsstraße, Colonnaden.  
**Letzte Woche**  
des vorzügl. Aprilprogramms.  
Der geniale Rudinoff.  
Rudinoff macht alles!!!  
Baron's dreiflügeliger Löwe.  
Bayer's neuest. Schlager!  
Albertina, d. Luftwunder.  
Hinz und Kunz, die Märk. Männer.  
Ferner 22 Nummern.  
Donnerstag: Baron's Benefiz.

**Eden-Theater.**  
**Welt-Restaurant.**  
97. Dresdenerstr. 97.  
Im vorderen Saal täglich:  
Weltberühmte  
Tyroler-Sänger-Gesellschaft  
Almenrausch u. Edelweiss.  
Direktion: Alois Ebner.  
Entree vollständig frei!

## Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr, vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.

**Wissenschaftl. Theater**  
abends 8 Uhr.  
Invalidenstr. 57/52, Lehrt. Stadtbahnh.  
Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr  
abends ab. Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Vorträge abends 8 Uhr.  
Näheres die Tagesanschlüsse.

**Passage-Panopticum.**  
Süder  
**Harem**  
aus der  
afrikanischen Stadt  
Kayrowan.  
Haremfrauen und  
Kinder, Tänzerinnen,  
Sängerinnen,  
Eunuchen und  
Skaven.

**Castan's Panopticum.**  
165 Friedrichstraße 165.  
**Neu! Der Ballon-Mensch**  
!! Allerseelen !!  
die sensationelle Illusion.  
Kasperle-Theater. Concert-Kapelle.

**Alcazar.**  
Variété- u. Spezialitäten-Theater.  
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).  
**Neu! Berliner Blau. Neu!**  
Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt.  
**Morell Stuart,**  
Gallerte berühmter Männer.  
Auftreten 6. gemannten Künstler-  
personals in sein. Glanznummern.  
Anf. Wochent. 8 U. Entree: 10 Pf.  
Sonnt. 6 1/2 U. R. Winkler.

**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.  
Nur noch bis 30. dieses Monats  
das erfolgreiche  
**April-Programm.**  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Am 1. Mai 1896:

**Eröffnung der Sommer-Saison**  
und des  
**Concert-Gartens.**  
Vollständig neues Programm.  
**Reichshallen** Concert-  
Saal  
u. Garten.  
Vom ersten Mai täglich:  
**Norddeutsche Sänger**  
Zum Schluss: Ganz neu!!  
**Alle fünf Barrisons**  
Hochdramatisches Ensemble von  
Hd. Hoffmann.  
Anfang Wochentags 8 Uhr,  
Sonntags 7 Uhr.  
Von 12-4 Uhr: Vorzüglich billiger  
**Mittagstisch.**

**Kinematograph**  
(lebende Photographien)  
Entree 50 Pf.  
Von morgens 10 bis abends 10 Uhr.  
**Unter den Linden 21.**  
66. Resterhandlung. 66  
billig Reste zu Knaben-Anzügen von  
1 M. Große Anzüge von 7 M. an,  
bis zum feinsten Kammingarn, auch pass.  
zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-  
wahl in Paletotstoff, sowie zu Mänteln,  
Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide. [42500]  
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch  
angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.  
66. Karle, Waldemarstrasse 66.  
Teleph. Amt IV. 1597.

**Portièren**  
= Restbestände =  
2 bis 8 Cbals, à 2,50, 3, 4,  
6 bis 15 Mark.  
Probe-Chals bei näherer  
Angabe franco zu Diensten.  
Pracht-Katalog mit Portièren-Ab-  
bildungen gr. u. fr.  
**Teppich-Fabrik** Emil Lefèvre,  
Berlin S., Oranienstrasse 158.  
**Brockhaus** Levikon, Meyer,  
Bresch's Thierleben,  
Bücher jeder Wissenschaft laufs  
Antiquariat Kochstr. 56.

**Achtung! Zimmerleute,**  
Maurer, Arbeiter, Fuhrleute.  
Wer hat Herbst 1892 od. Früh-  
jahr 1893 Achenbachstr. 4 ge-  
arbeitet? Meld. erb. an Monteur  
Gutowski, N.W., Klopstockstr. 34.  
Spesen w. reichl. ersetzt. [1087b]

**Große Betten 12 M.**  
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit ge-  
reinigten neuen Federn bei C. G. G.  
Kaufh. Berlin S., Oranienstr. 48. Preis-  
liste kostenfrei. **Wiese Anerkennungs-  
scheine.**

**Herren-Hüte 65 Pf.**  
Confirmanden u. bessere  
Hüte, enorm billig, verkauft das  
Fabrik-Comptoir 729b  
**Barnimstr. 45,**  
**Müllerstr. 12c.**  
**Kastanien-Allee 101.**

**Herrenhüte 75 Pf.** 44508\*  
Musterfächer, vollständig fehlerfrei,  
feinere Qualitäten, gibt ab zu enorm  
billigen Preisen, die Fabrik im Comptoir  
**Schauflerstr. 59, 1 Tr.,**  
an der Norddeutschen Bräuerei.

**Kinderwagen,** großart. Auswahl,  
billig, viele An-  
erkennungen, Musterbuch gratis und  
franko. Teilzahlung gestattet. **Max  
Brinner,** Jernalemerstr. 42 und  
Brunnenstr. 6.

**Möbel u. Polsterwaren,**  
reelle Waare empf.  
**Franz Tutzauer,**  
Tischlermeister, (45128)  
Berlin SW., Glöcher-Strasse 14.  
**Milchkübel,**  
Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen  
Jordan,  
Kleine Markus-Strasse Nr. 28.

**Achtung!** Künstl. Zähne v. 3 M. an, Teilz.  
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-  
ziehen, Zahnreinigung, Nervtöden bei  
Befehlung unentgeltl.  
**Gudiel,** Kaufherplatz 2, Gfasserstr. 12

**Misalljachen,** Klagen, Eingaben,  
Klagen, Puhler, Steglitzerstr. 65.  
Die Beleidigung gegen Frau Smo-  
linski, Stephanstr. 49, nehme hiermit  
zurück. [1199b] Frau Sachse.

**Mechaniker, Schlosser,** erhalten bill.  
und des  
(Elektrotechnik, Mathematik, Rechnen etc.)  
durch Ingenieur B. L. 100 Postamt 24

**Teilzahlung.** Monatl. v. 10 M. an  
liefert elegante  
Anzüge nach Maß  
**Tomprowski,** Schneidermeister.  
Berlin O., Jüdenstr. 37, 1 Tr.

**Fahrrad,** Pneumatisches, neu,  
Mod. 96, hoheleg.,  
1 jährige Garantie, für 165 M., seltene  
Gelegenheit. **Schulze,** Brangelstr. 81 I.

**A. Tuchen** Optiker  
Lothringer-Strasse 28.  
**Rathenower**  
Brillen und Pincenez  
2 Stahl 1 M., Nickel 2 M., Aluminium-  
gold, von Gold nicht zu unterscheiden  
2,50 M., Operngläser 5,50 M., bestes  
Opern- u. Reiseglas Marke „Eureka“  
12 Mark mit Leder-Etui und Riemen  
Lieferant für alle Krankenkassen

**Neuerst billige** 350b  
**kleine Wohnungen**  
Frankfurter Allee 16/16a, am Ring-  
bahnhof Friedrichsberg, Stallungen,  
Küchen, Logerkeller sofort zu verm.

**Dr. Schlaff** für Herrn zu verm.  
Oranienstr. 161, S. 3 Tr. Koch. 1188b\*

Ein leeres Zimmer an einzelne Pers.  
verm. Rohr, Rüdendorferstr. 27, S. IV.

Schlaff, b. Meyer, Rannysstr. 84, v. 3 Tr.

Schlaff, v. verm. b. Höfing, Franz-  
straße 18, Quergeb. part. 1197b

Schlaff, zu verm. Friedrichstr. 39,  
Quergeb. 3 L. 1204b

Freundl. Schlaff, verm. Mulackstr. 32  
Hof Quergeb. 3 Tr. 1217b

Möbl. J. f. 1 o. 2 P. Rannysstr. 72 v. 1.

Freundl. Schlaff, zu verm. in  
Kommandantenstr. 82 S. I. L. 1208b

Freundl. möbl. Schlaff, f. S., m. Kofz  
u. Wäsche Woche 7 M. Königsberger-  
straße 7, Seitenfl. 1 Tr. I. 1201b

Möbl. Schlaff. Wv. Gsch. Adalbert-  
straße 84. 1202b

**Hackescher Markt 4,** **J. Brünn,** Am  
Ecke Neue Promenade **„Börse.“** **Stadtbahnhof**  
**Juwentur - Ausverkauf!**  
**Teppiche! Gardinen! Portièren!**  
**Steppdecken! Leinenwaaren!**  
**Fertige Wäsche!**  
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

**Küchen- oder Korridorbett**  
neueste Konstruktion, geschlossener Kasten mit Raum für die Betten  
am Tage. Bett leicht zusammenlegbar, von massivem Eisen. Unent-  
behrlich für Wohn- und Fabrikräume. Bestes Dienstbotenbett.  
**Preis 40 Mk.** in jeder Holzart.  
**R. Jaskel's**  
**Patent-Möbel-Fabrik**  
Berlin, Markgrafenstrasse 20,  
Ecke Kochstrasse.

**Echt Staudorfer Likör,**  
ausgezeichnet im Geschmack à Liter 1,20 M.  
**Echten alten Nordhäuser,** Literfl. 1,10 M., 5 Liter à 0,90 M.  
**Berliner Getreidekornel,** Literfl. 1,10 M., 5 Liter à 0,90 M.  
**Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft,** vorzügl., Literfl. 1,30.  
**Medicin. Ungarwein,** beste Qualität, Literfl. 2,10 M.  
empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin  
**Eugen Neumann & Co.,**  
6a Bellealliance-Platz. 81 Neue Friedrichstrasse. 8 Oranienstr.  
29 Genthinerstr. Niederlage in Potsdam, Bäckerstr. 7.

**Grünau.**  
Ein Mahagoni Kleiderschrank und  
noch andere Sachen wegen Raummangels  
zu verkaufen. 1214b  
**Obier,** Köpenickerstr. 15 im Laden.  
**Ruhbaum Kleiderschrank,** hoheleg.  
**Vaneel-Sopha, Bettrücken, Matrasse,**  
**Schlafsofa** fortgesetzt bis Frei-  
tag Nachmittag spottbillig verkäuflich.  
**Müllerstraße 6a III. r.** 1210

**Sophaplüsch = Reste =**  
in glatt, gepreßt und ge-  
weben Qualitäten, auch  
echt Frise und Moquet,  
enthaltend 6 bis 22 Meter,  
spottbillig! **Müller scanko!**  
Abgepackte Satteltaschen sehr  
hochelegante billig.  
**Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstr. 158  
**Hüte! Gelegenheitskauf! Hüte!**  
in bekannter Qualität, keine schlechteren  
Sachen, nur moderne, eleg. Formen  
à 1,75 M. wie bisher. 47372\*  
**Leopold Frankenstein,**  
Dragonerstr. 10,  
Filiale: Alexanderstr. 14a.

**Fertige Betten,** großer Stand  
Oberbett, Unter-  
bett, 2 Kopf-  
kissen, mit gereinigten neuen Federn, von  
12 Mark an, fertige **Jelette,** Bettwäsche,  
Matrasse jeder Art, Stopp., Schlaf-, Bett-  
decken und Goldschmitten empfehle billig  
das als streng reell bekannte, 1890 gegründete  
Spezial-Geschäft von **S. Polack,** Oranien-  
straße 61, am Marienplatz.

**Möbel-Ausverkauf,**  
passendste Gelegenheit für Brautleute. In  
meinem größten Möbelspeicher, Neue Königs-  
straße 59, sollen ca. 200 Wohnungsrichtungen,  
verliehen gemischt und neue Möbel zu jedem  
annehmbaren Preise verkauft werden. Durch  
sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir  
möglich, schon ganze Wirtschaften für 90, 100,  
200 Mark abzugeben. Teilzahlung gestattet.  
Neuesten ohne Anzahlung, Kleiderschrank 15 Mark,  
Kommodes, Küchenschrank 12, Ruhbaum-Kleidersch-  
rank, Vertikals 20 Mark, Wäschekästen  
25, Bettrücken mit Matrasse 15 Mark, Sopha  
18, Säulenstühle, Kleiderschrank, hohelegant 56,  
Trümmen mit Säulen und Freistehendes 60,  
Herrenschreibtisch, Glaschreibtisch 30 Mark,  
Vaneelsofa 15 Mark, Steppdecken, Tisch-  
decken, Gardinen, Fenster 5 Mark, Gesamte  
Möbel können drei Monate kostenfrei auf  
meinem Ausverkaufspeicher lagern, werden  
durch eigene Gespanne transportiert, auch nach  
auswärts. 4581\*

**Fruchtweine**  
Johannisbeerwein, weiß u. rot,  
Erdbeerwein, Heidelbeerwein  
pro Glas **10** T. 1/10 Liter.  
Kollhoff  
der Berliner Groß-Debitant  
Berliner Gewerbe-Kassens  
**Eugen Neumann & Co.**  
Elektrische Glühlampen, Gasglühlampen,  
(Wasserschaufspiele.)

**Möbel** und Polsterwaren, billig.  
Dresdenerstr. 49, I.

**Hüte**  
Engros-Geschäft  
**Gabriel**  
G. Haer Weg 112 prl.  
Herrenhüte:  
neueste feine Form  
1,50; 2,40; 2,80 bis 5,00 M.; welche  
in allen Farben von 1,50 bis 3,50 M.  
Daarfl. 3,00 M. Kinder- und Knaben-  
Hüte in großer Auswahl.  
Elegante Cylinder von 5 bis 12 Mark.  
Wach- und Plättanfall, gangbare  
feste Kundschaft zu verl. Gattenstr. 166.

**Arbeitsmarkt.**  
**Achtung!**  
Musikinstrumenten - Arbeiter!  
In der Piano-Mechanik-Fabrik  
von Langer u. Komp., Blumenstr. 28,  
haben 50-60 Kollegen u. Kolleginnen  
wegen Differenzen die Arbeit nieder-  
gelegt. 144/13  
Die Werkstatt-Kontrollkommission.

**Korbmacher,**  
tüchtig auf Peddigestell und Bambus,  
bekommt sofort Beschäftigung bei  
**Robert Wengler,** Kopenhagen K.

**Werkführer**  
für Goldleistenfabrik verlangt. Es  
wird auf eine energische, tüchtige Kraft  
reflektiert, die einem derartigen Betriebe  
selbständig vorstehen kann. Gest. Offert.  
unter **J. G. 8767** besördert **Rudolf  
Mosse,** Berlin S. W. M. 433\*

**Silberschleifer,** nur solche, verl.  
Silberwaaren-Fabrik Sebastianstr. 20.  
Ein j. Mann möchte Möbelpolierer  
lernen. Gest. Adr. an Streichen, Goldschm.  
straße 4. 1195b

**Stuckateure.**  
Tücht. Anseher u. Werkstattdarbeiter,  
welche sich der Organisation anschließen  
wollen, erhalten sofort Beschäftigung im  
Arbeitsnachweis, Steinstr. 17. [1211]

**Silberarbeiter - Lehrling**  
und tüchtige Silber-Polierer verl.  
Adalbertstraße 62. 1210

**Tüchtige Monteur,**  
die in der Aufstellung von Holz-  
bearbeitungsmaschinen aller Art  
selbständig sind, ebenso **tüchtige  
Schlosser,** die im Bau dieser  
Maschinen wohlfahren sind, sofort  
verlangt. Offert. unter **S. S. 102** an die  
Exp. d. Ztg. 1203b

**Achtung, Stuckateure!**  
Gegenüber der Annonce der Lohn-  
Kommission der Stuckateure erklärt uns  
Herr Gotheimer, daß wir (die Kom-  
mission der Gehilfen) nicht damit  
gemeint sind bei dem „Komödientenspiel“.  
Mitbin bleibt auch Herr Gotheimer  
derselbe, der er vor dem war. 1212b  
**Die Lohn-Kommission.**

Für die hiesigen Leser liegt  
der heutigen Nummer unseres  
Blattes die geführte Gewinnliste  
der preussischen Lotterie bei.

## Liebesgaben für englische Agrarier.

London, den 22. April.

Nach dem Schulgesetz für die Kirche, ein Staatsbudget und eine Steuerreform für die Landlords, das ist das Ergebnis der hinter uns liegenden parlamentarischen Tage. Niemand hat sich darüber sonderlich aufgeregt, denn niemand hat es anders erwarten können. Es ist die Konsequenz der vorjährigen Parlamentswahl. Nachdem das wahlberechtigte englische Volk eine erdrückende Mehrheit von Vertretern und Parteigängern des Landlords- und Priestertums ins Parlament schickte, ist es nur naturgemäß, daß das Parlament oder die dasselbe vertretende Regierung deren Interessen nach Möglichkeit wahrnimmt. Niemand hat das Recht, über Betrag an Vollen zu schmäheln, denn das wählende Volk hat es ja nicht anders gewollt.

Das Budget ist ein phänomenales, es übersteigt — wenn ich nicht irre, zum erstenmal — die hundertste Pfundmillion, d. h. die zweite Markmilliarde. Fast alle Einnahmeposten weisen erhebliche Mehrbeträge auf — die indirekten wie die direkten Steuern brachten Millionen über Millionen mehr ein als im Vorjahre und als im Anschlag vorgesehen. Der Schatzkanzler, Herr Hicks-Beach, folgerte aus dieser Allgemeinheit der Mehreinnahmen, daß alle Klassen der Bevölkerung in der Prosperität des „wunderbaren“ Geschäftsjahres 1895 teilgenommen haben müßten, die große Zunahme des Konsums von Thee, Tabak und Zucker sei eines der sichersten Zeichen für eine Besserung in der Lage der arbeitenden Klassen. Das letztere ist indessen nur innerhalb gewisser Grenzen richtig. Eine unverhältnismäßige Steigerung des Champagnerverbrauchs stellte der Minister auf Rechnung der vielen Gründungen und des rasenden Geschäfts in Goldaktien, aber die an „Kaffern“ erzielten Gewinne werden nicht bloß in Schaumwein verjubelt worden sein. In einem Lande mit so vielen Rentiers, und wo der Arbeitsvertrag von ganzen Erbhöfen zusammenströmt, kann ein großer Bruchteil der Nation am Hungertuch nagen, während die Verbrauchsgüter sich munter aufwärts bewegen. Uebrigens soll natürlich nicht geleugnet werden, daß seit Mitte vorigen Jahres in vielen Geschäftszweigen eine Besserung eingetreten ist.

Große Mehreinnahmen — etwa 400 Millionen Mark — hat die Steuerreform des abgetretenen liberalen Kabinetts: die Erhöhung der Erbschaftsteuer und der Steuerföhe für die höheren Einkommenklassen geliefert. Wenn die reichen Bourgeois das Ministerium haben lassen, so wissen sie, warum. Die Liberalen aber ärgern sich, daß sie mit ihrem demokratischen Budget von 1894 für die Tories gearbeitet haben. Ihr erntet, was wir gesät, riefen sie ihnen pathetisch durch den Mund Sir William Harcourt's zu. Als ob das nicht der Lauf der Welt von jeher gewesen. Interessanter als dieser Streit ist die von Herrn Hicks-Beach hervorgehobene Thatsache, daß sich das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern seit 1841 folgendermaßen verhalten hat:

	aus Verbrauchsteuern		aus direkten Steuern	
	Schill.	Pence	Schill.	Pence
1841 . . . . .	14	7 1/4	5	4 1/4
1895 . . . . .	10	5	9	7

oder in Prozenten:

1841 . . . . .	73 pCt.	27 pCt.
1895 . . . . .	52	48

Der steigende Einfluß, den das werktätige Volk auf Grund der verschiedenen Wahlreformen durch die Gesetzgebung erlangt hat, hat sich wenigstens insoweit gelohnt und bewährt.

England kann sich ferner eines stetigen Rückganges seiner Staatsschuld rühmen, die freilich seinerzeit größer war als die irgend eines anderen Landes und noch heute sich sehen lassen kann. Von 842 Millionen Pfund oder 17 Milliarden Mark im Jahre 1857 (nach Beendigung des Krimkrieges) ist sie bis heute auf 650 Millionen Pfund oder 13 Milliarden Mark gefallen, und die Hälfte der abgelösten 4 Milliarden fällt auf die letzten 18 Jahre. Während die Militärkosten des Festlandes ihre Schuldenlasten erhöhen, setzt England die seine langsam, aber stetig herab. Und dabei wird noch immer jede mögliche Rücksicht auf die Bedürfnisse der Befehlshaber genommen. Der Schatzkanzler verbreitete sich des längeren über die Vorteile, die der Staat durch die Zuschüsse an die Sparkassenverwaltung erleidet und meinte, es sei Zeit, die Frage aufzuwerfen, ob nicht Maßregeln gegen die kleinen Kapitalisten getroffen werden sollten, die sich der Sparkassen nur bedienen, um sich vom Staat sichere Zinsen zahlen zu lassen, als sie anderwärts erzielen könnten. Daß aber der Staat den großen Kapitalisten mehr Zinsen zahlt als er braucht, davon schwieg er. Und doch sehen britische Konsols (fundierte Staatsanleihe) heut 114 pCt., der beste Beweis, daß der Staat Geld erheblich billiger bekommen könnte als zu 2 1/4 pCt., die er jetzt zahlt. Die 2 1/2prozentigen Staatsrentenscheine (Annuitäten) stehen weit über pari (lehter Kurs: 106 1/2), und bei den großen Summen, um die es sich da handelt, fällt eine Zinsdifferenz von 1/4 pCt. schon sehr ins Gewicht. Sie würde eine Ersparnis von nahezu 1 1/2 Millionen Pfund (30 Millionen Mark) ermöglichen. Es untersteht aber keinem Zweifel, daß selbst bei einer Herabsetzung der Zinsrate auf 2 1/4 pCt. der Preis der Konsols sich auf und über hundert halten würde. Wenn der Staat trotzdem 2 1/4 pCt. weiter zahlt, resp. sich jährlich sechzig Millionen Mark entgegen läßt, so — nun, es sei mir erlaubt, den Refrain aus der Oper zu wiederholen — so weiß er, warum.

Beinahe 7 Millionen Pfund beträgt das Mehr der letzten Jahreseinnahme über den Voranschlag. Davon sind aber schon 2 1/2 Millionen für außergewöhnliche Zwecke verbraucht — zum Teil in buchstäblichen Sinne des Wortes verpulvert worden, d. h. für Heer (Miliz) und Marine aufgewendet. Weitere drei Millionen werden nach dem Flottenvermehrungsplan dem laufenden Marine-Etat hinzugefügt, und vom Rest wird der Löwenanteil zu Steuererleichterungen für die Besitzenden verwendet. Einige Härten des Erbschaftsteuer-Gesetzes sollen um den Preis von 200 000 Pfund beseitigt, die staatliche Grundsteuer soll um 100 000 Pfund Gesamtertrag herabgesetzt und der „notleidenden Landwirtschaft“ die Hälfte der Lokalabgaben aus dem Staatsfödel geschenkt werden, was für das laufende Jahr, wo 2 Quartale schon vorüber, etwa 1 Million, späterhin aber jährlich 2 Millionen kosten wird. Ein Födel von 400 000 Pfund wird für den Etat des Unterrichtsweßens freigestellt, aber ein großer Teil davon wird, wenn die Gorkische Vorlage Gesetz wird, statt für Verbesserung der Schulen und Besserstellung der Lehrer, zur Entlastung des kirchlichen Schulkomitees verwendet werden.

Den Löwenanteil der Subventionen erhält, wie man sieht, die „Landwirtschaft“. Formell sogar der Pächter, da die Lokalabgaben nicht vom Eigentümer, sondern vom Inhaber des Bodens erhoben werden. Aber es liegt auf der Hand, daß es am Ende der Dinge der Eigentümer und nicht der Pächter sein wird, dem dies Tringeld in die Taschen fließt, gar nicht zu reden von der Unwirtschaftlichkeit und Ungerechtigkeit, auf Kosten der großen Masse der Steuerzahler einer ganzen Klasse schlechtweg die Dedung der Hälfte ihrer Lokalabgaben zu verbürgen. Die Verlehrtheit dieser „Staatshilfe“ ist so offenbar,

daß als vorgestern der Minister der Lokalverwaltungen den Spiegel ihr gewidmeten Besetzungswurf einbrachte, einer der heftigsten Angriffe gegen denselben von einem Mitglied der Regierungsparteien geführt wurde. Der betreffende Abgeordnete, Vertreter für Stockport in Lancashire, protestierte mit großer Entschiedenheit gegen diese Preisgabe der städtischen Interessen an das der Landwirthe und warf der Regierung vor, sie schöpfe den Muth zu solcher Politik nur aus der Thatsache, daß ihre Majorität groß und die Zeit der Neuwahlen in weitem Felde sei. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, aber doch ist diese Stimme aus Lancashire sehr charakteristisch. Vor der Hand freilich wird die Mehrheit des Regierungsgelöses Ordre pariren, und die Bill zur Entlastung der Landlords ebenso Gesetz werden wie die anderen Punkte dieses „Landlord-Budgets“. Eine Lektion für die Wähler, daß die Wahlen kein Kinderspiel sind.

## Gewerkschaftliches.

An die Arbeiter Deutschlands!

Seit Sonnabend, den 18. April, sind in Stuttgart circa 2000 Bauarbeiter durch einen brutalen Nachspruch der vereinigten Baugewerksmeister von der Arbeit ausgesperrt worden. Die hiesigen Zimmerleute waren seit 14 Tagen in den Streik eingetreten, um die seit Jahren erstrebte zehnstündige Arbeitszeit und eine entsprechende Löhnerhöhung durchzuführen. Die Baugewerksmeister erklärten wiederholt durch die bürgerliche Presse, die Forderungen der Zimmerer seien auf allen Pflügen bewilligt, nur wollten sie nicht die beauftragte Lohnkommission der Zimmerer anerkennen.

Die Arbeiter, welche von vornherein zu Verhandlungen geneigt waren, riefen bereits in der zweiten Woche des Streiks das Einigungsamt des Gewerbegerichts an, in der Absicht, hierdurch den Friedensschluss zu beschleunigen.

Da verübdeten die vereinigten Baugewerksmeister durch große Annoncen in den hiesigen Zeitungen, daß sie, wenn die Zimmerer nicht bis Freitag, den 17. April wieder in Arbeit zurückgekehrt wären, am 18. April sämtliche Baugeschäfte schließen und alle Arbeiter entlassen würden. Die Arbeiter saßen diesen Ullas echt kapitalistischer Prognostik nur als Schreckfödel auf, und selbstverständlich konnten die Zimmerer sich durch ihn nicht bewegen lassen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Sie warteten in Ruhe die Verhandlung des Einigungsamtes ab, welches am Vormittag des 18. April tagte.

Vor demselben scheiterten alle Einigungsversuche an der hartnäckigen Ablehnung der Meister. Deshalb mußte ein Schiedsspruch geföllt werden. Durch denselben wurde die Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit als berechtigt anerkannt, dagegen wurde die geforderte zehnpromzentige Löhnerhöhung auf acht Prozent herabgesetzt (die Meister hatten 5 pCt. zugebilligt). Als berechtigt erklärt wurde die Forderung auf 10 Pf. Zuschlag für jede Ueberstunde, zurückgewiesen aber die Forderung auf Zahlung einer halben Stunde Arbeitszeit am Sonnabend, die nicht gearbeitet werde.

Die Zimmerer erklärten sich mit diesem Schiedsspruch — durch welchen ihre Forderungen wesentlich herabgemindert wurden — einverstanden, die Baugewerksmeister jedoch, welche in allen Blättern behauptet hatten, daß sie die ursprünglichen Forderungen vollständig bewilligt hätten, lehnten den Schiedsspruch des Einigungsamtes ab und lieferten damit den Beweis, daß alle ihre bisherigen Behauptungen und Erklärungen unmoche waren. Während die Arbeiter nachgiebig waren und den Frieden wollten, forderten die Meister die bedingungslose Unterwerfung.

Die angebrohte Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter wurde am Abend des 18. April zur Wahrheit gemacht! Die brutale Kapitalistenmacht und der Hochmuth der Baubereyen setzte mit einem Schläge nahezu 2000 Arbeiter auf die Straße und nebst ihren Familien dem Hunger aus!

Durch im Laufe dieser Woche erfolgte Abreise vieler hundert Zimmerer und Maurer hat sich die Zahl der zu unterstützenden Ausgesperrten bis heute auf ca. 1000 Mann vermindert, und zwar kommen außer den Zimmerern und Maurern noch ca. 200 Steinhauer und 58 Bautischler in Frage.

Indem wir den Genossen in ganz Deutschland diese Nachricht zugehen lassen, sprechen wir zugleich die Bitte aus, und bei der Unterstützung unserer Ausgesperrten treu zur Seite zu stehen. Wohl haben die Bauarbeiter sich nach dem Ausgange der Verhandlungen des Einigungsamtes die Sympathie der ganzen rechtlich denkenden Bevölkerung der Stadt erworben, wohl werden deshalb auch aus bürgerlichen Kreisen Unterstützungsgelder einlaufen. Aber die Zahl der Unterstützungsbefürworter ist für die hiesigen Verhältnisse zu groß, als daß die Erträge der am Orte eingeleiteten umfösenden Sammlung ausreichen könnten.

Darum hoffen die Ausgesperrten, daß die Genossen in ganz Deutschland auch ihrer Gedanken und ihnen nach Kräften Unterstützung gewöhren werden. Die Situation ist so günftig, wie kaum je bei einem früheren Ausstand. Denn die Meister haben bereits begonnen, ihr brutales Vorgehen zu bereuen, und haben schon Zeichen ihrer Reue und der Ueberzeugung, daß sie früher oder später ihren prognostischen Standpunkt doch werden ausgeben müssen, in den Zeitungen gebracht.

Werden die Ausgesperrten nicht durch zu geringe Unterstützung wankelmüthig gemacht, dann haben wir hier in sehr kurzer Zeit einen neuen schönen Sieg den vielen anderen Erfolgen der diesjährigen Lohnbewegung hinzugefügt. Daß sich diese Hoffnung erfülle, dazu mögen auch unsere auswärtigen Genossen ihr Theil beitragen!

Etwas Gelder sind zu senden an unseren Kassirer: G. D. Mische, Stuttgart, Bandstr. 6, 3 Tr.

Der Vorstand

der Vereinigten Gewerkschaften.

J. A.: Th. Leipart in Stuttgart, Kelterstr. 11.

## Versammlungen.

Die Glaser und verwandten Berufs-genossen hielten am Sonnabend eine öffentliche Versammlung ab, um über ihr Eintreten in eine künftige Lohnbewegung schlüssig zu werden. Zahn hielt ein einleitendes Referat, dem sich eine sehr reg Diskussionsanschloß. Allgemein wurde über Theilnahmlosigkeit unter den Berliner Glasern Klage geführt. Während sämtliche Bauarbeiter bereits eine Vertüfung der Arbeitszeit und günftigere Lohnbedingungen erzielt haben, scheinen die Glaser namentlich auf den Bauten, unthätig bleiben zu wollen. Um zum Herbst in eine Lohnbewegung eintreten zu können, wurde einem Antrag gemäß beschlossen, in nächster Zeit eine rege Agitation zu entfalten, sowie einen Streikfonds zu gründen. Als Revisoren für den Agitationsfonds werden Wellach und Scharweth gewählt. — Am 2. Mai findet das Stiftungsfest statt.

Eine öffentliche Versammlung der Brauer, Böttcher, Silbbarbeiter, Föhner, Maschinenisten u. tagte am

24. April bei Riest in der Weberstraße, um Stellung zum 1. Mai zu nehmen. Nach einem Vortrag des Genossen N. Hoffmann über die Bedeutung des 1. Mai, dem eine kurze Debatte folgte, stellten sich die Versammelten einstimmig auf den Boden folgender Resolution: „In Erwägung, daß die internationalen Arbeiterkongresse beschlossen haben, den 1. Mai als Weltfeierstag der Arbeit zu feiern, beschließt die Versammlung, daß in Brauereien, wo kraft der Organisation gefeiert werden kann, die Arbeit zu ruhen hat. Wo das nicht der Fall ist, verpflichten sich die Organisirten, dafür einzutreten, daß ihnen der 1. Mai als Ruhetag freigegeben wird.“ Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete die Erwählung der Agitationskommission. Hierzu wurde beantragt, daß vorerst die feinerzeit eingesehete Untersuchungskommission über die Angelegenheit Schneider Auflösung geben sollte. Dieser Antrag erschloß eine längere, recht unliebsame Debatte, die schließlich zu gar keinem Resultat führte. Auch die Erwählung für das ausgegebene Mitglied Giermann fand nicht statt, sie scheiterte an heftigen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Wiedemann, Schäfer und Steiner.

Die Holz- und Bretterträger und Bretterschneider tagten am Sonntag in Keller's kleinerem Saal. Fürsch referirte über „Entwicklung und Ziele der Gewerkschaftsbewegung.“ Nachdem von einer Diskussion des Vortrages Abstand genommen war, machte der Vorsitzende in bezug auf den Verlauf der Lohnbewegung bekannt, daß 4 Firmen schriftlich die gestellten Forderungen, 40 Pf. Stundenlohn und 10 stündige Arbeitszeit bewilligten, 10 Firmen aber die Unterzeichnung rundweg ablehnten, dagegen von sämtlichen anderen Firmen bis jetzt gar nichts bekannt sei, da aus einigen Pflügen die Arbeiter nicht den Muth hatten, die schriftliche Anerkennung ihrer Forderung zu verlangen. Sodann wurde zur Wahl einer sechsgliedrigen Lohnkommission geschritten. Ferner wurde beschlossen, beide hier bestehenden Berufsorganisationen aufzulösen und sich fortan im Fachverein der Holz- und Bretterträger und Brettschneider zu organisiren. Am Schluß gelangte eine Petition an den Magistrat und das Polizeipräsidium zur Verlesung, welche die baldige Festsetzung eines Gebärentarifs für die Krähe am Urbanhafen verlangt, um mit bezug auf den Tarif Forderungen an die Unternehmer zu stellen.

Die Barbier hielten am 18. April ihre Generalversammlung ab. Aus dem Kassenericht ging hervor, daß der Verein im verfloffenen Quartal eine Einnahme von 73,87 M. und eine Ausgabe von 62,75 M. gehabt hat, mithin am 1. April ein Ueberschuß von 11,12 M. verbleibt. Nachdem die Richtigkeit dieser Angaben bestätigt wurde, dem Kassirer Decharge erteilt. Die hierauf vollzogenen Ergänzungen zum Vorstand ergaben folgendes Resultat: 2. Vorsitzender: A. Lippe, 2. Schriftführer: H. Jacobi und Revisoren: A. Nige und H. Hansmann. Sodann erstattete der Delegirte den Bericht vom Verbandstag und nahm der Verein eine Resolution an, die sich mit den gefassten Beschlüssen einverstanden erklärt. Weiter wurden zwei Anträge, Wanderversammlungen einzurichten und für die Zeit der Arbeitslosigkeit freiwillige Beiträge zu erheben, angenommen. Von einer öffentlichen Versammlung am 1. Mai nahm man Abstand, jedoch verpflichteten sich die Mitglieder, 1 M. vom Arbeitsverdienst der Vereinsklasse zuzuföhren. Soweit die Arbeitsruhe möglich ist, beteiligen sich die Barbier an der Gruppenversammlung der Nahrungsmittelbranche.

Der Zentralverband der Maurer (Zahlstelle II) tagte am 19. d. M. bei Cohn, Baurstr. 22. Der Kassirer B. Baganz verlas die Abrechnung vom 1. Quartal 1896. Diefelbe ergab eine Einnahme von 462,02 M. und eine Ausgabe von 443,31 M., darunter 100 M., die an die Hauptkasse geföhnt wurden. Der Streikfonds weist eine Einnahme von 126 M. und eine Ausgabe von 30 M. auf, bleibt Bestand 96 M. Der Ueberschuß vom Maskenball beträgt 25,68 M. Ferner erfolgten in diesem Quartal 188 Aufnahmen. Daraus gab Silber Schmidt einen kurzen Ueberblick über die Vorarbeiten der Lohnkommission zu dem (zwischen begonnenen) Streik. Dem schloß sich ein interessanter Vortrag an, indem das Mitglied Frenzel über die Entwicklung der Produktion sprach. Nach einer recht regen Diskussion gelangten einige interne Angelegenheiten zur Erledigung.

Der Fachverein der Bretter- und Holzträger hatte am 19. April eine Versammlung einberufen. Vor Eintritt in die Verhandlung ehnten die Anwesenden das Andenken an verstorbenen Kollegen Geißler in der üblichen Weise. Daraus unterbreitete der Kassirer den Bericht vom ersten Quartal. Mit einem alten Bestand von 608,64 M. erzielte der Verein eine Einnahme von 526,24 M. Demgegenüber betrug die Ausgabe 264,85 M., mithin ist ein Bestand von 869,99 M. vorhanden. In bezug auf den 1. Mai empfehlen mehrere Redner von einer Feiern Abstand zu nehmen. Beschlössen wurde, an diesem Tage abends eine öffentliche Versammlung einzuberufen.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hielt am 20. April in dem Lokal des Herrn Henke für den Bezirk Süd-Osten eine Bezirksversammlung ab, in der Willaerg über die Uebernahme des Bauschwinds sprach. Redner zeigte, wie durch das sogenannte Strohmannensystem die Arbeiter vielfach um ihren Lohn und die Beiträge für die Kranken- und Unfallversicherungskassen geprellt werden. Der durch reichliches statistisches Material ausgestattete Vortrag wurde mit großem Beiföhl aufgenommen. Auf eine Anregung hin wurde noch beschlossen, die nächsten Versammlungen pünktlich zu eröffnen.

Die in Holzbearbeitungsfabriken beschäftigten Arbeiter (Zahlstelle II N) hielten am 21. April eine regelmäßige Versammlung ab. Nach dem Bericht des Vorstandes sowie der Kommission über ihre Thätigkeit im letzten Quartal wurde zur Wahl des gesammten Vorstandes, sowie der Kommission geschritten, die folgendes Resultat ergab: Vint 1., Vierwagen 2. Vorsitzender; Reimann 1., Kräger 2. Kassirer; Nikolai 1., Kummel 2. Schriftführer; Föhner und Höse Revisoren. In den Arbeitsnachweis wurden Ströbing, Behrendt, Mücke, Hauke, Prähsniel, Sonntag und Kolbe und in die Rechtsföhungskommission Franz Gauerzapf und Birholz delegirt. Das Amt des Bibliothekars übernahm Gaffe. Einem kranken Kollegen bewilligte die Versammlung 15 M.

Eine öffentliche Versammlung der Steinseher und Verursogenossen, von 42 Theilnehmern besucht, tagte am Sonntag bei Holz und nahm einen Vortrag des Genossen Kehler über Regie-Banwesen entgegen, worin der Redner in eingehender Weise die Gründe vorführte, welche gegen das heutige Submissionswesen und für Ausführung öffentlicher Bauten in eigener Regie der betreffenden Behörde sprachen. Redner empfahl den Steinsehern, sich der im März vorigen Jahres den Berliner städtischen Behörden überreichten und bis jetzt noch nicht erledigten Petition der Berliner Bauhandwerker anzuschließen, und derselben ihre besondere Begründung hinzuzuföhren. Die Versammlung stimmte dem zu und beauftragte den Kollegen Knoll mit der Erledigung dieser Angelegenheit. Die Vertüfung über die zur Durchführung des Arbeitsarifs zu unternehmenden Schritte wurde des schwachen Beiföhl wegen vertagt. Bezüglich der Maifeiern erklärte sich die Versammlung für die in der Gewerkschaftskommission angenommene Resolution, bewilligte dem Delegirten für jede Sitzung der Gewerkschaftskommission, wenn er arbeitslos ist, 50 Pf. und überwies einen von der Lohnbewegung im Herbst verbliebenen Ueberschuß von 11,08 M. dem Vertrauensmann.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.** Eine sehr gut besuchte Versammlung der Vertrauensmänner tagte am 22. April in Cohn's Festhölle. Der Vorsitzende Gode gab einen einleitenden Vortrag über die augenblickliche Lage im Gewerbe. Er wies unter anderem darauf hin, daß es angebracht erscheine, bei der augenblicklich guten Geschäftslage einen festen Beschluß in bezug auf die Arbeitszeit zu fassen. Insbesondere werde an der Aufstellungsarbeit länger gearbeitet und gerade zu dieser Arbeit hätten die Aussteller doch genügend Zeit gehabt, Entwürfe und Zeichnungen fertig zu halten. Dann sei es auch notwendig, Stellung zu denjenigen Bauwerkstätten zu nehmen, die bei Stellung der Forderungen nicht besetzt waren oder bei denen wegen Mangel an Arbeit die Forderungen nicht gestellt werden konnten. Gegen Ueberarbeit sprachen in der Diskussion eine Reihe Redner und wurde beschlossen, unter allen Umständen die 52 stündige Arbeitszeit einzuhalten. Bezüglich der Bauwerkstätten wurde bestimmt, daß die Kollegen solcher Bauwerkstätten, welche wegen Mangel an Arbeit die Forderungen am 17. Februar nicht stellen konnten und jetzt dieselben, weil die Geschäftslage günstig, stellen wollen, auf Beschluß der Ortsverwaltung unterstellt werden. Für die auswärtig streikenden Kollegen soll durch Marxbeiträge gesammelt werden. In der Frage des 1. Mai verpflichteten sich die Delegierten, für die Arbeitsruhe einzutreten. Um die Zahl der Feiernden heraufzusetzen, wurde beschlossen: Jeder Feiernde erhält in der Versammlung eine zu diesem Zwecke angefertigte Karte in die Streikliste eingelebt. Diejenigen Kollegen, welche gezwungen werden, zu arbeiten und demnach keine solche Karte in ihrer Streikliste haben, sind verpflichtet, von dem Arbeitsverdienst des Tages einen Extrabeitrag zum Streikfonds zu leisten. Die Höhe des Betrages ist in das eigene Ermessen der Kollegen gestellt. — Die nächste allgemeine Versammlung der Vertrauensmänner findet Mittwoch, den 20. Mai statt.

**Der Lokalverein der Konditoren** hielt am 23. April eine Versammlung ab. Der zur Beratung gelangte Kassenbericht weist eine Einnahme von 104,65 M. und eine Ausgabe von 103,70 M. auf. Nach einem Vortrag des Genossen Haber diskutierte die Versammlung über die Anträge zum Gewerkschaftskongreß. Dem Delegierten Koch wurde besonders empfohlen, den Antrag, das Korrespondenzblatt der Generalkommission wöchentlich erscheinen zu lassen, eifrig zu unterstützen.

**Die Gasanstalts-Arbeiter** hatten sich am Sonntag Nachmittag bei Meyer in der Müllerstraße zu einer Versammlung recht zahlreich eingefunden, um zunächst einen Vortrag des Genossen Haber über die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation anzuhören und dann über die Verhältnisse auf den städtischen Gasanstalten zu sprechen. Von mehreren Rednern wurde über die Bedrückung der Arbeiter durch die Vorgesetzten gelauscht. Auch die Entlassung der älteren Arbeiter zum Sommer, die man schon 15 bis 25 Jahre auf den Anstalten beschäftigt, wurde einer eingehenden Kritik unterzogen. Die meisten Arbeiter der städtischen Gasanstalten werden durch die Art der Beschäftigung nach kurzer Zeit vom Rheumatismus befallen, denn die abwechselnde Beschäftigung in der größten Gluth vor den Öfen und dann der schnelle Wechsel auf dem Hofe beim Ablöschen des glühenden Koalstarkens bei einer 18 stündigen täglichen Arbeitszeit, wie sie noch in der Müllerstraße besteht, sei Ursache der vielen Rheumatismuserkrankungen der Arbeiter. Auf den städtischen Gasanstalten in der Gitschiner- und Dausigerstraße bestehe wenigstens schon eine 12stündige Arbeitszeit.

Allseitiges Mißfallen rief die Mitteilung hervor, daß einige Arbeiter, die sich bei ihren Vorgesetzten „liebes Kind“ machen wollen, in der Versammlung als „Auspasser“ anwesend sind; nach einer gebührenden Kritik dieser ihr eigenes Interesse verkennenden Personen verließen diese den Saal. Nachdem die Versammelten sich zum größten Theil in die ausgelegten Mitgliederlisten hatten einzzeichnen lassen, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute versammelten Arbeiter der städtischen Gasanstalten protestiren ganz entschieden gegen die ungleiche Arbeitszeit und die ungleichen und unzureichenden Löhne auf den städtischen Gasanstalten und fordern den Magistrat von Berlin auf, die Abänderung und Regelung der gerügten Dinge zu veranlassen. Gleichfalls protestirt die Versammlung gegen die schändliche Behandlung der Arbeiter durch ihre Vorgesetzten, und verpflichten sich die Anwesenden, um ihrerseits die Abstellung dieser Uebelstände zu erreichen, sämtlich der Organisation der auf Gasanstalten und Holz- und Kohlenplätzen beschäftigten Arbeiter beizutreten.“

Eine Sammlung für die Hinterbliebenen des verunglückten Kollegen Dreher, dessen Ehrung in der üblichen Weise stattfand, ergab den Betrag von 15,20 M. Mit der Aufforderung, daß die Gasanstaltsarbeiter sich nicht durch die Drangsalen der Vorgesetzten zur Arbeitsniederlegung hinreißen lassen sollen, sondern alle Vorkommnisse und Uebelstände dem Vertrauensmann Ahrens, Kremmerstr. 15, mittheilen mögen, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

**Der Textilarbeiter-Verband** (Zentrale II) hatte am 22. April eine Versammlung einberufen. Die vom Kassier vorgelegte Quartalsabrechnung ergab inkl. Bestand vom vorigen Quartal eine Einnahme von 71,07 M., die Ausgaben betragen 16,57 M. An die Hauptkasse wurden 74,73 M. abgeliefert. Die Abrechnung vom Rasenball weist eine Einnahme von 187,50 Mark, und eine Ausgabe von 74,60 Mark auf, so daß ein Ueberschuß von 62,90 Mark verbleibt. Der Vertrauensmann berichtete hierauf, daß der Streik bei der Firma G. Gustedt leider zu ungunsten der Arbeiter ausgefallen ist. Die Streikenden sind wieder anderweitig untergebracht. Der Agitationskommission wurden 20 M. zur Agitation im sächsischen Erzgebirge aus der Bergnützungskasse überwiesen. Am Himmelstagsfest veranstaltete der Verein eine Pettenpartie nach Straußberg.

**Die Mechaniker** waren sehr zahlreich bei Martens, Friedrichstraße, versammelt, um das Resultat über den Stand der Lohnbewegung entgegenzunehmen. Wie aus dem Bericht der Lohnkommission zu ersehen war, ist die Situation eine verhältnismäßig günstige, trotzdem Umstände eingetreten sind, die vorher nicht in Betracht gezogen wurden. Bewilligt hatten sämtliche Forderungen, soweit sich dies bis zu der Versammlung feststellen ließ, 10 Firmen. Dieses Resultat fällt umso mehr ins Gewicht, als die Fabrikanten am Freitag eine Besprechung hatten, in der ein Beschluß herbeigeführt wurde, die Forderungen der Arbeiter unter allen Umständen abzulehnen und diejenigen, welche die Arbeit einstellen, acht Wochen aus den Fabriken auszusperrten. Verschiedene Redner waren der Meinung, daß der Beschluß nur zu Gunsten der großen Firmen gefaßt sei, um bei dieser Gelegenheit die kleineren Fabriken, die einen längeren Ausstand nicht ertragen können, aufzusaugen, andererseits aber die Arbeiter veranlassen soll, von ihrem Vorgehen abzubringen. Ein Theil der Kollegen hat sich auch in der That durch den Beschluß der Fabrikanten abfördern lassen, ihre Forderungen energisch zu vertreten, trotzdem sie sich vor dem durch Unterschritt hierzu erklärten. Im Ausstand befinden sich gegenwärtig wegen Nichtbewilligung der Forderungen die Arbeiter von 14 Firmen. Jedoch wird sich im Laufe der Woche die Zahl der Ausständigen bedeutend vergrößern, da in mehreren Fabriken erst nachträglich wieder durch Abstimmung der Eintritt in die Bewegung beschlossen worden ist. In der Fabrik von Wig u. Genest hatten sich 78 Mechaniker für den eventuellen Streik erklärt und sollen die Forderungen am Donnerstag gestellt werden. Wenn nicht bewilligt wird, soll die Arbeit eingestellt werden. Der Beschluß der vorigen Versammlung wurde auf Antrag dahin abgeändert, daß nur in solchen

Fällen die Forderungen der Hilfsarbeiter ausreicht zu erhalten sind, wo sich dieselben dem Vorgehen der Mechaniker angeschlossen haben. In der weiteren Diskussion wurden die Zustände der verschiedenen Fabriken geschildert und mitgeteilt, daß bei der Firma Welles u. Co. in letzter Zeit wieder Lohnreduzierungen vorgenommen wurden. An stelle von Schwarz, der erkrankt ist, wurde Kollege Schröder in die Kommission gewählt.

**Die Lohnbewegung der Maurer** bildete den Gegenstand der Beratung einer von mehr als 2000 Teilnehmern besuchten Maurerverammlung, die am Montag Abend im Kellerischen Saale tagte. Die Situation des Streiks ist nach dem Bericht Katers eine unerwartet günstige. Es ist jetzt gelungen, den Widerstand der Innung zu brechen, denn viele Innungsmeister haben die Forderungen der Arbeiter schon bewilligt; unter anderen Gerhard-Charlottenburg, Lachmann u. Jauher, Schneydors-Charlottenburg, sowie etwa 20–30 kleinere Geschäfte. Im ganzen sind nunmehr auf 334 Bauten die Forderungen anerkannt, wo 3873 Kollegen arbeiten, während 1934 Maurer sich im Streik befinden. Der Redner erkannte an, daß die arbeitenden Kollegen zum allergrößten Theil ihrer Pflicht — 25 Pf. pro Tag zum Streikfonds beizutreten — nachgekommen sind. Da aber der Kommission keine großen Geldmittel zur Verfügung stehen, so könne die Unterstützung der Streikenden nicht sehr hoch sein. Das würde jedoch die Kollegen nicht hindern, den prinzipiellen Kampf für den Neunhunderttag durchzuführen, bis der Sieg errungen sei. Die Diskussioner traten mit großer Einmüthigkeit für Weiterführung des Streiks ein, auch wurde das unsolidarische Verhalten mancher Kollegen gekennzeichnet, die trotz der günstigen Situation immer noch nicht den Mut gefunden haben, ihren Arbeitgebern die Forderungen vorzulegen. Entgegen einem Antrag der Kommission, die Filialen aufzugeben, wurde beschlossen: die Filialen bleiben bestehen, werden aber nur noch mit je einem Mann besetzt. Einstimmige Annahme fand folgender Antrag der Kommission: „Den Streikenden wird eine Unterstützung von 7 Tage des Streiks an gewährt, und zwar erhalten die Unverheiratheten 1,25 M., die Verheiratheten 1,50 M. pro Tag. Für jedes Kind wird 1 M. pro Woche gezahlt. Kollegen, welche abreisen wollen, erhalten eine Reiseunterstützung bis zur Höhe von 3 M. Die Fahrkarten werden von der Kommission gelöst.“ Auf eine Anfrage aus der Versammlung, ob die Kommissionsmitglieder sich mit der Hälfte der ihnen gewährten Bezahlung begnügen würden, erklärte Silber Schmidt im Namen der Kommission, daß es keiner Debatte oder Abstimmung über diesen Wunsch bedürfe. Die Kommission würde sich ohne weiteres dem fügen. Ferner wurde beschlossen, daß jeder unverheirathete Kollege, der eine volle Woche durchgearbeitet, 2,50 M. zum Streikfonds zu zahlen hat. Einstimmige Annahme fand ein Antrag: den auf der Ausstellung arbeitenden Maurern, soweit sie Ueberstunden machen, die Arbeitskarten abzunehmen. — Am 1. Mai bleiben die Streikbureaus geschlossen. Die Malverammlung der Maurer findet in der Unionstraßenbrauerei statt.

Ueber 1000 streikende Maurer hatten sich am Dienstag Vormittag bei Kreller, Koppensstraße, wiederum versammelt. Genosse Kater berichtete noch einmal kurz über die Lage des Streiks, die seit gestern Abend keine Veränderung aufweist, und hielt sodann einen Vortrag über die Bedeutung des Streiks für die Arbeiter im allgemeinen. Die Ausführungen des Redners gipfelten hauptsächlich darin, daß die Maurer jetzt mehr wie je es nöthig hätten, sich enig zusammenzuschließen, damit die jetzt erzielten Forderungen nicht wieder verloren gingen. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern wieder der Wunsch geäußert, über einige Firmen die Sperre zu verhängen, doch ging die Versammlung hierauf nicht näher ein. Beschlossen wurde noch, die Jagdstelle in Rixdorf bei Kummer, Berlinerstraße 55, mit dem Genossen Hüter wieder herzustellen. Die Lohnkommission wurde noch beauftragt, demnächst eine Versammlung in der Nähe des Kreuzbergs einzuberufen.

Eine öffentliche Versammlung der Zimmerer tagte am 20. April im Frenzpalast. Der Vertrauensmann Fischer erstattete den gegenwärtigen Situationsbericht. Redner war der Ansicht, daß man jetzt doppelt bemüht sein müsse für die Organisation zu wirken, weil nach Beendigung der Aufstellungsarbeiten eine große Anzahl von Arbeitskräften frei werden, und es nicht möglich sein wird, diese sogleich wieder unterzubringen. Es müsse mithin darauf geachtet werden, daß kein einziger den Beschluß vom 10. Februar durchbricht, die Parole sei 9 stündige Arbeitszeit und 55 Pf. Minimallohn. Wiler gab hierauf den Bericht über die Abrechnung. Danach betragen die Einnahmen der Lohnkommission 19 688,74 M., von der Verbandsleitung 4992,50 M., Gesamteinnahme der Einnahme 24 681,24 M.; Ausgabe insgesamt 16 914,88 M., bleibt Bestand 7786,36 M. Der Streik kostete demnach 16 914,88 M. Der Kommission wurde nach einer etwas lebhaften Diskussion Decharge erteilt. Die Mitglieder der Lohnkommission erklärten, ihr Amt nicht weiter bekleiden zu wollen, versprochen aber, ihre volle Kraft auch weiter in den Dienst der Bewegung zu stellen. Bei der Neuwahl wurden A. Radzuhn zum Vertrauensmann, Popf zum Kassier, Schender und Gant zu Beisitzern gewählt. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, daß laut Beschluß der 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern ist. Sollten in diesen oder den nächsten Tagen irgendwo Differenzen vorkommen, so ist unverzüglich der Lohnkommission Mitteilung zu machen. Nur dann wird es möglich sein einzuschreiten und das Gewonnene festzuhalten. Deshalb thue ein jeder seine Pflicht.

**Metallarbeiter.** Die Beschlüsse der Metallindustriellen, der Streik in Dersfal (Belgien) und die Ueberstunden in Martinidensfeld lautete das Thema, über welches Genosse Räther am 27. April in einer gut besuchten Versammlung der Arbeiter der Firma Ludwigs Löwe u. Co. sprach. Die Beschlüsse der Unternehmer — welche den Beseren des Vorwärts“ bereits bekannt sind — seien charakteristisch für dieselben; denn wenn die Herren erklären, Ueberstunden würden nur nach Bedarf „angeordnet“, was doch gleichbedeutend mit befehlen sei, so stellten sie damit ihre sonstige Redensart: kein Arbeiter sei gezwungen, Ueberstunden zu arbeiten, in das gebührende Licht. Und wenn weiter behauptet wird, es würden ja im allgemeinen überhaupt nicht viel Ueberstunden gearbeitet, so trifft dies auf die genannte Firma keineswegs zu, denn da bildet Ueberstunden-Arbeit die Regel. So würde beispielsweise in der Abtheilung Schönfelder jeden Abend bis 8 und 9 Uhr gearbeitet. (Zwischenrufe: Bis 12 Uhr!) Der Streik in der Hertzaler Waffenfabrik sei auch jedenfalls dadurch verursacht, daß die Firma Löwe u. Komp., gleich nachdem sie die Fabrik angekauft, daselbst Berliner Verhältnisse einzuführen versucht hat — ein Beweis dafür, wie schlecht die Verhältnisse hier schon seien. Dabei giebt es noch viele Arbeiter, welche diese Fabrik als ein Paradies betrachten. Gewiß habe sich seit 1 1/2 Jahren manches gebessert, aber es müsse noch besser werden. Fortwährend werden noch Abzüge gemacht; schlauerweise aber nicht in ganzen Abtheilungen, sondern fast immer nur bei einzelnen Arbeitern und halbpfennigweise. Dabei steht man fast gar nicht auf Widerstand. Die Arbeitsträume der Klempner und Sattler liegen immer noch im Keller unter dem Erdboden; es sei wünschenswerth, daß der Fabrikinspektor dieselben einmal besichtige. Die Ventilation ist mangelhaft. In Ostern vorigen Jahres habe das Wasser im Keller einen Fuß hoch gestanden; nachdem derselbe ausgepumpt, mußten die Arbeiter weiter arbeiten. Die Feldschmiede hat keinen Rauchfang, sondern entsendet ihren Rauch direkt in den Arbeitsraum, in welchem die Arbeiter täglich zwölf Stunden zubringen müssen. Ein Arbeiter der Abtheilung Hümsch habe in 2 Wochen 190 oder 192 Stunden gearbeitet! Wer bei Löwe Arbeit nehmen will, muß ein kleiner Kapitalist sein; denn nicht nur, daß der neue Arbeiter unter Umständen vier Wochen lang auf die Lohnzahlung warten muß, er muß sogar während

dieser Zeit noch Geld mitbringen, um das nöthige Handwerkzeug kaufen zu können, welches einzelnen Arbeitern 20–25 M. kostet. Sollten also jemals Forderungen aufgestellt werden, so müsse die erste sein: Lieferung der Werkzeuge auf Kosten der Fabrik. Auch die Behandlung lasse viel zu wünschen übrig; das gehe übrigens von oben schon los, der Ingenieur rufe beispielsweise die Meister durch Pfeifen zusammen. Soll gegen alle diese Uebelstände mal energisch Front gemacht werden, so sei es unbedingt nothwendig, alle diejenigen Arbeiter „scharf“ zu machen, welche heute noch alles geduldig über sich ergehen lassen. In scharfen Worten geißelt Redner die Ineffizienz dieser Arbeiter. Der Referent faßt seine Ausführungen dahin zusammen: die heutige Versammlung solle in energischer Weise Protest erheben gegen das Vorkommen von Ueberstunden und zugleich in eindringlicher Weise an diejenigen Arbeiter der Firma appelliren, welche heute noch in der Ueberstundenarbeit ihr Geiß erblinden. Dies letztere sei schon deshalb dringend nothwendig, damit nicht die in diesem Jahre erzielten Erfolge der Neunhundert-Bewegung wieder verloren gehen. In zündenden Worten fordert Redner zum Anschluß an die Organisation auf, dann werden auch die Mißstände bei der Firma Löwe u. Komp. aus der Welt verschwinden — und nicht nur diese, sondern auch die Nachsprüche der Metallindustriellen werden ihre Wirkung verloren haben. Denn wenn die Organisation der Metallarbeiter so weiter fortschreitet, wie gerade in den letzten Jahren, dann sei der Zeitpunkt nicht weiter fern, an dem der Ring der Rühmehämmer gesprengt wird. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärte sich die Versammlung im Sinne des Referenten.

**Die öffentliche Schuhmacher-Versammlung**, die am Montag Abend in Rieß's Saal tagte, nahm den Bericht über die letzten Vorkommnisse in den Schuhfabriken von Malek, Landsbergerstr. 32, Schliebe, Tschir. 21, und G. Klein, Lichterbergerstr. 5, entgegen. Ueber letzteren Betrieb berichtet Schädlich, daß am Montag 2 Schuhmacher freiwillig die Arbeit niederlegten, worauf sämtliche Arbeiter, 20 an der Zahl, entlassen wurden; die gütlichen Vorstellungen der Arbeiter beim Unternehmer waren ohne Erfolg. Redner ist der Meinung, daß Malek sehr bald seine entlassenen Arbeiter aufsuchen wird. Ueber die zweite Fabrik berichtet Lange, daß der Inhaber Schliebe die Einrichtung getroffen, den Wochenlohn für Freitag und Sonnabend einzubehalten und nur die bis Donnerstag Abend fertiggestellten Arbeiten verrechnet werden. Weiter seien am Montag Nachmittag 5 Mann entlassen worden mit der Motivirung, daß augenblicklich nicht weiter fabrizirt werden solle, trotzdem am selben Tage früh ein neuer Arbeiter eingestellt ward; die übrigen Arbeiter werden deshalb am nächsten Tage die Arbeit niederlegen, wenn folgende Forderungen nicht bewilligt werden: 1. Verrechnung des Lohnes bis Sonnabend. 2. Gleichmäßige Verteilung der Arbeit. 3. Fertigstellung der Arbeit in der Fabrik, soweit es der Raum gestattet. 4. Für Durchnähen des Duhend Pantoffeln 10 Pf. Ausschlag gleich 35 Pf. und 6. Einstellung der Gemahregelten. Von der Firma G. Klein berichtet Adamschewsky, daß auch hier verschiedene Entlassungen vorgenommen wurden, darunter auch die des Vertrauensmannes, ebenfalls unter dem Hinweis, nicht genügend Arbeit zu haben; nichtsdestoweniger aber werden fremde Arbeitskräfte eingestellt. Die Arbeiter der Firma sehen dies als Maßregelung an, werden die Einstellung der Entlassenen fordern, event. die Arbeit niederlegen. In der ausgedehnten Diskussion, in der die meisten Redner die Schäden der Hausindustrie betonen, die hauptsächlich bei der Firma Malek forciert werde, beleuchtete Rauer das Vorgehen der Polizeibehörde gegen Streikende, die Anwesenden erlauchend, der Behörde keinen Anlaß zum Eingreifen zu geben. Nachdem Redner geschlossen, verlangt der überwachende Polizei-Offizier energisch das Gesamtnationale derselben; die nachfolgenden Redner protestiren in scharfer Weise gegen das Verhalten des Beamten: König ergeht sich in längeren Ausführungen über Polizeimaßregelungen, bei dem Hinweis, auf dem Fall Koye-Schrader und das Verhalten der Behörden, springt der überwachende Beamte von der Bühne und erklärt König für verhaftet. Auf die Frage: warum? erging die Antwort: Wegen Verleumdung des Polizei-Präsidenten. König weigert sich, dem Beamten Folge zu leisten; im Saale entsteht Unruhe und laute Protestrufe gegen das Vorgehen des Beamten sind hörbar. Der Vorsitzende ersucht um Ruhe und zum Sitzebleiben. Hierauf wird die Versammlung vertagt. Nachdem der Beamte den Vorsitzenden für das genaue Nationale des Redners verantwortlich gemacht, welches ihm anstandslos mitgeteilt wurde, spricht König weiter, am Schluß für eine imposante Manifestation plädiert. Die Versammlung nimmt folgende Resolution einstimmig an: Die heute bei Rieß tagende Schuhmacherversammlung hat von den Maßregelungen in den Fabriken von Malek, Schliebe und G. Klein Kenntnis genommen und ist gewillt, den Fabrikanten zu beweisen, daß eine Organisation am Plage ist und protestirt gegen die grundlosen Entlassungen der Kollegen; die Versammelten erklären sich mit den Gemahregelten solidarisch und beschließen, die Arbeit in den drei Betrieben so lange ruhen zu lassen, bis sämtliche Arbeiter wieder eingestellt sind. Zum Punkt: Die Verhältnisse in den Berliner Schuhfabriken nach dem Streik“ wird mitgeteilt, daß in der Fabrik von Löwe u. Co. die feineren anerkannten Forderungen bisher noch nicht zur Durchführung gelangten; desgleichen wird über Mißstände im Betrieb der Firma Fürstheim — hauptsächlich über sanitäre — gelaugt. Die Versammlung nimmt hierauf einen Antrag an, nach welchem die Agitationskommission beauftragt wird, in Balde eine große öffentliche Versammlung einzuberufen, da es die augenblicklichen Verhältnisse erfordern.

**Die öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen** am 27. April enthielt als Hauptpunkt der Tagesordnung die Berichterstattung der Delegierten Genossen Blum und Wilde und Genossin Hase über den Berliner Kongreß vom 5. und 6. April. Allgemein wurde mit Genugthuung konstatiert, daß der Kongreß unter proletarisch gestimmten Kollegen in Berlin sowohl wie in der Provinz einen vorzüglichen Eindruck gemacht habe, auch habe eine inwischen in Dresden stattgefundenen Versammlung ihre Einverständnis mit den Beschlüssen des Kongresses erklärt. In Hamburg und München hätten zwar Versammlungen erklärt, nach wie vor an der alten Taktik unpositiver (gewerkschaftlicher) Organisationen festhalten zu wollen, doch wolle man die Streitart über diesen Punkt begraben. Ihren eigenen Standpunkt wachte die Versammlung durch folgende, nach längerer Debatte einstimmig angenommene Resolution:

„Die heute in Cohn's Festhölle (Beuthstr. 21) tagende Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des am 5. und 6. April in Berlin stattgefundenen Kongresses der Handlungsgehilfen solidarisch, namentlich betont die Versammlung ihr Einverständnis damit, daß nur durch den offenen Anschluß an die Sozialdemokratie die Lage der Handlungsgehilfen verbessert werden kann und erklärt, in diesem Sinne weiter wirken zu wollen.“

In die Prekominmission wurde alsdann Fr. Wiler, außerdem eine fünfgliederige Agitationskommission gewählt.

**Die Façonendreher und Schraubendreher** waren am Montag Abend im Louisenbädlichen Konzerthause versammelt, um den Stand ihrer Bewegung zu besprechen und über die nothwendigen weiteren Maßnahmen eine Verständigung herbeizuführen. Zunächst berichtete Thate namens der Kommission, daß bei der Firma Reichelt noch 16 streikende Schraubendreher zu verzeichnen sind und empfahl er die Aufhebung des Streiks. Ein Antrag, welcher bestimmt, die Streikenden noch auf die Dauer von 14 Tagen zu unterstützen und die Arbeitenden verpflichtet, bis auf weiteres zu diesem Zweck 50 Pf. pro Woche zu zahlen für den Unterstreichungsfonds, wird gegen zwei Stimmen angenommen. Hierbei wurde bemängelt, daß der Be-

Schluss vom 22. März nicht überall innegehalten wurde. Bei der Firma Krüger habe der Meister verlangt, dass diejenigen, welche über 1/2 Stunde zu spät zur Arbeit kamen, die Zeit des Abends nacharbeiten sollten. Die Antwort der Kollegen sei ein zweitägiger Ausstand gewesen, wodurch nach dem einmütigen Zusammengehen aller dieser Streitfälle zu Gunsten der Arbeiter beendet wurde. Auch bei Kühle habe der Meister verlangt, dass bei dem Nachholen der durch eine Beerdigung veräumten Zeit nach Feierabend ein prozentualer Aufschlag nicht gezahlt werde. Mit ähnlichen Beschwerden beschäftigte sich die Versammlung ca. 2 Stunden und wurde schließlich von Litsin, Ebate und Pauerl's mit aller Energie dafür eingetreten, dass Ueberstunden überhaupt nicht gearbeitet werden sollten.

Die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in Rixdorf waren am 27. April in Thomas' Lokal versammelt, um sich durch einstimmige Annahme folgender Resolution mit ihren Berliner Berufsgenossen solidarisch zu erklären: „Die Versammlung erklärt sich mit dem von den Berliner Kollegen aufgestellten Lohnstarif einverstanden, und ist entschlossen, überall da, wo von Seiten der Rixdorfer sowohl, wie von Seiten der Berliner Fabrikanten der Tarif nicht bewilligt wird, die Arbeit niederzulegen. Ferner erklärt die Versammlung sich einverstanden mit der Aufbringung der Unterstützungsgelder, die von den Kollegen mit 1 M., von den Kolleginnen mit 50 Pf. wöchentlich aufzubringen sind.“ Soan ging eine längere, von Sypner eingeleitete Debatte, in deren Verlauf vielfach Kritik an dem abweisenden Benehmen einiger Berliner Firmen nicht und Kowalsky zu. Bewilligt haben folgende Firmen: Brillwih, Herrmann, Rath, Graf, Herrmannstraße, und Schuster Bezüglich des 1. Mai beschlossen die Versammelten, an dem Tage die Arbeit ruhen zu lassen. Alle Berufsgenossen wurden verpflichtet, am 1. Mai, vormittags 9 Uhr, sich im Lokal bei Thomas einzufinden.

Die Holzarbeiter aller Branchen hielten am Montag Abend in den „Victoria-Sälen“ in Rixdorf eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Zahn über die Erzeugnisse der Lohnbewegung und die Organisation

referierte und dazu aufforderte, die Organisation immer kräftiger zu gestalten, um den im Erstehen begriffenen Unternehmer-Verbänden wirksam entgegenzutreten zu können. Eine Diskussion fand nicht statt, um die übrigen Punkte der Tagesordnung erledigen zu können. Der Vertrauensmann Poddany erstattete hierauf seinen Jahresbericht, aus dem hervorgeht, dass gegenwärtig 17 Gewerkschaften dem Gewerkschaftsartikel in Rixdorf angehören und die Anträge wegen Errichtung eines Gewerbebeschiedsgerichts erneuert haben. Die Einnahmen und Ausgaben ergaben ein Defizit von 51 Pf. Ein Besuch an den Eisenbahn-Minister wegen Ermäßigung der Fahrweise während der Gewerbe-Ausstellung wurde als „unthunlich und nicht angängig“ ablehnend beantwortet. Für das kommende Jahr werden als Vertrauensmann Poddany, als Stellvertreter Wischel gewählt. Die Arbeitseinstellung bei der Firma Butterweich erzeugte eine recht lebhafte und längere Diskussion über das Verhalten zweier Kollegen, die sich angeblich als Streikbrecher misbrauchen ließen. Die Angelegenheit wurde erledigt durch einen Antrag Poddany: Die Sperre über die Firma Butterweich aufzuheben. Weyer theilt noch mit, dass bereits manche Fabrikanten die Arbeiter zu zwingen suchen, weit unter dem Tarif zu arbeiten. Der Vertrauensmann wird geeignete Maßnahmen ergreifen.

Friedrichshagen. In der letzten öffentlichen, gut besuchten Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins für Friedrichshagen und Umgegend referierte Genosse Zahn über die französische Arbeiterbewegung; sein Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Genosse Sonnenburg erstattete Bericht über die in der heiligen Gemeindevorstellung gestellten Anträge zur Erbauung einer neuen Kirche, wogegen er Protest erhob, da andere Sachen entschieden nötiger wären, z. B. Speisung armer Kinder in der Schule, eine Bade-Anstalt zur unentgeltlichen Benutzung und Bedürfnisanstalten. Zum Schluss machte der Vertrauensmann bekannt, dass die Maifeier im Restaurant Eisler stattfindet. Er ersuchte um recht rege Beteiligung.

Charlottenburg. Am 20. April wurde hier eine öffentliche Versammlung des Gewerkschaftsartikels abgehalten. Eine längere Debatte entspann sich über eine event. Neuwahl zweier Beisitzer

zum Gewerbegericht, an welcher sich außer den Delegierten des Kartells auch einige Beisitzer des Gewerbegerichts beteiligten. Die Regelung dieser Angelegenheit wurde den Beisitzern des Gewerbegerichts überlassen. Nachdem kam der Klassenbericht zur Verlesung. Die Einnahme betrug 228,27 M., die Ausgabe 204,45 M., so dass ein Bestand von 23,82 M. vorhanden ist. Der Bericht ist von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Um die Kassenverhältnisse aufzubessern, wurde beschlossen, in nächster Zeit Sammellisten in Umlauf zu setzen. In betreff der Parteiverammlung empfahl man, sich der Parteiverammlung anzuschließen, um eine Zersplitterung der Demonstration zu vermeiden. Das die Töpfer ihren Delegierten zurückgezogen haben, wird allgemein bedauert. Der Delegierte der Maurer berichtet, dass sich die Maurer und Puhler im Auslande befinden. Nicht anwesend waren die Delegierten der Holz-, Metall- und Glas-Arbeiter.

Friedrichshagen. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hielt am 23. April eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Bösch über die Bedeutung des 1. Mai sprach. Sämtliche nachfolgenden Redner äuserten sich im Sinne des Referats. Dann wurde beschlossen, dass die Kollegen, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, sich im Lokal des Herrn Heinicke morgens 8 Uhr einzufinden haben, um von da aus insgesammt nach der Neuen Welt zu gehen.

Arbeiter-Gildungsschule. Mittwoch Abend von 9-10 1/2 Uhr: Sächsische, Waldemarstraße 24: Geschichte. (Neuere Geschichte von der Reformation bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Sozialismus und der politischen Parteien Deutschlands) Herr Dr. C. Voss. — Nordstraße 178a: Deutsch. Literatur des neunzehnten Jahrhunderts. Aufsätze. Herr Heinrich Schatz. Die Schulfächer sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Leseschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Arbeiter-Hausverein Berlin und Umgegend. Vortragender: Ad. Neumann, Salzwasserstraße 2. — Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Rortum, Kantienstraße 49, 2. Etz.

Arbeiter-Hausverein Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Rottbutter Damm 72. — Offene Krankenkasse für Frauen und Mädchen. Versammlung am Sonnabend, den 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Rautenberg's Hofstätten, Prantelstr. 100. Vortrag über: Wie erhält man die Augen gesund? (Mit Demonstrationen.) Referent Dr. Wurm. — Auf dieses hochwichtige Thema sei besonders hingewiesen. Gäste willkommen.

## Arbeiter-Maifest

**des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises**  
am Freitag, den 1. Mai, im Feen-Palast,  
Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke.

### Großes Vokal- und Instrumental-Concert

unter Mitwirkung von **350 Sängern** des Arbeiter-Sängerbundes.

**Festrede** gehalten vom Reichstagsabg. **Wilhelm Liebknecht**.

**Deklamationen. Lebende Bilder.**

Anfang des Concerts abends 6 Uhr. **Entree 25 Pf.**  
Maifest-Beitrag und Programm gratis. Nachher: **TANZ.**  
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

208/7 Das Komitee.

## Butter! Butter!

Die allerfeinste Zentrifugen-Tafelbutter vers. geg. Nachn. fr. d. d. 1 M. 1 M. 1 M.  
**G. Lappohn, b. Lablan Op.-Pr.**

Verichtigung.  
In der Todesanzeige und Dank-sagung Sembach ist der Name nicht wie angegeben, sondern Sembach.

**50**

**Flaschen Weißbier Hilsbein**  
3 M., 100 Fl. 5,50 M.,  
100 Fl. Gräber 9 M.

**63. Andreas-Str. 63.**  
Tel. VII. 5566.  
Achtungsvoll 49758

**Brauer & Grützmann.**

## Achtung! Dachdecker und Berufsgenossen.

Freitag, den 1. Mai früh 8 1/2 Uhr bei Renter, Swinemünderstr. 45:  
**Gruppen-Versammlung.**

Abends 8 1/2 Uhr in Feind's Salon, Weinstr. 11:  
**Versammlung,**

wozu auch Frauen freundlichst eingeladen sind.

Tages-Ordnung:  
Vortrag über Bedeutung des 1. Mai. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
Hierauf folgt gemütliches Beisammensein.  
Um rege Beteiligung ersucht freundlichst Das Komitee.  
S. A.: M. Winkowski.

## Deutscher Metallarbeiter-Verein.

(Filiale Berlin.)

Mittwoch, 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im **Viktoria-Garten,**  
Fadstraße 12:

### Mitglieder-Versammlung

der Bezirke  
**Schönhäuser Vorstadt und Gesundbrunnen-Rosenthaler Vorstadt.**

Tages-Ordnung: 285/8  
1. Vortrag. 2. Wahl der Bezirksleitungen. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

M. J. Hahlo,  
Patentanwalt,  
Berlin NW., Karlstrasse 8.

Patentnachsichtung und Verwertung. (45068)  
Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei.  
Erste Referenzen im In- u. Auslande.

Kinderwagen  
Kranen-, Sport-  
und Leiterwagen  
Kinderklappstühle  
u. Spielzeug.  
A. W. Schulz,  
1. Geschäft:  
Brunnenstr. 95,  
gegenüber Humboldthain.  
2. Geschäft: Brunnenstr. 145, Ecke  
Rheinbergerstraße. Rufverb. gr. u. tel.  
Fernspr. Amt III. Nr. 1767.

## Zur Frühjahrssaison

verkaufe ich meine Schuhwaren nach wie vor zu den  
bisherigen alten ausserordentlich billigen Preisen  
und zwar:

**Herrenstiefel:** von den einfachsten bis zu den elegantesten,  
nur bekannt gute Qualität  
M. 4,75, 5,50, 6,50, 7,75 u. s. w.

**Damen-Zug-, Knöpf- und Schnürstiefel**  
M. 4,50, 5,40, 6,30, 7,20 u. s. w.

**Ball- u. Gesellschaftsschuhe,** feinste Ausführung  
von M. 2,50 an.

Ganz besonders mache ich auf mein sehr großes Lager von **Ein-sogungsstiefeln** zu aussergewöhnlich billigen Preisen aufmerksam.  
Verfandt nur gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.  
Illustrirte Preislisten gratis und franko.

**S. Selbiger, Schuhfabrik,**  
Berlin NO., Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmann-  
strasse.

**Damen-Mäntel!**  
Damen-Mäntel, Kragen, Capes, Jacken, Regenmäntel.  
Nach beendeter Engros-Saison werden jetzt unter  
Belegungskauf Herstellungswert in enorm großer Auswahl  
Einzeln verkauft. Landsbergerstr. 59, 1 Etz. (fein Laden.)

## Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Donnerstag, den 30. April, abends 6 1/2 Uhr, in der **Urania,**  
Wrangeistraße 9-10:

### Große öffentliche Versammlung

aller in den Knopffabriken besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Tages-Ordnung:  
1. Die Mißstände in den Metallknopffabriken. 2. Stellungnahme zur  
8 stündigen Arbeitszeit. Referent Kollege Pader. 3. Diskussion.  
Die Kollegen und Kolleginnen aus folgenden Fabriken sind zu  
dieser Versammlung besonders eingeladen: Metallknopffabriken von Friess,  
Marold, Baschbeck, Stern und Hübner. 285/7  
Die Agitationskommission des Deutsch. Metallarbeiter-Verbandes.

# Warenhaus A. Wertheim

## Nur für 3 Tage gültig Ausnahme-Preise

**Mittwoch Donnerstag Freitag.**  
**29., 30. April, 1. Mai.**

Frühjahrs-Preisliste kostenfrei.  
Versand-Abteilung Berlin W., Leipzigerstr. III.

## Wäsche

Damenhemden, Priesenform mit Spitze	1,40 Mk.
„ Achselschluss mit Spitze	1,55 Mk.
„ Achselschluss mit Stickerei	2 Mk.
Damen-Beinkleider mit Stickerei	1,40 Mk., Knieforn 2,10 Mk.
Shirtingröcke für Damen	3,35 Mk.
Mädchenhemden, Länge ca. 40 45 50 60 70 80 90 100 cm	
Priesenform	45 50 60 70 80 95 Pf. 1,10 1,25 Mk.
Achselschluss	55 60 75 85 Pf. 1,00 1,15 1,30 Mk.
Mädchen-Beinkleider, Länge ca. 35 40 45 50 55 60 65 70 cm	
	75 80 85 90 95 Pf. 1,05 1,15 1,20 Mk.
Shirtingröcke für Mädchen Länge ca. 30 40 50 60 70 cm	
	95 90 Pf. 1,00 1,20 1,35 Mk.
Knabenhemden, Länge ca. 50 60 70 cm, mit kurzen Aermeln	55 70 85 Pf.
Länge ca. 70 80 90 cm mit langen Aermeln	1,05 1,25 1,45 Mk.

## Sonnenschirme

Halbseidene Qual.  
mit Futteral, Stahlstock 2,85 u. 4,75 Mk.  
mit Ansatz, Holzstock 3,85 Mk.

Reinseidene Qual.  
einfarbig und changeant 7 Mk.  
gestreift 8,25 Mk.

Kinderschirme 85 Pf. u. 1,25 Mk.

## Veilchen

Atlas Dtzd. 15 Pf.  
Seide „ 25 Pf.

## Rosen

Seide Stück 3 u. 10 Pf.

# Mai-Feier

arrangirt von den Genossen des zweiten Wahlkreises bestehend in

## Vokal- und Instrumental-Concert,

Turnerischen Aufführungen, Gesangsvorträgen von 400 Sängern.

Festrede, gehalten vom Genossen Dr. Leo Arons.

Anfang 4 Uhr.

Tanz.

Billet à 20 Pf.

Die Kaffee-Küche ist von 2 Uhr an geöffnet. — Hohe Betheiligung erwartet Das Komitee.

Neue Welt, Hasenhaide,

Freitag, den 1. Mai 1896:

# Mai-Feier

arrangirt von den

Parteigenossen des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises bestehend in

## Vokal- und Instrumental-Konzert

unter Mitwirkung mehrerer Gesangvereine des Arbeiter-Sängerbundes.

Festrede, gehalten vom Reichstags-Abg. Vogtherr.

Feuerwerk. Lebendes Bild. Tanz.

Maifest-Zeitung gratis. Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht Das Comité.

Billets sind in allen mit Plakaten besetzten Handlungen und am 1. Mai an der Kasse zu haben.

## Rixdorf. Maifeier. Rixdorf.

Freitag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr:

# Volksversammlung

in den Viktoria-Sälen, Hermannstraße 49.

Tagesordnung: Die Bedeutung des 1. Mai. Referent Genosse Julius Türk.

Nachmittags 4 Uhr, im selben Lokal:

## Gr. Vocal- und Instrumental-Konzert

unter gütiger Mitwirkung des Vereins Rhetorik und der Gesangvereine Melodia und Schnerzglöckchen (M. d. A.-S.-B.), sowie des Musikvereins Musikfreunde.

Im 9 und 10 Uhr: Lebende Bilder.

Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. Entree 20 Pf. Arbeitslose, welche gewerkschaftlich oder politisch organisiert sind, haben freien Eintritt und erhalten Billets nur in der Vormittags-Versammlung Die Vertrauensperson.

## Berein Vorwärts (Rixdorf).

Freitag, den 1. Mai, von nachmittags 4 Uhr ab, in den Viktoria-Sälen, Hermannstr. 49:

# Großes Tanzkränzchen.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Der Vorstand.

## Weißensee! Weißensee!

# Maifeier

der Parteigenossen von Weißensee am Freitag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, in Dewein's Gesellschaftshaus, Königs-Chaussee 94:

## Oeffentl. Volks-Versammlung

für Frauen und Männer.

Tages-Ordnung:

1. Der 1. Mai und seine Bedeutung. Referent: Dr. Leo Arons.

2. Diskussion. Abends 8 Uhr:

## Große Festversammlung.

Das Lokal nebst Kaffeeküche steht den Genossen den ganzen Tag zur Verfügung. Nachmittags im Garten Konzert. Nicht der Genossen und Genossinnen ist es, sich daran zu betheiligen. Entree wird nicht erhoben. Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt. Das Komitee.

Achtung!

Achtung!

Parteigenossen u. Genossinnen von Friedrichsberg.

# Große Maifeier

am Freitag, 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Müller's Salon, Frankfurter Chaussee 86.

1. Vortrag (Referentin Frau Mesch.)

Nachdem: Kommerz mit fliegendem Programm und lebenden Bildern.

Die Arbeiter-Gesangvereine von Friedrichsberg werden gebeten, sich an der Maifeier zu betheiligen.

Die Genossen und Genossinnen, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, werden gebeten, morgens 8 1/2 Uhr, bei Heintze, Friedrichsbergstr. 11, zu erscheinen, um von da aus gemeinsam die Versammlung zu besuchen. Der Vertrauensmann.

## Deutscher Holzarbeiterverband.

Heute Abend bei Schöning, Köpenickerstr. 68:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

In der Privatklagesache des Kaufmanns Emil Baer, hier, gegen den Redakteur Dr. Otto Vachler, hier, wegen Beleidigung, haben die Parteien folgenden Vergleich geschlossen: Der Privatbeklagte verpflichtet sich zu folgender Erklärung:

In der Privatklagesache Baer, des Kaufmanns Emil Baer, Inhaber der Firma Baer Sohn wider mich, erkläre ich betreffs des Artikels über diese Firma in Nr. 147 vom 28. März 1895, Morgen-Ausgabe, daß ich durch den Verfasser des Artikels in Verthum versetzt worden bin und bedauere, denselben Aufnahme gegeben zu haben. Die in dem gedachten Artikel enthaltenen Angriffe auf die Firma Baer Sohn haben im Laufe des Verfahrens in keiner Weise Bestätigung gefunden. Berlin, den 2. April 1896. 12006 ggs.: Dr. O. Vachler, Verantwortlicher Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“.

Achtung! Daß ich die Vertretung einer Krankenzuschnuffel übernommen habe, welche Mitglieder jeden Geschlechts ohne ärztliche Untersuchung im Alter von 14 bis 60 Jahren aufnimmt, bringe hiermit zur Veröffentlichung. Prospekte und Bedingungen liegen zu jeder Zeit aus bei Gustav Bentler, Prinz Eugenstraße 21, S. 1 Tr. 49408

Die in Nr. 98 des „Vorwärts“ vom 26. April 1896 abgedruckte Behauptung des Gastwirthes Krüger, die Beweisaufnahme in der gegen ihn und seine Ehefrau stattgehabten Gerichtsverhandlung vom 21. d. M. wegen unerlaubten Schnapsverkaufs habe ergeben, daß ich die Anzeige gemacht habe, ist un wahr. Wilhelm Densel, Schankwirth, Doppelnerstraße 33.

Sonnabend: Restor-Verkauf. Aug- u. Waletothoffe Brenner & Co. Alte Jakobstr. 57/59. Brennspiritus pr. Liter 20 Pf. Simbeer- u. Kirschsaff, garant. rein, pr. Liter 1 M. Sämtliche feine Tafel-Liqueure, sowie alle Essenzen zur Selbstbereitung von Liqueuren zu den billigsten Preisen. Liqueurfabrik M. Schückian Rosenstr. 18. — Kaufhaus Stettin.

## Reichsgarten

Friedenstr. 20 (Ecke Börsenstraße). Täglich: Grosses Frei-Concert. Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet. NB. Meinem alten Kunden und Freunden zur Nachricht, daß ich mein Gartenlokal in dieser Saison wieder selbst bewirthschafte. H. Koslowski.

## Rautenberg's Festäle,

Oranienstr. 180. 1064b. Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen.

## „Zum Glühlichter!“

Brandenburg-Strasse Nr. 54. Vereinszimmer für 25 Personen noch einige Tage frei. 48632 Max Pönitz.

## Achtung! 6. Wahlkreis (Moabit).

### Sozialdemokratische Partei-Versammlung

am Mittwoch, den 29. April, abends 8 Uhr, in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 48-49.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission betr. der Zeitungs-Expedition. 2. Diskussion. 3. Wahl des Expediteurs.

Der Vertrauensmann.

## Achtung, Töpfer!

Am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, im Schützenhause, Lindenstraße Nr. 5: 193/14

## Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Genosse Millarg. Die Versammlung beginnt pünktlich. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Kommission.

## Achtung, Mechaniker!

In nachstehenden Werkstätten befinden sich die Kollegen im Ausstand:

Keiser & Schmidt, Johannistr.; Jenisch & Böhmer; Wagner, Reichenbergerstr. 125; Weinart, Admiralstr. 18 d; Gould & Cie., Reinickendorferstr. 64 a; Krause, Marienstr. 28.

## Zuzug ist fernzuhalten.

Gewilligt haben:

Bauer & Boetz; Thiels & Cie.; Neue Taxameterfabrik; Clarus & Siemens; Biedermann & Ozarkow; Hirschmann; Kressmann; Müller, Köpenickerstr. 154. Die Firma Hammacher & Potzold hat mit Vorbehalt bewilligt bis der Chef zurückkommt.

Das Streikbureau befindet sich bei Schönmann, Skalitzerstraße 7.

## Achtung! Putzer! Achtung!

Freitag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:

## Große öffentliche Versammlung

der Putzer Berlins und Umgegend.

Tagesordnung: Die Bedeutung des 1. Mai. Ref.: Gen. Jahn. Kollegen, auf einstimmigen Beschluß vom 20. April muß auf jeden Fall am 1. Mai die Arbeit ruhen, jeder Kollege bekommt in der Versammlung eine Karte als Ausweis, daß er daran theilgenommen hat. Gleichzeitig laden wir die Baudeputirten zum Donnerstag, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr, zu der öffentlichen

## Baudeputirten-Versammlung

Brennerei-Str. 33, ein.

Die Lohnkommission.

## Achtung!

## Staker Berlins und Umgegend.

Betreffs der Maifeier hat der Vorstand beschlossen: Die Kollegen schließen sich der Versammlung in Pankow, „Nordstern“, Rollantstraße (früh 9 Uhr) an. Treffpunkt früh 8 Uhr: Restaurant Augustin, Kastanien Allee 10. — Nach der Versammlung Ausflug nach Niederschönhausen, Sattelkorn's „Waldschloßchen“. 265/15 J. A.: Cristoph.

## Schuhmacher!

Donnerstag, den 30. April, vormittags 9 1/2 Uhr, in Cohn's Festsälen (großer Saal), Genthstr. 20-21:

## Gr. öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht über die augenblickliche Lage des Schuhmacher-Streiks. 170/2 Die Agitations-Kommission.

## Oeffentlicher Vortrag

für Frauen und Männer

Mittwoch, den 29. April, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c, von Ch. v. Wächter über: Die Stellung des Christenthums zu Völkervertrag und Klassenkampf. Ein Protest gegen alle unklare Friedens- und Versöhnungsschwärmerei.

Eintritt zur Deckung der Tageskosten 10 Pf. Reinertrag für die Gemahregelten vom Kottbuser Streik. Arbeitslosen (Ausweis durch Invalidentarte) unentgeltlich. Nach dem Vortrag freie Diskussion. 1082b

## Maler, Ladierer und Berufsgenossen.

Unsere Versammlung am 1. Mai vormittags 9 1/2 Uhr findet im

## Louisenstädtischen Konzerthaus,

Alte Jakobstraße 37,

statt. — Herr Cohn, Beuthstr., hat den von uns bestellten großen Saal anderweitig vergeben, ohne uns davon Kenntniz zu geben. Daher der Wechsel und bitten wir die Kollegen auf die Adresse

Louisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37, genau zu achten.

Die Lohnkommission.

## Achtung! Köpenick. Achtung!

# Grosse Maifeier

am Freitag, den 1. Mai, bei Herrn Golecki (Kaiserhof) arrangirt von den 205/5

## Parteigenossen Köpenicks.

Entree für Herren 20 Pf., inkl. Tanz. Damen 10 Pf. Kaffeeöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Das Komitee.

Zahnärztliche Klinik Bedding, Müllerstr. 1. Zahnziehen unentgeltl. Lachgas, schmerzlos 2,50 M., Plomben 1 M., künstl. Zähne, bestes Material, 2 M. (4896L)